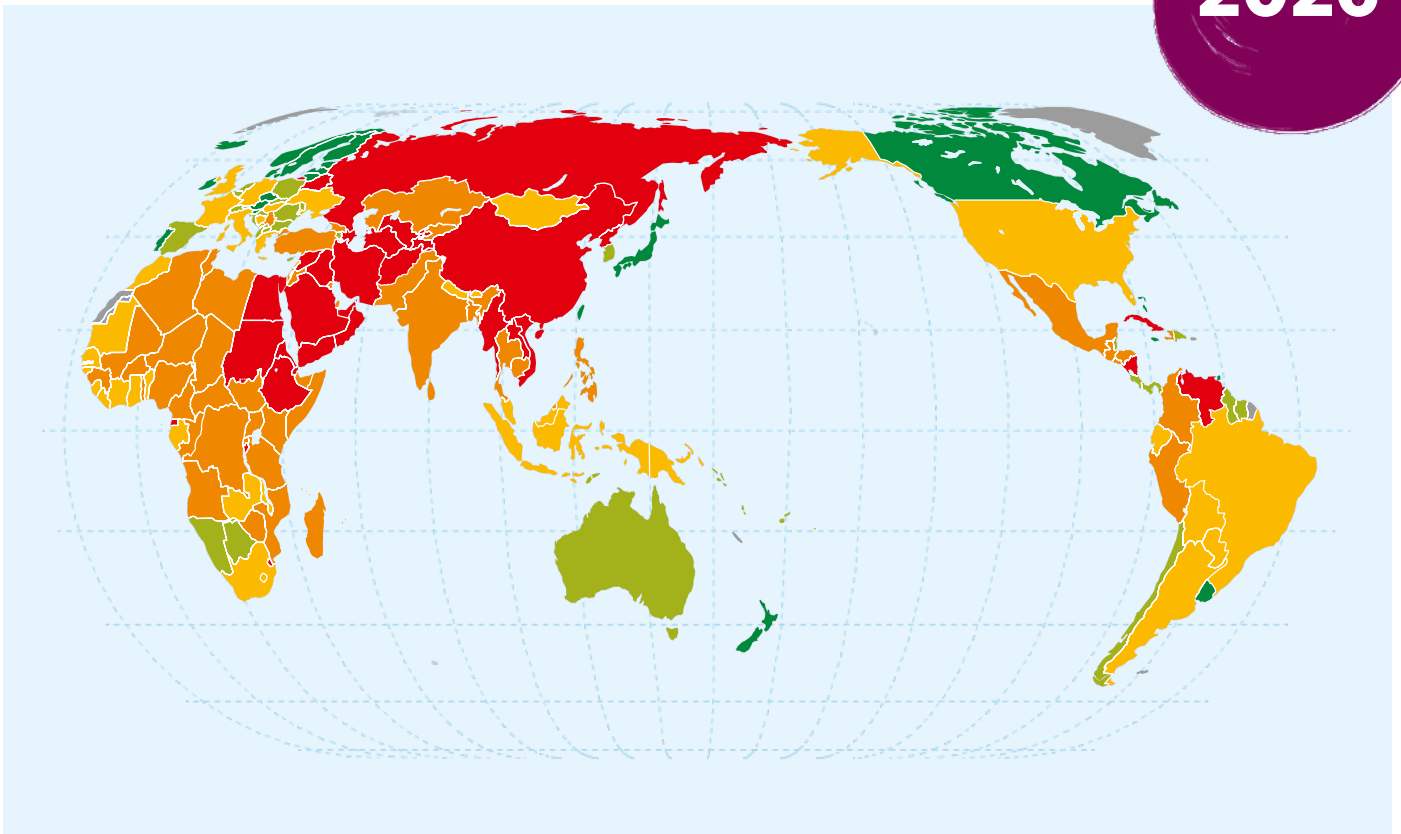


Atlas

der Zivilgesellschaft

2026



Freiheitsrechte unter Druck

Schwerpunkt Desinformation

Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.

Mitglied der
actalliance

Brot
für die Welt

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de/
atlas-zivilgesellschaft

Autor*innen Christian Jakob,
Karolin Schwarz, Martina Hahn,
Anna Schunck, Silke Pfeiffer

Redaktion Martina Hahn, Silke Pfeiffer,
Thomas Beckmann, Anne Dreyer,
Philippa Hofmann, Anna Schunck,
Maike Lukow, Niels Hölmer, Sven Hilbig,
Farina Hoffmann, Sabine Minninger,
Kathrin Wesolowski

Redaktionelle Projektleitung Martina Hahn

Idee Anne Dreyer, Dr. Julia Duchrow

V. i. S. d. P. Dr. Jörn Grävingholt

Fotos Stefanie Loos/Brot für die Welt (S. 4,
56), picture alliance/SIPA/Katarina Redzic
(S. 11), Anne Ackermann/Brot für die Welt
(S. 13), picture alliance/ZUMAPRESS.com/
Dimas Rachmatsyah (S. 14), KI-generiertes
Bild, erschienen u. a. im TikTok Account
„Cupcake Videos“ (S. 46)

Layout und Satz Lena Appenzeller

Infografiken und Illustrationen

Sabine Hecher

Porträtzeichnungen Julian Rentzsch

Korrektur Dana Haralambie

Druck Druckhaus Sportflieger

Papier Circleoffset Premium White

Artikelnummer 119 119 460

Redaktionsschluss April 2026



Material der Seiten 6–9,
21–25 sowie alle im Werk
abgebildeten Karten: CIVICUS-Monitor.
Dieses Material steht unter der Creative-
Commons-Lizenz „Namensnennung – Weiter-
gabe unter gleichen Bedingungen 4.0
International (CC BY-SA 4.0)“. Um eine Kopie
dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie
[http://creativecommons.org/licenses/by-
sa/4.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/) oder wenden Sie sich brieflich an
Creative Commons, Postfach 1866,
Mountain View, California, 94 042, USA.
Möchten Sie Teile der Materialien nutzen,
dann finden Sie die Daten, die wir auf den
o. g. Seiten und Karten verwendet haben,
unter <https://monitor.civicus.org>.
Material der Seiten 10–20, 32–58:
Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de

Alle Rechte vorbehalten

Instagram @brotfuerdiewelt
Facebook @brotfuerdiewelt
YouTube @brotfuerdieweltvideo
LinkedIn Brot für die Welt
Threads @brotfuerdiewelt
Bluesky @brotfuerdiewelt.bsky.social

Unsere Bildungsmaterialien



zu **Zivilgesellschaft**
und **Shrinking Space** finden

Sie unter:

[www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/global-
lernen-demokratie/](http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/global-
lernen-demokratie/)



Abonnieren Sie unseren
Politik-Brief für Hintergrundin-
formationen zu entwicklungs-
politischen Themen, Neuerschei-
nungen und Veranstaltungen

der Abteilung Politik von Brot für die Welt unter:
www.brot-fuer-die-welt.de/politik-brief/abo/

Vorwort



Die Räume für die Zivilgesellschaft werden enger — in manchen Ländern schleichend, in anderen mit brachialer Gewalt. Das zeigt der Ihnen vorliegende Atlas der Zivilgesellschaft 2026. Weltweit erleben wir, wie Regierungen Gesetze verschärfen, Organisationen diffamieren, Fördermittel austrocknen und engagierte Menschen einschüchtern. *Shrinking Space* ist längst kein abstrakter Begriff mehr, sondern Lebensrealität für Millionen, die sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen.

Ein zentrales Element dieser Entwicklung ist die Desinformation. Sie untergräbt Vertrauen, spaltet Gesellschaften und stellt zivilgesellschaftliches Engagement oft als elitär und fremdgesteuert, gar staatsfeindlich dar. Gezielt verbreitete Falschinformationen diskreditieren NGOs, kriminalisieren Protest und rechtfertigen repressive Maßnahmen. Wo Lügen dominieren, geraten Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unter Druck. Der digitale Raum, einst Hoffnungsträger für Vernetzung und Teilhabe, wird zunehmend zum Schauplatz orchestrierter Kampagnen gegen die offene Gesellschaft.

Unsere Partnerorganisationen im Globalen Süden spüren die Folgen tagtäglich. Aber Desinformation wirkt auch hierzulande. Zum Beispiel, wenn die Entwicklungszusammenarbeit von bestimmten Interessengruppen bewusst und fälschlich als verschwenderisch und ideologisch motiviert diskreditiert wird. Auch darauf geht der Atlas der Zivilgesellschaft 2026 ein.

Doch weltweit widersetzen sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen dieser Verengung mit Mut, Kreativität und Solidarität. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, decken Desinformationsnetzwerke auf und schaffen sichere Räume — online wie offline. Sie stärken Medienkompetenz, fördern faktenbasierte Debatten und bauen internationale Allianzen auf, um die Angriffe sichtbar zu machen und Öffentlichkeit herzustellen. Zugleich eignen sie sich neue Technologien an. Künstliche Intelligenz wird genutzt, um Falschinformationen schneller zu identifizieren, Bot-Netzwerke zu analysieren und manipulierte Bilder oder Videos zu entlarven. Technologie wird so zum Werkzeug der Aufklärung — nicht der Unterdrückung.

Auch in Deutschland setzen sich Menschen für den Schutz zivilgesellschaftlicher Räume ein: durch Bildungsarbeit, politische Advocacy, internationale Partnerschaften und öffentliche Solidarität mit bedrohten Organisationen. Sie widersprechen Desinformation, stärken demokratische Kultur und stehen an der Seite derer, deren Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen.

Eine aktive Zivilgesellschaft stärkt das Vertrauen in Institutionen und die Demokratie und trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Deshalb ist ihr Erhalt so essenziell — hier in Deutschland wie weltweit.

Dr. Dagmar Pruin

Präsidentin von Brot für die Welt

02	Impressum
03	Vorwort
04	Inhaltsangabe
06	Weltkarte
08	Kategorien



10 Teil 1 Globale Lage: Eine autoritäre Offensive ver- ändert das Gefüge der Welt

11	Autoritäre Front Die universellen Menschenrechte als globales Projekt sind weltweit in Gefahr.
16	Die Lage in Deutschland Wie frei kann die Zivilgesellschaft bei uns handeln? Zwei Experten antworten.
21	CIVICUS-Report Auch 2025 haben Regierungen weltweit versucht, gegen Proteste vorzugehen und Gesetze zu erlassen, die die Freiheit einschränken. 15 Länder wurden von CIVICUS herabgestuft, drei konnten sich verbessern.
26	Die Karten der fünf Weltregionen

32 Teil 2 Fokus Desinformation

33	Schneller, weiter, fataler Lügen und Propaganda gab es schon immer. Doch nie war ihre Zerstörungskraft so groß wie heute.
36	Desinformation als tödliche Waffe NGOs werden gezielt zum Schweigen gebracht.
40	Fakes torpedieren Entwicklung Desinformation erschwert Lösungen zu Genderfragen, Migration, Klimaschutz.
44	Das Geschäft mit der Lüge Mit Desinformation gegen die Zivilgesellschaft verdienen Agenturen und Unternehmen viel Geld.
46	So entlarven Sie Fake News und Deep-Fakes Darauf können Social-Media-Nutzer*innen achten.
48	Schlachtfeld Internet Im Krieg wird Desinformation zur Waffe, in Katastrophen kostet sie oft Menschenleben.
52	Vom Prompt zur Propaganda Generative KI manipuliert passgenau.
54	Mit KI gegen KI-Fakes Zivilgesellschaft ist nicht machtlos.



56 Unsere Forderungen

	Die Politik muss handeln! So sollte Politik die Zivilgesellschaft unterstützen und Freiheitsrechte sicherstellen.
58	Quellen- und Literaturverzeichnis

Zusammengefasst

Zahlen und Fakten ab Seite 8

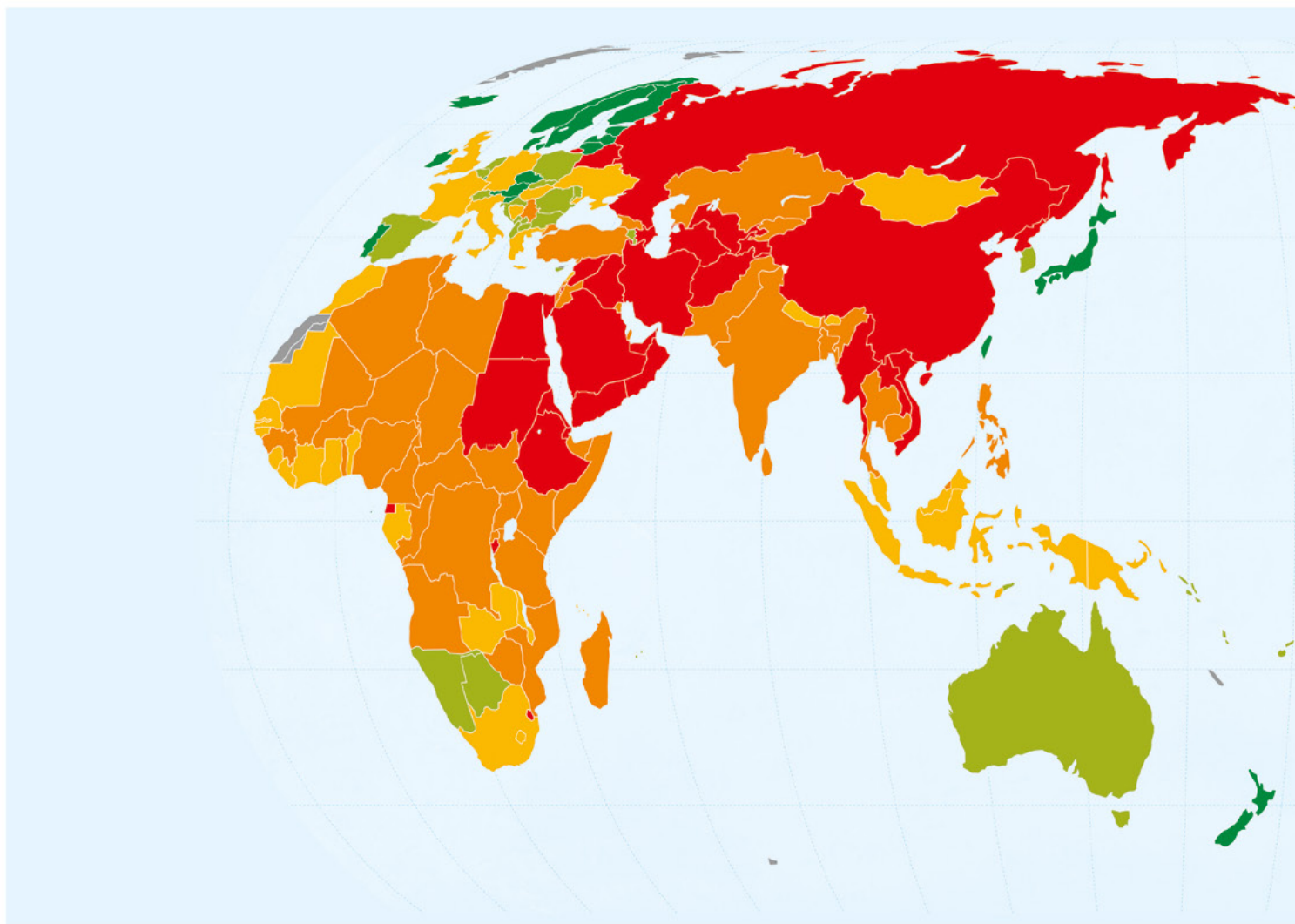
Nur 277 Millionen Menschen (3,4 Prozent der Weltbevölkerung) leben 2025 in Staaten, in denen Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantiert sind – und fast 6 Milliarden (knapp 73 Prozent) in Ländern, in denen der Raum für die Zivilgesellschaft unterdrückt oder geschlossen ist.

Schwerpunkt ab Seite 32

Desinformation beeinträchtigt zivilgesellschaftliche Handlungsräume weltweit – und beschädigt damit Demokratie und nachhaltige Entwicklung. Staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen nutzen Fake News und falsche Narrative, um die Zivilgesellschaft anzugreifen, sie zu diffamieren und zum Schweigen zu bringen. Doch die Betroffenen wehren sich.

Unsere politischen Forderungen Seite 56

Bundesregierung und Bundestag müssen sich für eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft, für Freiheitsrechte und eine resiliente Informationsgesellschaft einsetzen und diese fördern – im In- und Ausland. Sie müssen sich verpflichten, stabile demokratische Strukturen zu gewährleisten, Plattformen verantwortungsvoll zu regulieren sowie Medienkompetenz und einen freien Journalismus zu fördern.



Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft stark unter Druck

Naher Osten/Nordafrika

Ägypten | Algerien | Bahrain | Irak |
Iran | Israel | Jemen | Jordanien |
Katar | Kuwait | Libanon | Libyen |
Marokko | Oman | Palästinensische
Gebiete | Saudi-Arabien | Syrien |
Tunesien | Vereinigte Arabische
Emirate

Afrika südlich der Sahara:

Angola | Äquatorialguinea |
Äthiopien | Benin | Botswana |
Burkina Faso | Burundi | Dschibuti |
Elfenbeinküste | Eritrea | Eswatini |
Gabun | Gambia | Ghana | Guinea |
Guinea-Bissau | Kamerun |
Kap Verde | Kenia | Komoren |
Republik Kongo | Demokratische
Republik Kongo | Lesotho | Liberia |
Madagaskar | Malawi | Mali |
Mauretanien | Mauritius | Mosambik |
Namibia | Niger | Nigeria | Ruanda |
Sambia | São Tomé und Príncipe |
Senegal | Seychellen | Sierra Leone |
Simbabwe | Somalia | Somaliland |
Südafrika | Sudan | Südsudan |
Tansania | Togo | Tschad | Uganda |
Zentralafrikanische Republik

Europa/Zentralasien

Albanien | Andorra | Armenien |
Aserbaidschan | Belarus | Belgien |
Bosnien und Herzegowina | Bulgarien |
Dänemark | Deutschland | Estland |
Finnland | Frankreich | Georgien |
Griechenland | Großbritannien |
Irland | Island | Italien | Kasachstan |
Kirgisistan | Kosovo | Kroatien |
Lettland | Liechtenstein | Litauen |
Luxemburg | Malta | Republik Moldau |
Monaco | Montenegro | Niederlande |
Nordmazedonien | Norwegen |
Österreich | Polen | Portugal |
Rumänien | Russland | San Marino |
Schweden | Schweiz | Serbien |
Slowakei | Slowenien | Spanien |
Tadschikistan | Tschechien | Türkei |
Turkmenistan | Ukraine | Ungarn |
Usbekistan | Zypern

**Karten
nach
Regionen
ab S. 26**



CIVICUS-Einstufungen

- offen
- beeinträchtigt
- beschränkt
- unterdrückt
- geschlossen
- Länder, zu denen CIVICUS keine Daten erhebt

Asien/Pazifik

Afghanistan | Australien |
 Bangladesch | Bhutan | Brunei |
 China | Fidschi | Indien | Indonesien |
 Japan | Kambodscha | Kiribati | Laos |
 Malaysia | Malediven |
 Marshallinseln | Mikronesien |
 Mongolei | Myanmar | Nauru | Nepal |
 Neuseeland | Nordkorea | Osttimor |
 Pakistan | Palau | Papua-Neuguinea |
 Philippinen | Salomonen | Samoa |
 Singapur | Sri Lanka | Südkorea |
 Taiwan, Province of China
 (offizielle UN-Bezeichnung) |
 Thailand | Tonga | Tuvalu | Vanuatu |
 Vietnam

Amerika

Antigua und Barbuda | Argentinien |
 Bahamas | Barbados | Belize |
 Bolivien | Brasilien | Chile |
 Costa Rica | Dominica |
 Dominikanische Republik | Ecuador |
 El Salvador | Grenada | Guatemala |
 Guyana | Haiti | Honduras | Jamaika |
 Kanada | Kolumbien | Kuba | Mexiko |
 Nicaragua | Panama | Paraguay |
 Peru | St. Kitts und Nevis | St. Lucia |
 St. Vincent und die Grenadinen |
 Surinam | Trinidad und Tobago |
 Uruguay | Venezuela |
 Vereinigte Staaten von Amerika

Die fünf Kategorien des CIVICUS-Monitors

Nicht alle typischen Merkmale einer Kategorie treffen zwingend auf alle Länder dieser Kategorie zu – siehe Kasten S. 22

3,4 %
offen

3,4 % der Weltbevölkerung (39 Staaten) sind offen. Der Staat garantiert umfassende zivilgesellschaftliche Freiheiten: Vereinigungs-, Demonstrations- und Informationsfreiheit sind ohne Hürden gewährleistet. Behörden akzeptieren Kritik, fördern Dialog und schützen Demonstrierende. Versammlungsrecht und Medienfreiheit entsprechen internationalen Standards; Internet und Regierungsinformationen sind frei zugänglich.

3,8 %
beeinträchtigt

3,8 % der Weltbevölkerung (37 Staaten) sind beeinträchtigt. Individuen und Organisationen können ihre Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit weitgehend ausüben, stoßen jedoch teils auf Einschränkungen. Regierungskritische Gruppen werden vereinzelt schikaniert, Demonstrationen mitunter verboten oder gewaltsam aufgelöst. Medien berichten breit, sind aber durch Regulierung, Druck und Übergriffe nicht völlig frei.

19,9 %

beschränkt

19,9% der Weltbevölkerung (39 Staaten) sind beschränkt. Grundrechte werden durch rechtliche und praktische Einschränkungen beschnitten. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden überwacht und schikaniert, Versammlungen oft gewaltsam aufgelöst. Medien existieren, doch Journalist*innen sind Übergriffen und Klagen ausgesetzt und üben häufig Selbstzensur.

42,2 %

unterdrückt

42,2% der Weltbevölkerung (50 Staaten) sind unterdrückt. Der zivilgesellschaftliche Raum ist massiv eingeschränkt: Aktivist*innen und NGOs werden überwacht, schikaniert oder verboten, Demonstrationen gewaltsam unterdrückt. Medien und Internet stehen unter Kontrolle, unabhängige Stimmen werden verfolgt und mundtot gemacht.

30,7 %

geschlossen

30,7% der Weltbevölkerung (32 Staaten) sind geschlossen. Der zivilgesellschaftliche Raum ist vollständig geschlossen: Kritik wird schwer bestraft, Aktivist*innen werden inhaftiert, misshandelt oder getötet. Presse- und Internetfreiheit existieren nicht, Zensur und Repression prägen das Klima der Angst.

Eine autoritäre Offensive verändert das Gefüge der Welt – und nimmt alles ins Visier, wofür die demokratische Zivilgesellschaft kämpft.

Teil 1 – Globale Lage

Angriffe aus den Zentren der Macht



Eine Serbin demonstrierte in Novi Sad am 5. September 2025 gegen die Regierung des Präsidenten Aleksandar Vučić und gegen Polizeigewalt. Die Protestierenden fordern seit Monaten Freiheit und Transparenz der Medien, Verantwortung der Macht und faire Wahlen.

Autoritäre Front

Die universellen Menschenrechte als globales Projekt sind weltweit in Gefahr — und damit auch die Menschen, die sie verteidigen. Denn in vielen Ländern hat sich eine autoritäre Front gebildet, die in die Zentren politischer, militärischer und ökonomischer Macht vordringen konnte.

Mit Vehemenz treten diese autokratischen Akteure, darunter etliche Regierungen, heute allem entgegen, wofür große Teile der demokratischen Zivilgesellschaft weltweit stehen: Umverteilung und Antidiskriminierung, Chancengleichheit, Ökologie und Klimaschutz, Arbeitsrechte, Pressefreiheit, Schutz für Geflüchtete, Landrechte. Wo einst Autokratien in der Defensive waren, sind nun liberale Demokratien, die progressive Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen unter Druck.

Besonders gefährlich ist die Situation für all jene, die Menschen- und Landrechte verteidigen, sich für Umweltschutz einsetzen, gegen illegalen Bergbau oder Abholzung kämpfen (siehe Grafik Seite 12). Institutionen, die Schwache

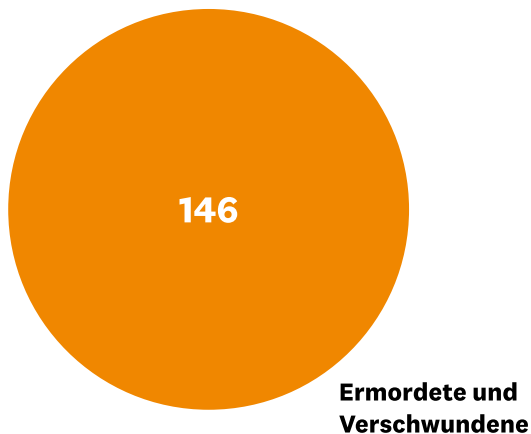
schützen und Mächtige kontrollieren sollen, verlieren Durchsetzungskraft. Repression nimmt weiter zu.

Autokratisierung des Globalen Nordens

Diese Autokratisierung ist auch im Globalen Norden angekommen. Denn an ihrer Spitze stehen seit dem zweiten Amtsantritt von Präsident Donald Trump die USA. Mit Posts auf X wie „He who saves his Country does not violate any Law“ machte er klar, dass er sich an das Recht nicht gebunden fühlt. Migrant*innen lässt er von der paramilitärisch agierenden ICE terrorisieren — und enthebt diese ausdrücklich jeder Rechenschaftspflicht. Trumps Regierung attackiert missliebige Universitäten, Beamt*innen, NGOs und Medien. Für Letztere hat das Weiße Haus gar auf seiner eigenen Website einen Online-Pranger eingerichtet, der Journalist*innen als „Media Offenders“ diffamiert.

Diesen Prozess beschleunigt das Verschmelzen politischer mit ökonomischer und medialer Macht — weltweit.

Morde an Umwelt- und Landrechtsverteidiger*innen im Jahr 2024



Morde und Verschwindenlassen nach Branche

Insgesamt 51 dokumentierte Fälle*

Bergbau und Rohstoffe

29

Abholzung

8

Agrarindustrie

4

Straßenbau und Infrastruktur

2

Wasserkraft

1

Wilderei

1

Sonstige

6

Wo sind wie viele Morde passiert?

Kolumbien 48	Liberia 3
Guatemala 20	Russland 1
Mexiko 19	Indien 1
Brasilien 12	Venezuela 1
Philippinen 8	Argentinien 1
Honduras 6	Chile 1
Indonesien 5	Madagaskar 1
Nicaragua 4	Türkei 1
Peru 4	Kamerun 1
Demokratische Republik Kongo 4	Kambodscha 1
Ecuador 3	Dominikanische Republik 1

*95 von 146 Fällen konnten nicht aufgeklärt werden
Quelle: Global Witness, Roots of Resistance, September 2025

Meinungsbildende Social-Media-Konzerne wie Meta oder X leisten Trump Gefolgschaft. Sie verfestigen so die Ausbreitung von Hetze und Desinformation (siehe Schwerpunkt-kapitel ab Seite 32) als Treiber des autoritären Umbaus.

Krise der internationalen Zusammenarbeit

Aus der internationalen Kooperation ziehen die USA sich zurück. Nach Amtsantritt stoppte Präsident Trump die Zusammenarbeit mit dem UN-Menschenrechtsrat und verhängte Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Richter*innen und Staatsanwält*innen des IStGH ließ er mit „digitaler Auslöschung“ abstrafen und von Cloud- und Zahlungsdiensten ausschließen, weil sie gegen US-Soldaten in Afghanistan und israelische Regierungsmitglieder ermittelten. Im Januar 2026 kündigten die USA die Mitgliedschaft in 66 UN-Organisationen.

Die weitgehenden Streichungen der Auslandshilfe und die Zerstörung der Entwicklungsbehörde USAID treffen Programme zu Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit ebenso wie Projekte für Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung weltweit — darunter auch viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt. Hiermit befasste US-Diplomat*innen wurden entlassen, die US-Menschenrechtsberichte umgeschrieben, um Verbündete zu schützen und Gegner*innen zu verurteilen.

Ein Staat, der stolz war auf sein demokratisches Fundament, verkommt so zum Negativbeispiel. Trump beschleunigt die Aushöhlung globaler Menschenrechtsnormen und der multilateralen Architektur zu ihrer Verteidigung. Er befeuert Autoritarismus, geopolitische Rivalitäten, Kriege und humanitäre Krisen. Autoritäre Regime fühlen sich ermutigt, das internationale Menschenrechtssystem in ihrem Sinne umzubauen oder finanziell und politisch auszutrocknen.

Kahlschlag bei den Hilfen

Umso schwerer wiegen die von Präsident Trump verschärften Einschnitte bei den Mitteln für Menschenrechts-, Friedens-, Umwelt- und Entwicklungs-NGOs. Diese benötigen langfristige, verlässliche Finanzierung. Doch allein ihre Hilfen für internationale Programme im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte kürzten die USA von 2024 auf 2025 um 75 Prozent, so das Center for Strategic and International Studies mit Sitz in Washington DC. Für den selben Zeitraum stellte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Rückgang der öffentlichen Entwicklungsgelder (ODA) um 23 Prozent fest.

Auch Deutschland, eines der letzten großen Geberländer von Entwicklungsgeldern, beschloss 2026 eine weitere Kürzung bei der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Bereits 2024 hatten Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit fast 30 Jahren gleichzeitig ihre öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zurückgefahren.

Organisationen, die zu Geschlechtergerechtigkeit arbeiten, sind hart getroffen. Laut UN Women kämpften im April 2025 rund 90 Prozent der Frauenrechtsorganisationen mit Finanzierungslücken, Hilfsangebote für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt wurden eingeschränkt. Die Hälfte der Organisationen fürchteten, bald ihre Arbeit einstellen zu müssen (siehe Seite 42).

In Kolumbien etwa musste das UN-Menschenrechtsbüro OHCHR laut Human Rights Watch fast die Hälfte seines

23 %

weniger Geld für Entwicklungs- zusammenarbeit

Personals entlassen. NGOs stellten Projekte ein und zogen sich aus Konfliktregionen zurück; auch staatliche Stellen waren von Kürzungen betroffen. Kolumbien beherbergt rund 7 Millionen binnenvertriebene und etwa 2,8 Millionen geflüchtete Menschen.

Extreme Rechte im Aufwind

Vor der Korruptionsverhandlung gegen Marine Le Pen in Frankreich im Januar 2026 machten Emissäre von US-Präsident Trump persönlich Druck bei der zuständigen RichterIn. Weltweit gilt: Die Unterstützung befreundeter Regierungen gibt rechtsextremen Bewegungen und Parteien Aufwind. So nehmen deren Angriffe auf ethnische, religiöse, sexuelle und andere Minderheiten zu. Diese bleiben Ziel von Hass im Netz, falschen Behauptungen und Diffamierungen (siehe Schwerpunkt ab Seite 32), Aufrufen zur Gewalt, Doxing, aber auch physischer Gewalt und Mord. Das betrifft auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die zu den Rechten marginalisierter Gruppen arbeiten – und stärkt die extremen Ränder von Gesellschaften. Extremistische Propaganda radikalisiert Einzelpersonen und Gruppen, die Gewaltverbrechen bis hin zu terroristischen Anschlägen verüben.

„Die Erfolge in der Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit stehen durch die globalen Kürzungen auf dem Spiel.“

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt



Maria Elena Belmonte Cruz von der mexikanischen NGO Consorcio Oaxaca während des Aktionstages zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 25. November 2025.

Hass auf Gender als ideologischer Kitt

Zu den wichtigsten Bausteinen einer autoritären Agenda gehören dabei überall Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. In Ghana und Uganda etwa sind auch unter Einfluss von Kirchen und muslimischen Religionsführern zustandekommene Anti-LGBTQIA+-Gesetze klare Statements gegen vermeintlich westliche Werte. In Russland ist Queerfeindlichkeit Ausdruck für Nationalismus. Und in Brasilien hält der „Bolsonaro-Effekt“ weiter an: Anti-Gender-Kampagnen bringen radikale Katholik*innen, weiße Angehörige der Oberschicht und andere Gruppen zusammen. Das zeigt, wie staatliche und nicht-staatliche Akteure gegen Grundfreiheiten und progressive Zivilgesellschaft arbeiten. Klar ist: Für Einschränkungen und Gewalt gegen Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen können nicht nur staatliche Akteure verantwortlich gemacht werden.

Gesetze gegen die Zivilgesellschaft

Bestehendes Recht, das der autoritären Agenda im Weg steht, wird zunehmend missachtet. Doch Regierungen in vielen Ländern erlassen neue Gesetze gegen NGOs, insbesondere 2025 in Lateinamerika. Überzogene Vorschriften zielen häufig darauf ab, die Finanzen von NGOs zu kontrollieren und deren Aktivitäten einzuschränken. Oft geschieht dies unter dem Vorwand, ausländische Einflussnahme durch angebliche „Agenten“ zu bekämpfen (siehe Seite 37).

In Ecuador etwa rückt das im August 2025 in Kraft getretene „Gesetz zur Kontrolle irregulärer Kapitalströme“ NGOs pauschal in die Nähe des Terrorismus. Es ermächtigt den Staat, Vermögen zu beschlagnahmen oder NGOs aufzulösen.



Umweltaktivist*innen protestierten in Bandung, Indonesien, am 21. September 2025 gegen die Klimakrise, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit. Die Proteste richteten sich auch gegen die als zunehmend autoritär empfundene Politik unter Präsident Prabowo Subianto.

„Die argentinische Zivilgesellschaft ist sehr stark! Daran glaube ich fest, obwohl Mileis autoritäre Züge viel Erreichtes zunichtemachen.“

Paula Litvachky, Leiterin des Center for Legal and Social Studies (CELS), Buenos Aires, Argentinien

Schikanierende oder missbrauchsanfällige gesetzliche Maßnahmen gegen NGOs traten auch in El Salvador, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela in Kraft. Außerdem in Indonesien, Kambodscha, Ruanda, Simbabwe und Angola.

Inflationärer Terrorvorwurf

Nach dem Gesetz zur Transparenz ausländischer Einflussnahme im Jahr 2024 erschwerte Georgien 2025 mit zwei weiteren Gesetzen die Arbeit von NGOs, die von anderen Ländern finanziert werden. Mit dem „Zuschussgesetz“ kann die Regierung seitdem über Projekte entscheiden. Erst wenn sie ein Projekt bewilligt, darf die NGO Geld ausländischer Geber annehmen. Ignoriert die Organisation das und nimmt das Geld trotzdem an, muss sie nach Angaben der Georgia Young Lawyers' Association (GYLA) mit einer Geldstrafe rechnen, die doppelt so hoch wie die Zuwendung ist. Das „Gesetz zur Registrierung Ausländischer Agenten“ verlangt, dass sich NGOs als „Ausländische Agenten“ registrieren lassen, wenn sie Mittel aus dem Ausland erhalten. Zudem müssen sie binnen 48 Stunden jede Veröffentlichung beim Antikorruptionsbüro einreichen.

Mit dem erklärten Ziel der Terrorismusbekämpfung weiten viele Staaten die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten aus. Der Terrorbegriff wird dabei oft sehr weit ausgelegt oder unpräzise definiert. Überwachung oder Hausdurchsuchungen werden erleichtert, friedliche Proteste

oder oppositionelle Aktivitäten können kriminalisiert werden. Menschenrechts-, Demokratie- oder Minderheitenorganisationen werden als „terroristisch“ oder „extremistisch“ etikettiert, um sie zu delegitimieren oder zu verbieten.

In Indien sitzen Menschenrechtsverteidiger*innen teils jahrelang ohne Verfahren in Haft. Der Unlawful Activities Prevention Act wird systematisch missbraucht, um sie wegen angeblicher Unterstützung extremistischer Gruppen anzuklagen.

In Russland laufen hunderte Verfahren wegen angeblicher Terrorunterstützung gegen Journalist*innen, LGBTQIA+-Personen und Rückkehrende aus dem Exil. Folter ist ein gängiges Mittel der Repression. Oder den Betroffenen wird eine medizinische Behandlung verweigert.

Auch jenseits von Antiterrorgesetzen wird die Justiz instrumentalisiert: Simbabwe neuer Private Voluntary Organisations Amendment Act etwa verbietet NGOs, eine politische Partei „zu unterstützen“ oder sich ihr „entgegenzustellen“. Im Juni 2025 begann der Prozess gegen den Journalisten Blessed Mhlanga: Ihm wird „Anstiftung zu Gewalt“ vorgeworfen, nachdem er einem Dissidenten Sendezeit für regimekritische Äußerungen eingeräumt hatte.

In Kambodscha wies der Oberste Gerichtshof Ende April 2025 einen Antrag von fünf inhaftierten Aktivist*innen der Organisation „Mother Nature“ auf Freilassung gegen Kaution zurück. Sie wurden im Juli 2024 aufgrund von haltlosen Anschuldigungen zu sechs bis acht Jahren Haft verurteilt. Fünf weitere verurteilte Mitglieder der NGO leben im Exil.

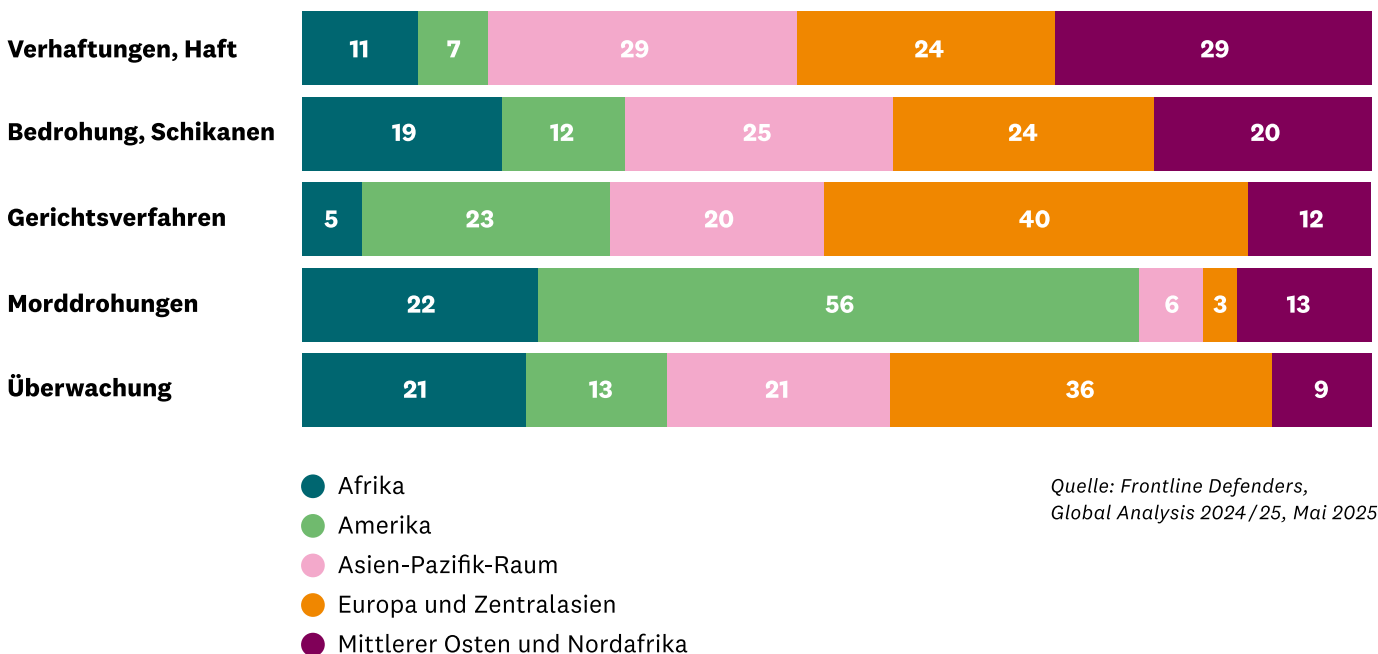
In diesem Klima nimmt auch die physische Repression gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen zu. Front Line Defenders hat auch für 2024 massive

Repressalien dokumentiert (siehe Grafik unten). Unter anderem in Mexiko, Serbien, Peru, den Philippinen, Paraguay, Kenia, Indonesien, Georgien oder Argentinien ging die Polizei 2025 mit übermäßiger Härte und Gewalt gegen Protestierende vor.

Exil bietet keinen Schutz

Die Repression reicht immer öfter bis ins Exil. Nicaragua entzog seit 2023 über 450 Oppositionellen die Staatsbürgerschaft, mehr als 400.000 Menschen flohen. Im Juni 2025 wurde der exilierte Regierungskritiker Roberto Samcam in Costa Rica erschossen. Im Januar 2025 ermordeten Unbekannte Lim Kimya, einen ehemaligen Abgeordneten der verbotenen kambodschanischen Oppositionspartei CNRP, in Bangkok. Der kenianische Aktivist Mwabili Magodi wurde am 23. Juli 2025 in Tansania Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens. Am 8. Oktober 2025 verschleppten Bewaffnete die kenianischen Aktivist*innen Bob Njagi und Nicholas Oyooals in Kampala. Diese und viele weitere Fälle zeigen, dass heute selbst Flucht bisweilen keinen Schutz mehr bietet.

Rechtsverletzungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen nach Weltregionen im Jahr 2024, in Prozent



Die Lage in Deutschland

Wie frei kann die Zivilgesellschaft bei uns handeln?
Zwei Experten antworten.

„Ich sehe keine systematische Unterdrückung bestimmter Meinungen.“

Linus Kebba Pook

„Wir sehen eine neue Dimension in der Beschränkung von Versammlungsfreiheit.“

Prof. Dr. Clemens Arzt

CIVICUS hat Deutschland in seinem Monitor nach 2023/24 erneut herabgestuft. Die Organisation nennt als einen zentralen Grund den Umgang deutscher Behörden mit Versammlungsfreiheit, insbesondere im Zusammenhang mit Protesten rund um den Gaza-Krieg.

Wie eingeschränkt sind die Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft bei uns tatsächlich? Und was bedeutet das für die Demokratie im Land? Der Atlas der Zivilgesellschaft nähert sich diesen Fragen in zwei Interviews: mit Linus Kebba Pook, Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des

Vereins democ, der antisemitische und demokratiefeindliche Bewegungen in Deutschland beobachtet. Und mit Dr. Clemens Arzt, bis 2023 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin (HWR) mit dem Fachgebiet Polizei- und Ordnungsrecht.

Gespräche, in denen es nicht zuletzt um Bedingungen für demokratische Debatten geht, um die Möglichkeit, verschiedene Positionen sichtbar zu machen — und unterschiedliche Perspektiven zuzulassen.

„Eine Fokussierung auf Zahlen verzerrt den Diskurs“

Linus Kebba Pook, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied von democ



Herr Kebba Pook, Stichwort *Shrinking Space*: Welche Tendenzen gibt es dazu in Deutschland?

LKP: Wir erleben deutlich angespanntere Debattenräume als noch vor Jahren und eine Polarisierung aus verschiedenen Richtungen, angefeuert aus unterschiedlichen Lagern. Das führt zu *Shrinking Spaces*, weil die eigene Positionierung dadurch erschwert wird.

Aus Angst vor Konsequenzen?

LKP: Vor allem vor politischen Lagerzuweisungen. Bei democ ist es uns wichtig, mit allen, etwa mit Vertreter*innen aller demokratischen Parteien, zu sprechen. Gleichzeitig werden Kooperationen oder Auftritte schnell als Positionierung interpretiert. Das erhöht, nicht nur bei uns, die Hemmungen, mit unterschiedlichen demokratischen Akteuren im Gespräch zu bleiben. Langfristig kann dadurch demokratische Pluralität verloren gehen.

Wie sehen Sie die Auswirkungen der Entwicklungen nach dem 7. Oktober 2023 auf jüdisches Leben? Steigt der Antisemitismus in Deutschland?

LKP: Sie sind verheerend. Alle jüdischen Organisationen und teils auch Repräsentant*innen berichten einhellig von der massiven Zunahme des Antisemitismus. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus liefert schockierende Zahlen: Über 20 antisemitische Vorfälle am Tag in 2024, ein rasanter Anstieg. Und der führt auch dazu, dass gesellschaftliche Teilhabe für Jüdinnen und Juden massiv erschwert wird. Auch im digitalen Raum:

In unserem Projekt zur Onlinesicherheit berichten Organisationen, dass sich Menschen aus Angst vor Doxxing oder Bedrohungen aus öffentlichen digitalen Räumen zurückziehen.

Würden Sie sagen, dass das Internet als Problemfeld da noch gar nicht genügend gesehen wird?

LKP: Ja, unbedingt. Wir werben sehr dafür, On- und Offline-Dynamiken zu betrachten. Die frühere Trennung von digital und analog gibt es nicht mehr. Das sehen wir auch mit Blick auf den 7. Oktober 2023. Wir sehen, dass digitale Inhalte reale Auswirkungen haben, etwa durch Livestreams, die während Demonstrationen Bewegungen oder offene Polizeisperren sichtbar machen und so reale Situationen beeinflussen.

Wie kann man dem etwas entgegensetzen?

LKP: In der Stärkung digitaler Resilienz und im steigenden gesellschaftlichen Bewusstsein — auch bei Sicherheitsbehörden. Wenn Videos — etwa von jüdischen Aktivist*innen gegen Antisemitismus — gegen den Willen der Betroffenen veröffentlicht werden, kann das dazu führen, dass diese Menschen aus dem gesellschaftlichen Diskursraum gedrängt werden. Das muss ernst genommen werden.

Wie beurteilen Sie die hohe Zahl an Strafanzeigen und Verboten im Kontext der Demonstrationen um den Krieg in Gaza?

LKP: Es ist wichtig, da sehr differenziert

hinzuschauen. Ich war erstaunt über verschiedene, absolute Zahlen zu Strafverfahren gegen pro-palästinensische Demonstrierende, die in Medien kursierten und sehr unterschiedlich interpretiert wurden. Unter den Schlagzeilen habe ich auch Deutungen wahrgenommen. Aus der hohen Zahl der Ermittlungsverfahren darf nicht geschlossen werden, wie kriminell die Proteste sind. Auch den Schluss, allein aus der Zahl der Verfahren eine übermäßig harte Repression gegenüber der pro-palästinensischen Szene abzuleiten, weise ich zurück — das gibt die aktuelle Datenlage nicht her. Entscheidend ist die Frage nach Rechtmäßigkeit, Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit; eine reine Fokussierung auf Zahlen verzerrt den Diskurs. Gleichzeitig ist jede Form von Rassismus abzulehnen und politisch zu bekämpfen.

Gibt es Einschränkungen, die Sie kritisch sehen?

LKP: Grundsätzlich sind Versammlungsverbote ein starker Eingriff in die Grundrechte, sie sollten ein letztes Mittel bleiben. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass nur ein sehr kleiner Teil der pro-palästinensischen Versammlungen überhaupt verboten wurde. Viele Entscheidungen erfolgen aufgrund konkreter, für mich nachvollziehbarer Gefahrenlagen, etwa bei antisemitischen Parolen oder Anmeldern, die in der Vergangenheit auffällig geworden waren. Komplexer ist etwa die Parole „From the River to the Sea“, die kontrovers diskutiert wird. Hier geht es um Einschränkungen politischer Ausdrucksformen, die man unterschiedlich bewerten kann. Ein

BMI-Erlass stuft die Parole als verboten ein, unter anderem mit Bezug auf Hamas und Samidoun. Ob das trägt, müssen Gerichte entscheiden.

Gleichzeitig besteht der Vorwurf des unverhältnismäßigen polizeilichen Vorgehens, über legitime Zwangsmittel hinaus. Was sagen Sie dazu?

LKP: Es ist zum Teil eine Frage von Kommunikation, etwa, wie bestimmte Zwangsmittel angekündigt werden. Da gibt es ja zum Glück enge rechtliche Vorgaben. Mit Sicherheit ist es auch schon mal dazu gekommen, dass Polizeikräfte Dinge nicht so umgesetzt haben, wie sie umgesetzt werden sollten. Die Debatte darum ist legitim und notwendig. Einzelne Fälle müssen selbstverständlich geprüft werden. Gleichzeitig wurde die Polizei in Teilen der Protestszene ab Tag eins, also wirklich ab dem 8. Oktober 2023, zum Feindbild stilisiert und sozusagen als Mittäterin eines Genozids dargestellt, teilweise auch durch Desinformation. Das hat zur Polarisierung beigetragen. Außerdem gab es viele Menschen, die erstmals demonstrierten und mit polizeilichem Handeln konfrontiert waren, und meiner Meinung nach auch deshalb extrem irritiert von Maßnahmen waren, die rechtens und seit Jahrzehnten gängige Praxis sind.

Etwa die Polizeieinsätze rund um einige Klimaproteste?

LKP: Teilweise ja, aber die Proteste im Kontext des Gaza-Kriegs haben eine andere gesellschaftliche Breite und emotionale Intensität erreicht. Auch mit Blick auf unterschiedliche politische Milieus und soziale Hintergründe war die Klimabewegung aus meiner Sicht weniger divers als die Proteste gegen das israelische Vorgehen in Gaza. Das hat zu einer starken Politisierung geführt, insbesondere auf Social Media und sogar in der Popkultur. Gerade

auf TikTok sieht man Videos von Versammlungsauflosungen, die teils sehr rabiatisch wirken. Ob rechtmäßig oder nicht, ist über diese Videos allein oft schwer zu beurteilen.

Sehen Sie eine ungleiche Behandlung, je nachdem, wer protestiert?

LKP: Nicht im Hinblick auf Inhalte. Unterschiede ergeben sich eher aus Dynamik und Auftreten der Demonstrierenden. Gleichzeitig gilt unabhängig davon: Polizeiliches Handeln muss immer rechtsstaatlich korrekt bleiben.

Werden Diskursräume durch zunehmende Verbote enger?

LKP: Pauschal ja sagen kann ich dazu nicht. Verbote können den Diskursraum theoretisch verengen, entscheidend ist aber die konkrete Maßnahme. Es gibt sicherlich einzelne Auflagen von Versammlungsbehörden wie etwa ein Verbot von palästinensischen Flaggen bei einer Versammlung, die die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit einschränken und sicherlich eine Verengung eines Diskursraums bewirken. Grundsätzlich lässt sich Antisemitismus nicht allein durch Verbote bekämpfen, sondern vor allem durch Prävention, Bildung und gesellschaftliche Sensibilisierung. Gleichwohl kann es richtig sein, bestimmte Ausdrucksformen oder einschüchternde Symbole per Auflagen zu verbieten, um jüdisches Leben zu schützen.

Sehen Sie einen Chilling Effect in Form von verstärktem vorauseilendem Gehorsam?

LKP: Nein. Es gibt einzelne Unsicherheiten, etwa bei Behördenentscheidungen oder Dokumentationen im Kontext von Ermittlungsverfahren, die auf Betroffene abschreckend wirken können. Von einer generellen

Einschränkung der Meinungsfreiheit kann man jedoch nicht sprechen. Insbesondere lehne ich die Vorstellung ab, eine auslaufende Förderung oder abgesagte Veranstaltung aufgrund antiisraelischer Positionierung stelle eine Art von „Cancel Culture“ dar. Zurecht haben wir dieser Argumentation von rechts jahrelang entgegengehalten, dass man vieles sagen darf, aber eben mit Gegenwind rechnen muss.

Wie bewerten Sie die Herabstufung Deutschlands im CIVICUS-Monitor?

LKP: Ich finde diese Einordnung eher schwer nachzuvollziehen. Ich sehe keine systematische Unterdrückung bestimmter Meinungen, auch nicht die pro-palästinensischer Meinungen. Die Zahl der Versammlungen zeigt im Gegenteil, dass politische Äußerungen in großem Umfang möglich sind.

Wie bewerten Sie die Diskussion um staatliche Förderung von NGOs?

LKP: Kritische Nachfragen an geförderte Organisationen, wie sie etwa die Union vor der Wahl mit ihren 551 Fragen formuliert hat, sind legitim. Problematisch wird es bei pauschalen Vorwürfen ohne Belege. Von einem „deep state“ zu sprechen, halte ich für völlig unangebracht, unredlich und sachlich falsch. Es gibt keine „Schattenstruktur“ aus NGOs, die im Verborgenen die Politik hierzulande bestimmen. Es ist aber normal, dass staatliche Programme regelmäßig überprüft und angepasst werden. Gleichwohl muss man schauen, was etwa die Neuausrichtung von „Demokratie leben!“ für die Zivilgesellschaft, für Betroffene von Antisemitismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedeutet, wenn Strukturen über Jahre aufgebaut wurden und jetzt womöglich abgebaut werden.

Was braucht eine starke Demokratie jetzt?

LKP: Wir müssen anfangen, unter Demokrat*innen vernünftig zu streiten. Die aktuelle Polarisierung und der Kulturkampf – von links wie aus konservativen Kreisen – helfen nicht weiter. Sie stärken nur letztendlich extremistische Positionen. Entscheidend ist, politische Konflikte auszuhalten, ohne Feindbilder zu überzeichnen.

„Es gibt keine
,Schattenstruktur‘ aus NGOs.“

Linus Kebba Pook, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied von democ

„Wir müssen Streit geduldig austragen, auch auf der Straße“

Prof. Dr. Clemens Arzt, Rechtswissenschaftler



Herr Arzt, welche Rolle spielt Versammlungsfreiheit in politisch aufgeladenen Situationen?

CA: Die parlamentarische Demokratie bietet den Wahlberechtigten die Möglichkeit, dass ihre Interessen Gehör finden. Das ist allerdings eine eher abstrakte Form der Partizipation, die viele ausschließt. Das Bundesverfassungsgericht hat in der sogenannten Brokdorf-Entscheidung 1985 festgestellt, dass das Recht der Bürger*innen, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozess teilzunehmen, ebenfalls zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört. Heute kommt mit Blick auf Meinungskundgaben sicher noch das Internet hinzu. Doch Wahlen und Internet haben nicht die gleiche Qualität wie das gemeinsame Auf-die-Straße-Gehen, um Unmut und Forderungen sichtbar zu machen. Diese Form des Protests bleibt daher wichtig: als sichtbarstes Mittel der Partizipation.

Haben sich die Prüfmaßstäbe der Behörden dafür verändert?

CA: Versammlungsfreiheit gilt in Deutschland ausnahmslos ohne Genehmigungen durch Behörden. Diese können aber Versammlungen beschränken oder sogar nach Beginn auflösen. Und dazu sind Behörden und Polizei meines Erachtens seit der COVID-Pandemie zunehmend bereit. Aus Infektionsschutzgründen wurden damals Verbote und Beschränkungen als notwendig und zulässig erachtet,

die zuvor undenkbar erschienen mit Blick auf die Rechtsprechung zum Versammlungsrecht. Am weitesten reichten dabei generelle Verbote von Versammlungen und/oder massive Auflagen über Wochen und Monate, was so zuvor rechtlich als unzulässig angesehen wurden. Einzig ein Bundesland, Bremen, hat solche Totalverbote nicht ausgesprochen.

Und die Gerichte?

CA: Die Verwaltungsgerichte haben lange Zeit gebraucht, um nach der Pandemie wieder eine klare Linie zum Schutz von Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu finden. Das Bundesverfassungsgericht hat bis heute keine Grundsatzentscheidung zu diesen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit getroffen.

Welche Entwicklungen sehen Sie seitdem?

CA: Ich würde drei Felder unterscheiden: die COVID-Demonstrationen, die Klimaproteste der sogenannten „Klimakleber“, bei denen neue polizeiliche Maßnahmen wie „Schmerzgriffe“ verbreitet angewendet wurden, und schließlich die Demonstrationen seit dem 7. Oktober 2023 im Kontext des Gaza-Kriegs. Insgesamt sehen wir hier eine neue Dimension in der Beschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Ich gehöre nicht

zu denen, die sagen, man könne seine Meinung hier nicht mehr frei äußern! Aber die Möglichkeiten wurden und werden eingengt. Bei friedlichen Versammlungen gegen den Krieg in Gaza kommt es insbesondere in Berlin immer wieder zu einem ungemein brutalen Vorgehen der Polizei und vielen gezielten Körperverletzungen.

Können Sie das konkretisieren?

CA: Nach dem 7. Oktober 2023 wurden vor allem in Berlin über mehrere Wochen zahlreiche Versammlungen zum Thema pauschal verboten. Anders als während der Pandemie haben die Gerichte relativ schnell – nicht in Berlin, aber an vielen anderen Orten – klargestellt, dass das so nicht zulässig ist und eine Einzelfallprüfung notwendig bleibt. Seitdem wird intensiv über einzelne Parolen wie „From the River to the Sea“ gestritten: ob sie erlaubt sind, strafbar sein können oder nicht. Diese Rechtsfrage ist weiterhin nicht abschließend geklärt.

Warum Berlin?

CA: In Berlin ist die Lage besonders zugespitzt, weil es hier eine besonders große palästinensisch-stämmige Community gibt. Die Polizei – in Berlin anders als sonst zugleich Versammlungsbehörde – hat zunächst rund die Hälfte aller Proteste gegen den Krieg in Gaza verboten. Eine solche Welle von Verboten wurde bis dahin rechtlich als unzulässig angesehen. Als dies mit Blick auf die Rechtsprechung in anderen Bundesländern nicht mehr haltbar war, wurden weitreichende

„Es sind kleine Schritte, die zusammengenommen den Diskurs verschieben.“

Prof. Dr. Clemens Arzt, Rechtswissenschaftler

inhaltliche Auflagen erlassen, etwa Verbote bestimmter Parolen oder der Nutzung der arabischen Sprache, der Muttersprache in Palästina! Das geht mit Blick auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu weit. Hinzu kommt ein aus meiner Sicht sehr „robustes“ polizeiliches Vorgehen. Einsatzkräfte greifen immer wieder nicht gegen Gewalttaten ein, sondern allein aufgrund von bestimmten Meinungsäußerungen, die von der Polizei als strafbar oder antisemitisch eingeordnet werden. Zur Verhinderung oder auch als Sanktion wegen bestimmter Parolen wird erhebliche körperliche Gewalt eingesetzt — auch ohne klassische Eskalationslagen. Ich habe Situationen gesehen, in denen gezielt ins Gesicht geschlagen wurde. Die Polizei hat das Recht, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zur Durchsetzung rechtmäßiger Anordnungen Zwang einzusetzen. Aber hier passiert etwas anderes. Menschen werden einfach verprügelt und bei Festnahmen auf offener Straße misshandelt, etwa durch gezielte Schläge in die Nieren bei Menschen, die bereits auf dem Boden liegen. Es gibt keine rechtliche Begründung für dieses brachiale und gewalttätige Vorgehen der Beamten. Und es entsteht der Eindruck, dass das innerhalb der Polizei kaum kritisch reflektiert wird.

Ist Polizist*innen klar, wann eine Rolle strafrechtlich relevant ist?

CA: Die Polizei muss darüber vor Ort entscheiden, oft unter Zeitdruck — das führt zwangsläufig zu Unsicherheiten in der Beurteilung in Konflikten. Hinzu kommt eine starke politische Aufladung des Themas. Es gibt Druck aus der Politik, dass die Polizei sich durchsetzen muss. Die deutsche Staatsräson, das unbedingte Einstehen für Israel und gegen alles, was als Antisemitismus seitens der Politik eingeordnet wird, wird jenseits irgendwelcher rechtlichen Grundlagen in

polizeiliches Handeln „umgesetzt“. Versammlungsverbote, übermäßige Beschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit und am Ende auch exzessive Gewalt gegen friedliche Menschen sind in Berlin seit dem 7. Oktober 2023 polizeiliche „Standardmaßnahmen“.

Ist der Umgang mit Protestierenden rund um Gaza ein Testfall für den Zustand zivilgesellschaftlicher Freiräume?

CA: Es ist natürlich ein Testfall — und bestanden wird dieser Test nicht. Wir sprechen hier über eine gesellschaftlich wenig umstrittene Frage zur Unzulässigkeit der israelischen Kriegsführung, in der dennoch fortlaufend Beschränkungen von Versammlungen ausgesprochen werden. Kritik an der israelischen Regierung läuft Gefahr, vor schnell als antisemitisch ausgegrenzt zu werden und ein autoritärer Anti-Antisemitismus führt zu einer zunehmenden Einengung der Diskursräume. Ich sehe darin zwar kein strategisches Vorhaben der Regierenden im Sinne eines gezielten Projekts, etwa vergleichbar mit Entwicklungen in Ungarn oder Polen. Faktisch ist es aber so, dass sich da etwas einübt.

Betrifft so eine Einübung auch andere Bereiche, etwa Förderentscheidungen oder disziplinarische Maßnahmen an Universitäten?

CA: Ich sehe hier durchaus Veränderungen. Ich habe den Eindruck, dass der Respekt vor Meinungs-, Versammlungs- und auch Wissenschaftsfreiheit zwar grundsätzlich noch besteht, aber zunehmend durch punktuelle Interventionen überlagert wird. Das gewichtigste Feld ist das Versammlungsgeschehen. Aber auch an Universitäten werden Räume für bestimmte Meinungen, Diskussionen

und Widerspruch kleiner. Ähnliche Entwicklungen sehen wir nun sogar bei Buchhandlungen und NGOs im Bereich Rechtsextremismusprävention. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich ein verändertes, konservativ geprägtes gesellschaftliches Leitbild durchsetzen soll.

Inwieweit sehen Sie die 551 Fragen umfassende „Kleine Anfrage“ der Unionsfraktion zur Finanzierung von NGOs im Bundestag als einschränkend an?

CA: Die Anfrage ist aus meiner Sicht ein subkutaner Angriff auf die Meinungsvielfalt und Demokratie. Es sind kleine Schritte, die zusammengenommen den Diskurs verschieben. Gleichzeitig zeigt sich bei konservativen Parteien teilweise die Annahme, man könne der Rechten das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen übernimmt. Das wird nicht funktionieren.

Welche juristischen Leitplanken brauchen wir für die Zukunft?

CA: Wir müssen lernen, wieder mehr Diskurs und Meinungsverschiedenheit auszuhalten, ohne sie vorschnell staatlich zu regulieren. Das Internet ergänzt die Versammlungsfreiheit, ersetzt sie aber nicht. Es gibt klare und sinnvolle strafrechtliche Grenzen — zum Beispiel bei der Holocaustleugnung. Andere sollten kritisch hinterfragt werden. Denn Demokratie lebt davon, dass sie Vielfalt zulässt und Konflikte aushält.

Was wünschen Sie sich für eine starke Zivilgesellschaft?

CA: Mehr Demokratie wagen — diese alte Formel von Willy Brandt passt weiterhin: Wir müssen wieder mehr Demokratie wagen und mehr Meinungsvielfalt aushalten. Das bedeutet nicht, dass jede Meinung akzeptabel ist oder dass rechte Hetze dazugehört. Aber im besten demokratischen, freiheitlichen und menschenrechtlich orientierten Sinne müssen wir mehr Vielfalt zulassen und Streit geduldig austragen, auch auf der Straße.

CIVICUS-Report



Veränderung von 2018 zu 2025
in Prozentpunkten

3,4 % offen (277 Millionen)

- 0,6 ↓



3,8 % beeinträchtigt (305 Millionen)

- 10,2 ↓



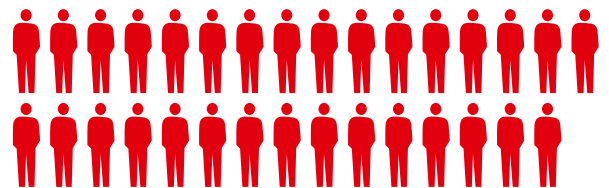
19,9 % beschränkt (1.621 Millionen)

- 16,1 ↓



42,2 % unterdrückt (3.438 Millionen)

+ 23,2 ↑



30,7 % geschlossen (2.495 Millionen)

+ 3,7 ↑

Werte von Brot für die Welt gerundet.

Quelle: People Power Under Attack 2025, CIVICUS-Monitor, Dezember 2025

Monkey D. Ruffy ist der Held der japanischen Comic-Serie „One Piece“. Der junge Piratenkapitän verabscheut Menschen, die anderen ihre Freiheit nehmen — und will „eine Welt schaffen, in der seine Freunde essen können, so viel sie wollen.“ Seine Flagge ziert ein grinsender Totenkopf mit Strohhut. Die harmlos, gar kindlich wirkende Zeichnung machen 2025 viele junge Menschen zu ihrem Symbol für Freiheit und den Widerstand gegen Unterdrückung. In Nepal hissen Demonstrant*innen die „One Piece“-Flagge vor dem Regierungssitz in Kathmandu, bevor sie das Gebäude stürmen. In vielen Ländern der Welt zeigt die Gen Z, die Generation der unter 30-Jährigen, die Fahne bei ihren Protesten gegen Korruption und Ungerechtigkeit.

Jugend, die aufbegehrt

Die mit dem Smartphone aufgewachsenen jungen Menschen vernetzen sich auch in der Türkei, Mongolei, in Ost-Timor, Serbien, Peru, Tansania, Paraguay, Marokko, Madagaskar, Indonesien, Frankreich, Mexiko, den Philippinen und Malediven, um massenhaft auf die Straße zu gehen. Sie eint der Frust über schlechte Regierungsführung und wachsende Ungleichheit, sie protestieren gegen schwindende Demokratie, steigende Preise, Krieg. „Wir sind verpflichtet, alles grundlegend zu verändern“, sagt Herizo Andriamanantena, der Sprecher der Gruppe Gen Z Madagascar, der Deutschen Welle. In Paraguays Hauptstadt Asunción lautet das Motto: „Wir sind 99,9 Prozent und wollen keine Korruption.“

Auf die Proteste folgen mancherorts Regierungswechsel. In Serbien muss Ministerpräsident Miloš Vučević zurücktreten. In Peru setzt das Parlament die laut Amtsenthebungsantrag „moralisch ungeeignete“ Präsidentin Dina Boluarte ab. In Madagaskar stürzt das Militär den wegen Vetternwirtschaft kritisierten Präsidenten Andry Rajoelina. Ähnliche Vorwürfe bringen die Regierungen von Luvsannamsrain Oyun-Erdene in der Mongolei und Khadga Prasad Oli in Nepal zu Fall.

Doch Aufmerksamkeit gibt es für diese globale Jugendbewegung nur wenig. Zu sehr schaut die Welt auf das aggressive Handeln autoritärer Machthaber, auf die sich ausweitenden Kriege.

Sicherheitskräfte reagieren auf die Gen-Z-Proteste oft mit übermäßiger, teils schwerster Gewalt. Weltweit werden Zehntausende der Gen-Z-Protestierenden festgenommen. Und nicht nur das: In Nepal werden 76 Menschen getötet und 2.300 verletzt. In Tansania spricht eine von der Regierung

73%

aller Menschen leben in Staaten, in denen der Handlungsraum der Zivilgesellschaft unterdrückt oder geschlossen ist.

Nur 277 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.

So entsteht das Rating im CIVICUS-Monitor

Für den CIVICUS-Monitor werden zahlreiche unabhängige Datenquellen kombiniert. Um aktuelle Trends zu erfassen, bezieht das weltweite zivilgesellschaftliche Netzwerk CIVICUS Beobachtungen und Daten von mehr als 20 regionalen Partnerorganisationen aus der ganzen Welt mit ein. Dazu zählen Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise Reporter ohne Grenzen oder Berichte von nationalen, regionalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Relevant sind hierbei die Informationen dazu, wie in den jeweiligen Ländern die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Gesetz, Politik und Praxis geachtet wird – Rechte, die der Staat schützen muss. Daten staatlicher Stellen fließen nicht ein.

Die externen Analysen führt CIVICUS dann mit der eigenen Analyse zu diesen Rechten zusammen; beides fließt in die Länderbewertungen und in den Länderscore (auf einer Skala von 1–100) ein. Die Staaten werden in fünf Kategorien eingeteilt, die jeweils **eine Bandbreite von 20 Punkten** haben: offen (81–100), beeinträchtigt (61–80), beschränkt (41–60), unterdrückt (21–40) oder geschlossen (1–20). Die größten Geldgeber des weltweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerkes CIVICUS sind das niederländische Außenministerium, die Ford-Foundation, das dänische Außenministerium, die Europäische Union und das norwegische Außenministerium.

Mehr unter civicus.org

eingesetzte Untersuchungskommission von 518 getöteten Protestierenden, wobei nur ein Teil davon unabhängig verifiziert werden kann. Bei den Protesten in Iran Anfang 2026 mit vielen jungen Menschen sollen laut Time Magazine bis zu 30.000 Menschen getötet worden sein.

Die staatliche Repression gegen die globalen Jugendproteste ist nur eine der Entwicklungen, die der CIVICUS-Monitor für das Jahr 2025 zeigt.

CIVICUS: Demokratien rutschen ab

In ihrem Jahresbericht *People Power Under Attack* dokumentiert die NGO-Allianz CIVICUS, dass Menschen in 82 Ländern und Gebieten heute regelmäßig in ihren Grundfreiheiten eingeschränkt werden – in 15 mehr als fünf Jahre zuvor. Den Handlungsraum der Zivilgesellschaft – den sogenannten *Civic Space* – stuft CIVICUS in diesen Ländern als „unterdrückt“ oder „geschlossen“ ein. Rund 73 Prozent der Weltbevölkerung leben heute unter diesen Bedingungen. „Wir beobachten einen weltweit anhaltenden Trend zu Angriffen auf das Recht, die eigene Meinung zu äußern, sich zu versammeln und zu demonstrieren“, sagt CIVICUS-Generalsekretär Mandeep Tiwana.

Laut CIVICUS-Monitor lebten 2018 noch etwa 18 Prozent der Menschen weltweit in Staaten mit einem „offenen“ oder „beeinträchtigten“ zivilgesellschaftlichen Raum. 2025 waren es nur noch 7 Prozent. Nur in 39 von 197 Ländern und Gebieten stuft CIVICUS den zivilgesellschaftlichen Raum heute als „offen“ ein (siehe Grafik Seite 24).

Die Lage verschlechtert sich auch in Demokratien. Deutschland, Italien, Frankreich sowie die USA und die Schweiz etwa wurden heruntergestuft. „Kein Land scheint immun gegen den zutiefst beunruhigenden Trend des zunehmenden Autoritarismus und Populismus“, sagt Tiwana. Dabei seien bürgerliche Freiheiten das „Rückgrat guter Regierungsführung“ und einer inklusiven Demokratie. „Doch immer weniger Regierungen sind bereit, das Recht ihrer Bürger*innen auf freie und sinnvolle Teilhabe am öffentlichen Leben zu respektieren.“

Die Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt (siehe Kasten Seite 25), deren Handlungsfreiheit CIVICUS alljährlich dokumentiert (siehe Kasten Seite 22), ist für Entwicklungsgerechtigkeit besonders wichtig. Sie macht Ungleichheiten sichtbar und stärkt die Stimmen benachteiligter Gruppen. Der indische Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen

„Kein Land scheint immun gegen den zutiefst beunruhigenden Trend des zunehmenden Autoritarismus und Populismus.“

Mandeep Tiwana,
Generalsekretär von CIVICUS

Auf- und Absteiger

18 Länder haben die Kategorie gewechselt (1. November 2024 bis 31. Oktober 2025).

wies schon früh darauf hin, dass es in funktionierenden Demokratien mit freier Öffentlichkeit keine Hungersnöte gibt. 2024 zeigte eine Studie der Universität Luxemburg für den Zeitraum von 1975 bis 2019, dass ein höheres Maß zivilgesellschaftlichen Engagements kurz- und langfristig zu einer Verringerung der Einkommensungleichheit in Gesellschaften führt und zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit beiträgt.

Zu den häufigsten Formen der Repression gehört laut CIVICUS heute die willkürliche Inhaftierung von Demonstrierenden, die 2025 in mindestens 82 Ländern dokumentiert wurde, gefolgt von der Inhaftierung von Journalist*innen. Die gab es in mindestens 73 Ländern. Die Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger*innen wurde aus mindestens 71 Ländern bekannt. Ein besorgniserregender Trend, insbesondere im Globalen Norden, sei die wachsende Repression bei Protesten, die im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza stehen.

So wenige Aufsteiger wie im Pandemiejahr 2020

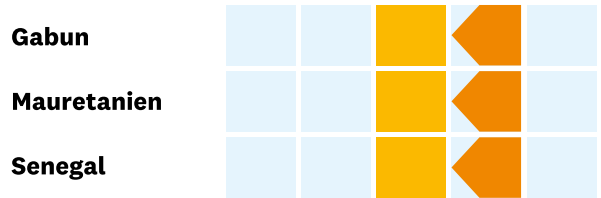
In drei Staaten hat sich 2025 die Lage gegenüber dem Vorjahr verbessert: CIVICUS stufte Gabun, Mauretanien und Senegal von „unterdrückt“ nach „beschränkt“ herauf. So wenige Aufsteiger waren es zuvor nur im Pandemiejahr 2020.

In Gabun war 2023 die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Herrscherfamilie Bongo nach Massenprotesten mit einem Militärputsch beendet worden. Der Junta-Chef Brice Oligui Nguema wurde nach einer 19-monatigen Übergangsperiode im Mai 2025 zum neuen Präsidenten gewählt. Zwar bestehen weiter erhebliche Einschränkungen für die Opposition und Journalist*innen. Proteste werden weiterhin häufig verboten oder aufgelöst. Gleichzeitig aber bemüht sich das Land, das Unrecht der Bongo-Ära aufzuarbeiten. Im Exil lebende Reporter konnten zurückkehren, die Übergangsregierung hielt den Zeitplan für die Wahlen 2025 ein, zivilgesellschaftliche Organisationen waren dabei als Beobachterinnen zugelassen. Ein neues Gesetz erleichtert die Gründung von NGOs erheblich.

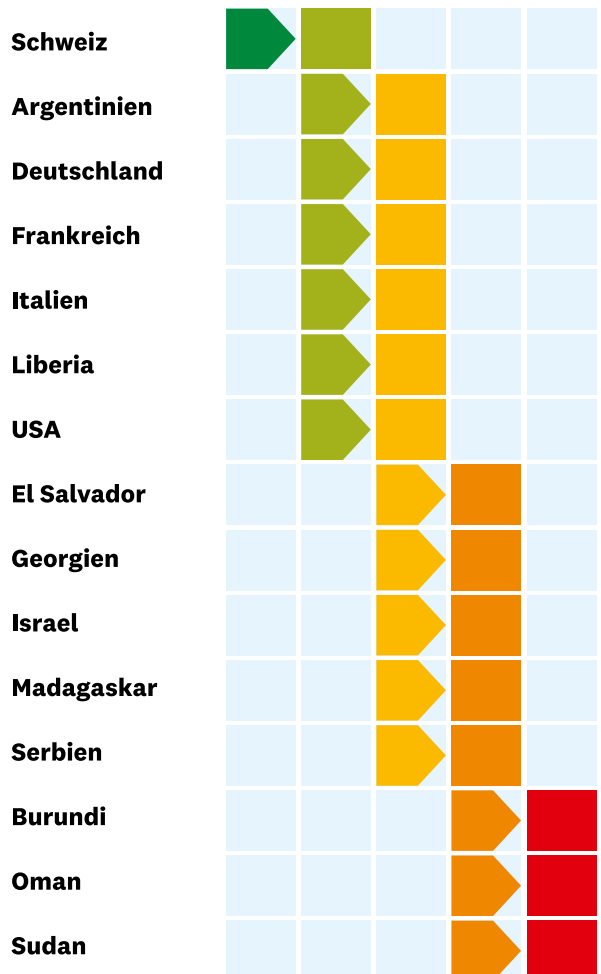
Ebenfalls höher gestuft wurde Mauretanien. Die Regierung ist dem zwischenstaatlichen Vertrag „Partnership for Information and Democracy“ zur Stärkung von Pressefreiheit und Pluralismus beigetreten. Zudem haben Menschenrechtsorganisationen weniger Rechtsverletzungen dokumentiert als in den Jahren davor. Allerdings verzeichnet CIVICUS weiterhin Missstände und Verstöße gegen Menschenrechte: Die Behörden hatten 2025 unter anderem den Aktivistin Ablaye Bâ verhaftet, weil er die staatliche Migrationspolitik in einem Video kritisiert hatte.

Auch in Senegal sind Medienunternehmen und Journalist*innen teils Schikane und Verfolgung ausgesetzt. Doch die Parlamentswahlen wurden im November 2024 vorgezogen und liefen friedlich ab. Die neue Regierung bot Familien der zwischen 2021 und 2024 bei Protesten getöteten Menschen finanzielle Unterstützung an. Schwere Fälle von Gewalt durch Sicherheitskräfte wurden von einer von der Vorgängerregierung gewährten Amnestie ausgenommen.

Verbesserung



Verschlechterung



- offen
- beeinträchtigt
- beschränkt
- unterdrückt
- geschlossen

Quelle: People Power Under Attack 2025, CIVICUS-Monitor, Dezember 2025

Blick auf die Länder

In 121 Ländern ist die Freiheit der Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen; Anteile in Prozent.



- offen **39 Staaten**
- beeinträchtigt **37 Staaten**
- beschränkt **39 Staaten**
- unterdrückt **50 Staaten**
- geschlossen **32 Staaten**

Anders als CIVICUS berechnet Brot für die Welt nur 197 Länder und Territorien (ohne Hongkong).

Quelle: *People Power Under Attack 2025, CIVICUS-Monitor*, Dezember 2025

Shrinking Space nimmt zu

In 15 Staaten weltweit hingegen — so vielen wie nie zuvor — hat sich nach Erkenntnissen von CIVICUS die Lage gegenüber 2024 verschlechtert. Diese Entwicklung wird *Shrinking Space* genannt: Die Handlungsfreiheit für die Zivilgesellschaft schrumpft. Öffentlich gegen Machtmissbrauch, Umweltzerstörung oder soziale Ungleichheit aufzubegehren, wird so schwieriger und gefährlicher.

In Europa verzeichnet CIVICUS schon seit Jahren ein zunehmend härteres Vorgehen gegen soziale Bewegungen. 2025 rutschte die Schweiz wegen Polizeigewalt gegen Proteste, die im Zusammenhang mit dem Gazakrieg auftraten, und der Überwachung von Klimaaktivist*innen aus der höchsten Kategorie „offen“ zu „beeinträchtigt“ ab.

Ebenso wie die USA, Argentinien und Liberia stufte CIVICUS die EU-Staaten Frankreich, Deutschland und Italien von „beeinträchtigt“ in die Kategorie „beschränkt“ herunter. Im Vorjahr waren hier von den EU-Staaten nur Griechenland und Ungarn eingruppiert. Die Hälfte der Einwohner*innen der EU lebt in den nunmehr fünf Staaten mit diesem Rating.

In Frankreich wandten die Behörden wiederholt das sogenannte „Anti-Separatismusgesetz“ gegen NGOs an. Es verlangt von Vereinigungen, die Werte der Französischen Republik zu respektieren und die öffentliche Ordnung nicht zu stören. Das Gesetz zielt eigentlich darauf ab, Terrorismus und islamistische Radikalisierung zu verhindern. Es werde jedoch vom Staat missbraucht, um Proteste zu unterbinden und Vereine aufzulösen, so Kritiker*innen.

Italiens von der Opposition als „Anti-Gandhi-Gesetz“ gelabeltes Gesetz gab der Polizei unter dem Vorwand der öffentlichen Sicherheit und dem Schutz der öffentlichen Ordnung erheblich erweiterte Befugnisse. Es führte Dutzende neuer Straftatbestände und härtere Strafen gegen gewaltfreien zivilen Ungehorsam ein. Hungerstreik oder friedliche Straßenblockaden werden als Straftat geahndet.

US-Präsident Trump habe 2025 „beispiellose Dekrete erlassen, um demokratische Institutionen, die globale Zusammenarbeit und internationale Gerechtigkeit zu untergraben“, schreibt CIVICUS. Die Behörden hätten mit militärischen Mitteln auf breite Proteste reagiert, die durch „aggressive und rassistische Maßnahmen der Regierung gegen Migrant*innen-Communities ausgelöst wurden“.

In Argentinien habe der rechtslibertäre Präsident Javier Milei eine „aggressive Umstrukturierung des Staates“ vorangetrieben und grundlegende staatliche Leistungen drastisch zusammengestrichen. Seine „Kettensägen-Politik“ hat auch massive Kürzungen für NGOs und andere soziale Organisationen zur Folge. Die Behörden hätten versucht, die daraufhin einsetzenden und anhaltenden Massenproteste mit willkürlichen Verhaftungen und übermäßiger Gewalt zu zerschlagen. 2025 sei die Polizei mit einem der brutalsten Einsätze der vergangenen Jahre gegen protestierende Rentner*innen vorgegangen. Rund 700 Menschen wurden verletzt, mindestens 114 willkürlich festgenommen. Umweltaktivist*innen würden in Argentinien unter Milei heute ebenso heftig attackiert wie Journalist*innen.

CIVICUS stufte Liberia unter anderem deshalb herab, weil die Regierung den regionalen Radiosender Smile FM schloss und mit Gewalt gegen dessen Mitarbeiter*innen vorging. Der Radiojournalist Alex Seryea Yormie wurde mutmaßlich von Oppositionsanhängern entführt und gefoltert.

Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft grenzt sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre ab. Im zivilgesellschaftlichen Raum kommen Menschen zusammen, um sich für gemeinsame Anliegen einzusetzen.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind etwa Vereine, NGOs, Verbände, soziale Bewegungen, auch Kirchen können als Teil der Zivilgesellschaft verstanden werden. Ihr Engagement beruht auf Selbstorganisation, ist gemeinnützig, nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen haben viele Rollen: Sie leisten Hilfe für von Armut Betroffene und sozial Bedürftige, übernehmen aber auch wichtige demokratische Funktionen. Vereine und Initiativen können in der Öffentlichkeit Themen setzen oder auf Probleme aufmerksam machen, die staatliche Stellen vernachlässigen. Sie können Druck aufbauen, damit sich etwas ändert. Sie sind auf Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit angewiesen.

Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein: Sie fordert Rechte Benachteiligter ein, kritisiert die öffentliche Politik, setzt sich für politische Mitgestaltung ein und zieht die Regierung zur Rechenschaft. Das alles macht sie zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung. Doch weltweit sind in den zurückliegenden Jahren als Teile der Zivilgesellschaft auch Bewegungen entstanden, die rechtsextremistisch agieren, gewaltbereit sind oder einer Verschwörungsideologie folgen. Sie werden auch als „**uncivil society**“ bezeichnet.

Diese Ressentiment- oder Empörungsbewegungen vertreten menschenfeindliche Haltungen, wenden sich gegen Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder liberale Errungenschaften wie LGBTQIA+-Rechte, Frauenrechte und reproduktive Rechte. Dabei braucht eine funktionierende liberale Demokratie das Gegenteil: Eine vitale Zivilgesellschaft, die sich selbst reflektiert und sich gegen Intoleranz, Gewalt, Diskriminierung und Rassismus und für Menschenrechte, Gleichheit und Teilhabe einsetzt.

In Madagaskar richten sich die Gen-Z-Proteste ab September gegen die chronische Strom- und Wasserknappheit. Die UN schätzen, dass in den ersten Tagen der Proteste mindestens 22 Menschen getötet und über 100 verletzt wurden. Restriktive Gesetze gegen Cyberkriminalität werden gegen Oppositionelle, Umweltaktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Whistleblower*innen missbraucht.

Andauernder Ausnahmezustand

In Georgien, Serbien, El Salvador und Israel wird die Zivilgesellschaft nach Einschätzung von CIVICUS nicht mehr „beschränkt“, sondern nunmehr „unterdrückt“.

El Salvadors Präsident Nayib Bukele regiere in einem andauernden Ausnahmezustand, der grundrechtliche Garantien aussetzt und „eine beispiellose Machtkonzentration ermöglicht“, so CIVICUS. Eine Verfassungsänderung erlaubt die unbegrenzte Wiederwahl Bukeles. 2025 habe sich die systematische Verfolgung von Aktivist*innen und Journalist*innen verschärft. Unter anderem wurde die Menschenrechtsanwältin Ruth López, eine Partnerin von Brot für die Welt, im Mai 2025 verhaftet. Der Druck auf unabhängige Medien trieb bis Oktober 2025 mindestens 53 Journalist*innen ins Exil. Ein neues „Ausländische Agenten“-Gesetz ermögliche laut CIVICUS „extreme“ Sanktionen gegen NGOs.

In Israel verschärfte die Regierung laut CIVICUS die Einschränkungen von Zivilgesellschaft und Meinungsfreiheit. Mit Gesetzesreformen schwächte sie die Unabhängigkeit der Justiz weiter, kriminalisierte Kritik am Krieg in Gaza, die Tätigkeit des UN-Hilfswerks UNRWA sowie künftig womöglich die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Dieser hatte 2024 Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen erlassen. Die ausländische Finanzierung von NGOs ist stark erschwert. Behörden wurden befugt, NGOs stärker als bislang zu überwachen. Die Regierung drohte zudem, öffentlich-rechtliche Medien stärker zu kontrollieren. Palästinenser*innen erleben vermehrt Repression und Verhaftungen.

In Burundi, Oman und im Sudan schließlich sieht CIVICUS die Zivilgesellschaft nicht mehr wie im Vorjahr als „unterdrückt“ – dort sei ihr Handlungsraum nun „geschlossen“. In Burundi beispielweise wurden Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger*innen während der Kommunal- und Parlamentswahl ermordet, entführt und gefoltert. Und in Oman erlaubt ein neues Gesetz, dass Kritiker*innen des Sultanats die Staatsbürgerschaft verlieren.

In Sudan werden infolge des Krieges zwischen der RSF-Miliz und den sudanesischen Streitkräften humanitäre Helfer*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen bedroht, angegriffen, inhaftiert oder getötet. Notverordnungen schränken die Meinungsfreiheit ein, und Ausgangssperren die Versammlungsfreiheit.

„Viel zu vielen Menschen wird heute weltweit die Möglichkeit verwehrt, an Entscheidungen mitzuwirken, die sie betreffen,“ sagt CIVICUS-Generalsekretär Mandeep Tiwana. Es bedürfe Widerstandsfähigkeit und Kreativität, um „uns durch diese Zeit zu tragen.“

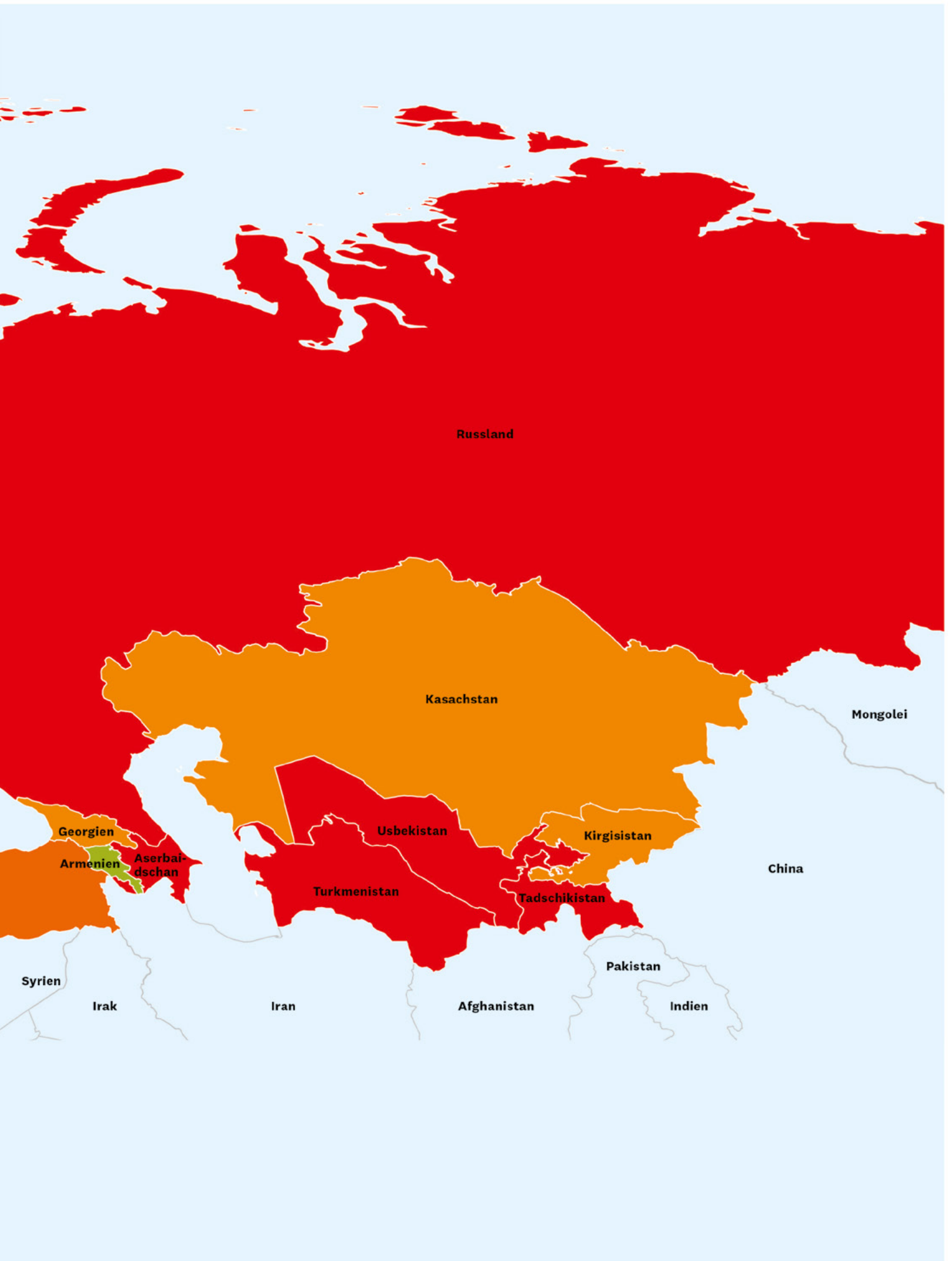
Einschränkung der Zivilgesellschaft weltweit

Europa/Zentralasien



Anzahl der Länder	Gesamt	EU
● offen	18	12
● beeinträchtigt	17	10
● beschränkt	8	5
● unterdrückt	5	0
● geschlossen	6	0

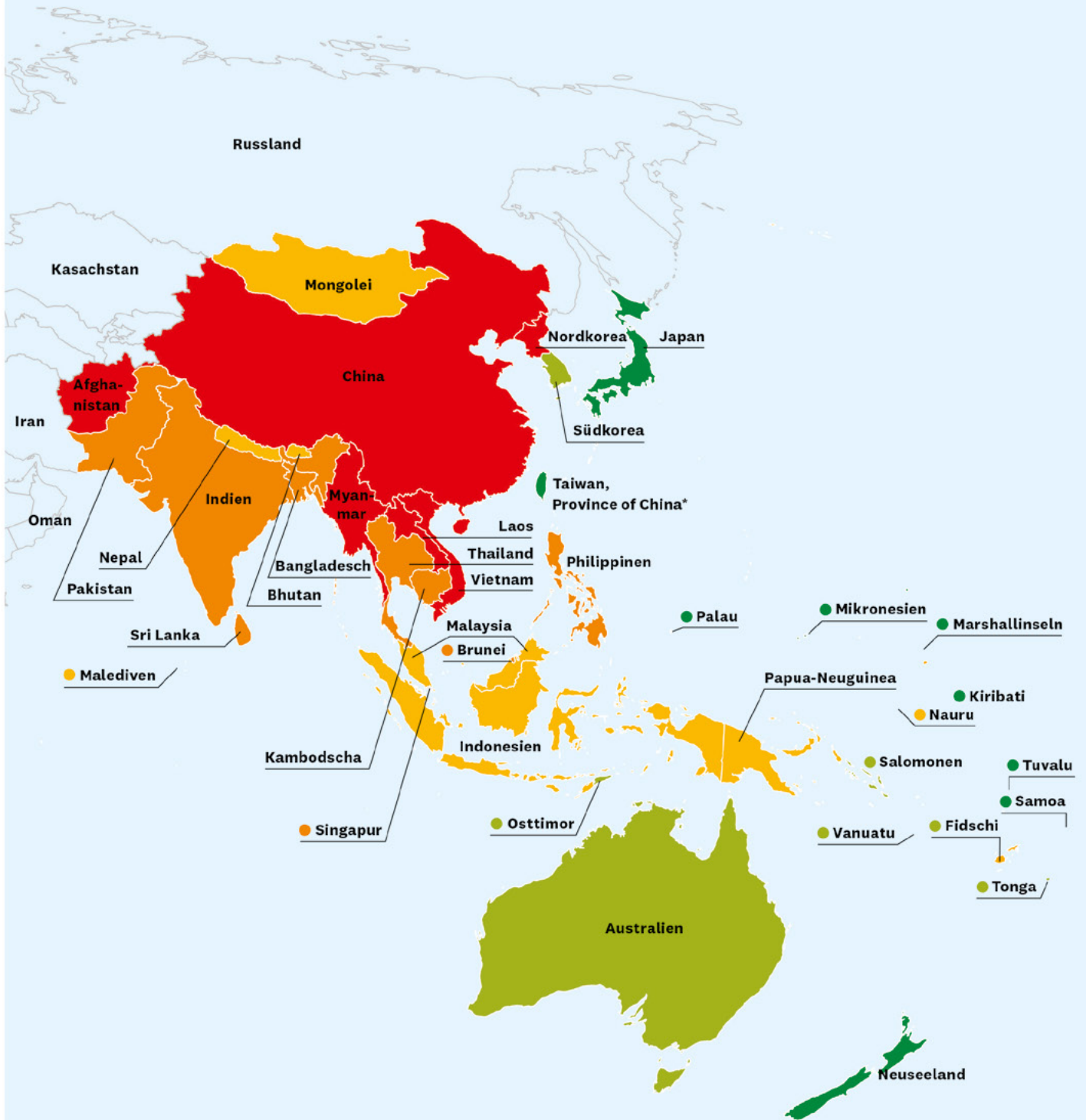
▨ Mitgliedsländer der Europäischen Union



Amerika



Asien/Pazifik

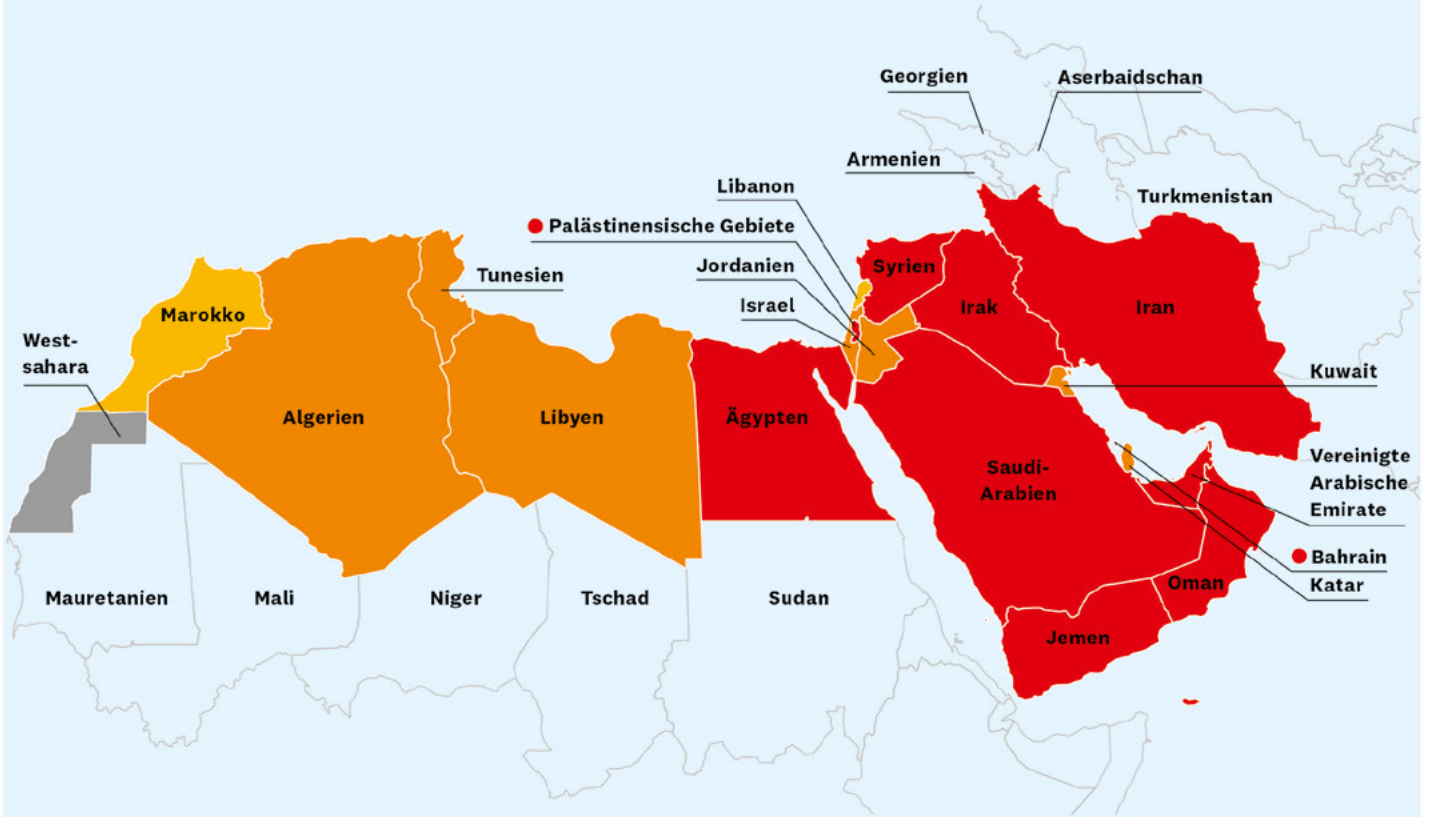


Anzahl der Länder

● offen	9
● beeinträchtigt	7
● beschränkt	8
● unterdrückt	9
● geschlossen	6

*offizielle UN-Bezeichnung

Naher Osten und Nordafrika



Anzahl der Länder

● offen	0
● beeinträchtigt	0
● beschränkt	2
● unterdrückt	7
● geschlossen	10

Afrika südlich der Sahara



Anzahl der Länder

● offen	2
● beeinträchtigt	4
● beschränkt	15
● unterdrückt	22
● geschlossen	7

Teil 2

Schwerpunkt Desinformation

Lügen schüren Wut und Hass und kosten im schlimmsten Fall Menschenleben. Desinformation bedroht die Demokratie und ist ein Brandbeschleuniger für andere Krisen. Die Zivilgesellschaft sucht Wege, sich zu schützen.

Schneller, weiter, fataler

Lügen und Propaganda sind nicht erst mit dem World Wide Web entstanden. Nur ist ihre Zerstörungskraft heute größer denn je: In einer global vernetzten Welt mit Sozialen Medien und einfach zu bedienenden KI-Tools gilt für Fakes, Lügen und Desinformation: höher, schneller, weiter. Fakes sind kostengünstig, schnell und ohne großes technisches Know-How erstellt, ihre Verbreitung wird durch die Algorithmen der großen Social-Media-Plattformen sogar unterstützt. Und sie sind aufgrund der schnellen Entwicklung der Künstlichen Intelligenz immer schwieriger zu entlarven.

Dabei spielen bei fast jeder Krise und jedem Krieg Fakes, „Fake News“-Vorwürfe und Desinformation eine Rolle. In der Corona-Pandemie wurde das für alle Welt sichtbar, doch auch bei den Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Sudan wird Desinformation gezielt eingesetzt.

Autokraten, Extremisten und Populisten attackieren die Berichte kritischer Medien oder wissenschaftliche Untersuchungen als „Fake News“ — ebenso ziehen sie Berichte von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Zweifel. Beispiele dafür finden sich zuhauf: Venezuelas ehemaliger Diktator Nicolás Maduro, Russlands Machthaber Wladimir Putin und der gestürzte syrische Diktator Baschar al-Assad haben „Fake News“-Vorwürfe genutzt oder nutzen sie weiterhin. Auch Führer demokratischer Staaten wie US-Präsident Donald Trump, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Ungarns ehemaliger Regierungschef Viktor Orbán und Polens früherer Präsident Andrzej Duda gehören zu den Attackierenden.

Desinformationsverbreiter*innen — und dazu zählen neben Regierungen auch nicht-staatliche Akteure, Unternehmen, Bürgerkriegsparteien sowie die „uncivil society“ (siehe Kasten auf Seite 25) — sind sehr aktiv und oft gut vernetzt. Sie profitieren davon, dass emotionale, polarisierende Inhalte online oft mehr Aufmerksamkeit erhalten als sorgfältig geprüfte Informationen. So verschiebt sich durch Desinformation Schritt für Schritt der öffentliche Diskurs: Weg von Fakten, hin zu Empörung, Misstrauen und einem Erstarren der Zivilgesellschaft.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht jedes Jahr einen Global Risks Report. Hierfür werden mehr als 1.300 Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Regierungen, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft befragt. 2025 nannte der Bericht die organisierte Lüge durch Desinformation und Fehlinformationen das größte kurzfristige Risiko für die Weltwirtschaft.

Verheerende Folgen

Die Auswirkungen von Desinformation für die Zivilgesellschaft sind verheerend — und so vielfältig wie ihre Erscheinungsformen. Durch Falschmeldungen entstehen Angst und Panik. Sie schüren Ressentiments und Hass gegenüber gesellschaftlichen Gruppen. Die Folge sind Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt. Häufig trifft es Menschen, die ohnehin bereits diskriminiert und verfolgt werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden häufig Ziel von Desinformationen, eben weil sie sich für Demokratie, Klimaschutz und Menschenrechte einsetzen und damit oftmals bestehende Machtverhältnisse infrage stellen. Dadurch machen sie sich viele Feinde (siehe Seite 36). Auch Partnerorganisationen von Brot für die Welt berichten, dass Desinformation ihre Arbeit erschwert und mancherorts nahezu unmöglich macht.

Langfristig untergräbt Desinformation systematisch demokratische Prozesse, Institutionen und Strukturen. Zudem verhindert sie, dass ein demokratischer Konsens zu globalen Herausforderungen wie der Klimakrise, Geschlechterungerechtigkeit und Migration gefunden wird — und verhindert so tragfähige Lösungen (siehe Seite 40 ff). Desinformation zerstört das Vertrauen in wissenschaftliche Fakten, Medien und Zivilgesellschaft. Sie fördert Polarisierung und Radikalisierung.

Dies wiederum erschwert es der Zivilgesellschaft, auf der Grundlage fundierter Fakten zu arbeiten, zu informieren

Desinformation

„Fake News“ ist zum Schlagwort für Angriffe auf die Pressefreiheit, für Gerüchte und Lügen geworden. Passender ist folgende Unterscheidung:

- Desinformation bezeichnet die bewusste Verbreitung von Fakes und Lügen — mit der klaren Absicht, Menschen zu täuschen.
- Misinformation, Falsch- oder Fehlinformation beschreiben die unbeabsichtigte Verbreitung von Falschbehauptungen.

und politische Forderungen zu formulieren. Organisationen und Aktivist*innen werden mit ihren Studien, Daten und Forderungen weniger gehört – und verlieren Rückhalt in der Bevölkerung und bei Entscheidungsträger*innen.

Lügen gefährden SDGs

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit verschiebt Desinformation den Diskurs und beeinflusst politische Entscheidungen. In Deutschland etwa haben gezielte politische Angriffe Narrative nachhaltig verändert – hin zu falschen Verkürzungen und populistischen Zuspitzungen. Bei den drastischen Kürzungen der Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland und vielen anderen Ländern (etwa den USA) hat dies zweifelsohne eine Rolle gespielt.

Einer im März 2026 veröffentlichten Analyse des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) zufolge haben verschwörungsideologische, pro-russische und rechtsextreme Gruppen einen beträchtlichen Anteil an der Diskreditierung der Entwicklungszusammenarbeit. Offizielle Stellen, Staatsmedien und weitere Akteure aus Russland verunglimpfen oftmals unter Zuhilfenahme von Messenger-Diensten wie Telegram seit mehr als zehn Jahren die westliche Entwicklungszusammenarbeit, damit Vertrauen in staatliche Institutionen erodiert.

Entwicklungszusammenarbeit werde „als korrupt und verschwenderisch geframt, auch mit pauschalen, unbelegten

Aussagen“ und würde in Zusammenhang mit Themen gesetzt, „die von rechtsextremen Akteuren genutzt werden, um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren: Migration, Islam, Klima und Gender“, kritisiert CeMAS.

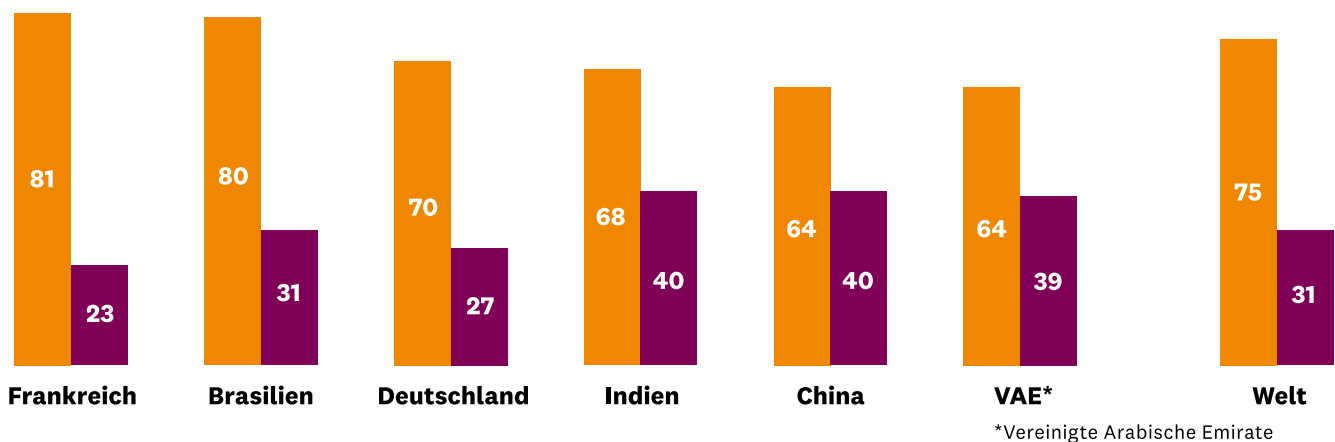
Was die Untersuchung von CeMAS zudem zeigt: Die Entwicklungszusammenarbeit wird nicht ‚nur‘ in den Geberländern des Globalen Nordens, sondern auch im Globalen Süden diskreditiert. Die brasilianische neo-faschistische Organisation Nova Resistência behauptete beispielsweise 2025 auf ihrer Webseite, Deutschland finanziere den Bau eines Stadions in Brasilien mit 1,4 Milliarden Euro – natürlich eine Lüge.

Letztendlich trägt Desinformation mit dazu bei, dass die Welt die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) nicht erreicht. Das zeigt sich sehr klar am Beispiel USAID: Die Regierung von Präsident Trump erweckte kurz nach seinem Amtsantritt den Eindruck massiven Missbrauchs von Steuergeldern, um so die Auflösung der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit zu rechtfertigen.

Eine im Juli 2025 in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ veröffentlichte Untersuchung schätzt, dass die Streichung von US-Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2030 mehr als 14 Millionen Todesfälle weltweit verursachen könnte, die vermeidbar gewesen wären. Hunderttausende seien bereits in den ersten Monaten nach dem Ende von USAID gestorben.

Großes Misstrauen, wenig Check

Weltweit sorgen sich 75 Prozent der User*innen, dass KI-Ergebnisse falsch sind. Doch nur jeder Dritte prüft sie nach. Eine Umfrage nach Ländern, in Prozent.



- Befragte machen sich Sorgen, dass KI falsche Informationen (z. B. Deep Fakes) generiert.
- Befragte überprüfen KI-Ergebnisse, ob sie genau und zuverlässig sind.

Quelle: Ernst & Young, EY AI Sentiment Index 2025

„Das geht in einer Kultur des Hasses schlichtweg unter“

Jeyra Marie Morallo von unserer Partnerorganisation IDEALS



Frau Morallo, die Regierung des philippinischen Ex-Präsidenten Rodrigo Duterte hat jahrelang einen sogenannten „Krieg gegen Drogen“ geführt, der viele Opfer forderte. Inwiefern wird heute die Aufarbeitung dieser Menschenrechtsverbrechen durch Desinformation gebremst?

JMM: Wir unterstützen viele Opfer, die unter Dutertes Verfolgung gelitten haben und bis heute leiden. Diese Arbeit wird dadurch erschwert, dass es bis heute kein kollektives Gedächtnis in Bezug auf den sogenannten „Krieg gegen Drogen“ gibt. Jedes Mal, wenn wir eine Geschichte über die Opfer veröffentlichen, bekommen wir viele Kommentare von User*innen, die nicht glauben, was den Familien widerfahren ist. Oder sie schikanieren diese weiter, bezichtigen sie der Lügen oder sagen, diese hätten den Tod verdient. Hinter den Posts stecken echte Menschen, die überzeugte Unterstützer*innen der brutalen Regierung Dutertes sind. Kurz: Wir erleben eine weit verbreitete, systematische Verzerrung der Geschehnisse. Dutertes Präsidentschaft hat geprägt, wie die Menschen wahrnehmen, was zwischen 2016 und 2022 passiert ist. Das gilt bis heute.

Hat sich das nach dem Regierungswechsel geändert?

JMM: Wenig. Rund um das anstehende Verfahren gegen Duterte vor dem Internationalen Strafgerichtshof kursieren nach wie vor viele Falschinformationen. Es heißt, Duterte werde heimkehren, er werde freigesprochen, der IStGH sei nicht legitim. Solche Narrative sind

weiterhin sehr präsent. Und die aktuelle Regierung bemüht sich nicht wirklich, den Schaden zu beheben, der unserer politischen Kultur und unserem kollektiven Gedächtnis zugefügt wurde. Oder die Sicht der Philippinen auf Menschenrechte zu verändern.

Wo spielt Desinformation auf den Philippinen außerdem eine Rolle?

JMM: Bei Wahlen. Sie sind stark von Desinformation betroffen. Schon jetzt bereiten sich Dutertes Tochter und andere Politiker*innen auf die Wahlen 2028 vor; sie haben ihre Kampagnen quasi schon gestartet. Vor den Wahlen im Jahr 2022 kursierten viele KI-generierte Videos, denen oft geglaubt wurde.

Wie wirkt sich Desinformation auf die Zivilgesellschaft in Ihrem Land aus?

JMM: Zivilgesellschaftliche Organisationen in den Philippinen haben wenig finanzielle Mittel, keine große Infrastruktur und keine wirkliche Machtbasis. Wir arbeiten alle in den kleinen verbleibenden menschenrechtlichen Räumen innerhalb einer insgesamt von Straflosigkeit geprägten Kultur. Viele von uns sind auf internationale Finanzierung angewiesen, doch die Mittel

sind knapper geworden. Wir können der Desinformationsmaschinerie aber nur mit Ressourcen etwas entgegensetzen.

Wie spüren Sie bei IDEALS Desinformation?

JMM: Unsere Erzählungen gehen in einer Kultur des Hasses in den sozialen Netzwerken, vor allem auf Facebook, schlichtweg unter. Am stärksten trifft das die Betroffenen und Überlebenden von Dutertes Menschenrechtsverstößen selbst. Sie sind die eigentlichen Opfer der Desinformation.

Wie gehen Sie mit Desinformation um? Hat IDEALS Strategien gegen die Angriffe entwickelt?

JMM: Wir versuchen, den dominanten Erzählungen unsere Geschichten entgegenzustellen und konsequent die Erfahrungen der Opfer und Überlebenden in den Mittelpunkt zu stellen. Und wir schulen Jugendliche, Gemeindemitglieder und angehende Journalist*innen in Medienkompetenz-Workshops, über Menschenrechte zu berichten. Im vergangenen Jahr konnten unsere Stipendiat*innen über das „Mulat Youth Human Rights Storytelling Program“ über 100 Dokumentationen produzieren. Es sind diese jungen Erzähler*innen, die die Wahrheit verbreiten und Desinformation in ihren eigenen Gemeinschaften entgegenwirken.

Jeyra Marie Morallo, Medien- und Kommunikationschefin von Initiatives for Dialogue and Empowerment through Alternative Legal Services (IDEALS), Philippinen (<https://ideals.org.ph>)

Desinformation als tödliche Waffe

Autokratische Regierungen setzen Desinformation gezielt ein, um Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen oder Gewalt gegen Kritiker*innen zu rechtfertigen.

Desinformationskampagnen werden in vielen Ländern dazu eingesetzt, um die demokratische Zivilgesellschaft einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die Lügenkampagnen sollen deren Glaubwürdigkeit nachhaltig beschädigen. Urheber sind international vernetzte Gruppierungen und Thinktanks, aber auch Parteien, staatliche Stellen und Konzerne.

Die Folgen sind ebenso vielfältig wie dramatisch. Organisationen sehen sich teilweise gezwungen, sich selbst zu zensieren. Sie werden mit finanziellen Sanktionen oder Arbeitsverboten konfrontiert. Angriffe abzuwehren und notwendige Sicherheitsmaßnahmen in die Wege zu leiten, das frisst Zeit und Kapazitäten. Mitarbeitende haben mit psychischen Auswirkungen zu kämpfen und fürchten oft um Leib und Leben.

Insbesondere in autokratischen Regimen ist staatlich orchestrierte Desinformation ein alltägliches Phänomen. In El Salvador beispielsweise nutzt Präsident Nayib Bukele Desinformation systematisch, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Zugleich attackiert er Medien und Zivilgesellschaft, denen er wiederum die Verbreitung von Desinformation vorwirft, ohne dafür Belege zu liefern. Er setzt auf bezahlte Trolle und Influencer*innen, die als treue Bukele-Fans auftreten und Regierungskritiker*innen attackieren.

Dieses Instrumentarium kommt etwa bei Bukeles Umgang mit organisierter Kriminalität zum Einsatz. Immer wieder brüstet sich der Staatschef damit, die Sicherheit im Land deutlich verbessert zu haben. Journalisten der größten Internetzeitung des Landes, El Faro, die Bukeles Kontakte zu kriminellen Banden recherchiert haben, unterstellte der Präsident, Geldwäsche zu betreiben. Beweise legte er nicht vor. Es folgten Steuerprüfungen des Medienhauses. Mitarbeitende von El Faro wurden von Pressekonferenzen ausgeschlossen, ihnen wurden Informationen verweigert, einige wurden durch die Spionagesoftware Pegasus überwacht, wie die kanadische Organisation The Citizen Lab und die NGO Access Now herausgefunden haben.

Bereits 2023 verlegte El Faro einen Teil seiner Redaktion nach Costa Rica, um der Repression zu entgehen. Weitere Journalist*innen des Mediums sind 2025 aus El Salvador

geflüchtet. Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rutschte El Salvador binnen sechs Jahren um 82 Plätze ab – auf nunmehr Platz 143.

Für die Zivilgesellschaft eines repressiven Landes sind Journalist*innen im Exil dennoch eine wichtige unabhängige Informationsquelle. Zudem sorgen Exiljournalist*innen dank ihrer oft noch bestehenden Kontakte in das Land dafür, dass zuverlässige Informationen auch aus geschlossenen Diktaturen herausgelangen und für die Welt verfügbar sind.

Kritiker als „Ausländische Agenten“

Mit einem im Mai 2025 verabschiedeten, sogenannten „Ausländische Agenten“-Gesetz schaffte die Regierung Bukele zusätzliche Hebel, um kritische Stimmen zu kontrollieren und zu unterdrücken. Das Gesetz überzieht zivilgesellschaftliche Organisationen mit Repressionen und finanziellen Sanktionen. Und da Bukele über ihm nahestehende Influencer*innen und Social-Media-Kanäle Vertreter*innen der Presse oder NGO-Mitarbeitende als Gang-Anhänger oder Korrupte beschimpfen lässt, kann er seine repressiven Kontrollgesetze als notwendige Sicherheitsmaßnahmen verkaufen.

Mit diesem Gesetz folgt El Salvador dem Beispiel anderer Autokratien, allen voran Russland, das ein solches „Ausländische Agenten“-Gesetz bereits 2012 verabschiedet hat und als Werkzeug der Einschüchterung und Unterdrückung gegenüber Zivilgesellschaft und Medien einsetzt (siehe Grafik unten). Mit den Gesetzen diffamieren die Regierungen und Parlamente zivilgesellschaftliche Organisationen als Agenten fremder Mächte, die angeblich gegen nationale Interessen arbeiten.

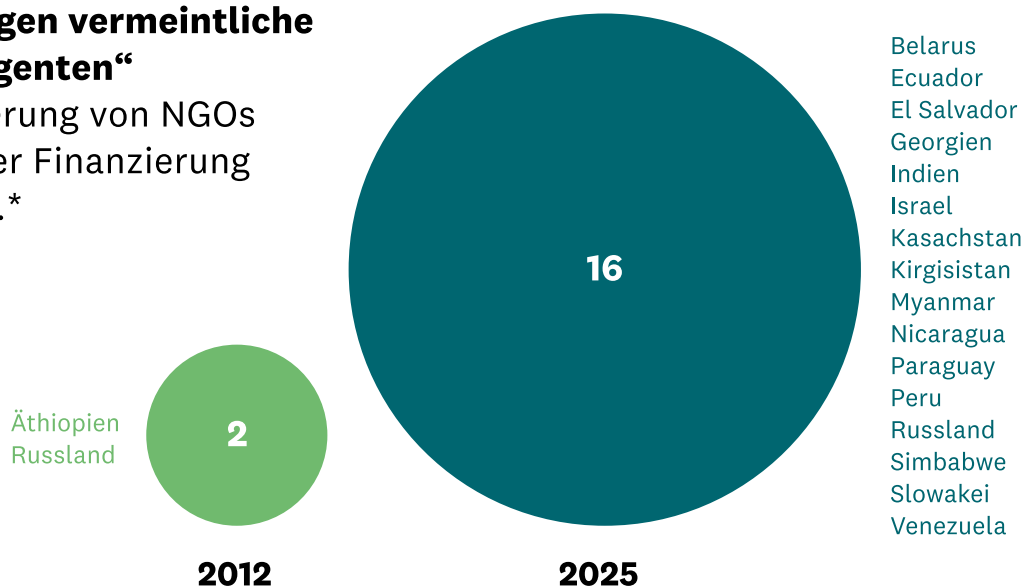
In Mittel- und Südamerika haben zudem Ecuador, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela seit 2024 „in großer Geschwindigkeit restriktive gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, um NGOs zu kontrollieren, zu schwächen und zu zerschlagen“, kritisierte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International im März 2026 in ihrem Bericht „Tearing up the Social Fabric“. Allen Gesetzen war eine Verleumdungskampagne vorausgegangen, in denen Menschenrechtsverteidiger*innen und NGOs als „antipatriotisch“ oder „Feinde von innen“ diskreditiert worden waren.

In Simbabwe wurde 2023 ein Gesetz verabschiedet, das weitgehende Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen ermöglicht. Die „Patriotic Bill“ erlaubt Regierungen, jede Art der Kritik an ihr oder eine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen oder Botschaften als Verletzung der Souveränität und der nationalen Interessen des Landes zu ahnden. Neben den drohenden strafrechtlichen Konsequenzen schafft dies auch die Basis für Diffamierungskampagnen.

Das zeigt etwa der Fall der Medienorganisation CITE, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt (siehe Interview Seite 39). 2025 wurde über Soziale Medien die Lüge verbreitet, die Organisation habe 300.000 US-Dollar von der US-Botschaft erhalten, um Initiativen der Regierung von Simbabwe zu behindern. Zuvor hatte CITE die laxen staatlichen Aufarbeitung eines Massakers durch Regierungstruppen in den 1980er-Jahren kritisiert. Zudem wurden gefälschte Zitate des CITE-Direktors Zenzele Ndebele in Umlauf gebracht und Fake Accounts erstellt. Laut Ndebele wird CITE auch observiert. Mitarbeitende diverser Sicherheitsbehörden und Geheimdienste hätten dem CITE-Büro einen Besuch abgestattet, um die Organisation einzuschüchtern.

Mehr Gesetze gegen vermeintliche „Ausländische Agenten“

Das Ziel: Diffamierung von NGOs und das Ende ihrer Finanzierung aus dem Ausland.*



*Nur wenige Länder nennen Gesetze, die die Finanzierung aus dem Ausland für NGOs durch Registrierung und Kontrollen einschränken, „Ausländische Agenten-Gesetze“. In der Auflistung nicht enthalten sind Gesetze, die nicht auf die Zivilgesellschaft zielen.

Quelle: Eigene Recherche von Brot für die Welt

Bedrohung durch „Red Tagging“

Ein Facebook-Post, darauf zu sehen sind die Porträts von sechs jungen Studierenden samt ihren Namen und dem der Universität, die sie besuchen. Sie lächeln, zwei von ihnen strecken den Arm kämpferisch in die Luft. Unter den Fotos der Vermerk: „Killed“. Und darüber, in Großbuchstaben: „Studierende wurden zu NPA“. NPA steht für New People's Army. Die NPA ist der Feind der philippinischen Regierung.

Den Post hat die philippinische *National Task Force to End Local Communist Armed Conflict* (NTF-ELCAC) veröffentlicht. Die Behörde, bekannt als Schaltzentrale staatlich orchestrierter Desinformationskampagnen, behauptet, die jungen Menschen seien Kämpfer*innen der kommunistischen Organisationen NPA gewesen — und daher zwischen 2017 und 2024 getötet worden.

Amnesty International und Greenpeace widersprechen jedoch der Darstellung der Behörde, dass die Studierenden dieser Organisation angehört hätten. Sie widersprechen auch im Fall des Lehrers Chad Booc der Darstellung der Behörde. Booc kämpfte für die Rechte der Indigenen. Immer wieder nannte ihn die NTF-ELCAC in Facebook-Posts einen „Rebellen“, der Schüler*innen für terroristische Zwecke rekrutiere. Booc wurde 2022 zusammen mit sechs weiteren Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen und Fahrern von philippinischen Streitkräften getötet.

Die Regierungsbehörde NTF-ELCAC bedient sich für ihre Desinformationsstrategie des sogenannten Red Taggings: Sie stempelt Aktivist*innen, Lehrer*innen und Journalist*innen als „kommunistische Rebellen“ oder „Terroristen“ ab. Dadurch rechtfertigt sie deren Kriminalisierung und sogar Ermordung. 2018 etwa hat die Regierung eine „Terror“-Liste mit den Namen von mehr als 600 Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen veröffentlicht.

Auf dieser Liste stand auch Vicky Tauli-Corpuz, damals UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker und Partnerin von Brot für die Welt. 2024 urteilte der Oberste Gerichtshof der Philippinen zwar, dass Red Tagging Freiheit, Leben und Sicherheit gefährdet. Doch bis heute verunglimpfen staatliche Stellen zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Partnerorganisationen von Brot für die Welt — etwa IDEALS. Die NGO vertritt Menschenrechtsverteidiger*innen rechtlich, ihre Berichte werden von Regierungsbehörden als politische Propaganda abgestempelt (siehe Interview Seite 35).

„Red Tagging [...] unterdrückt legitimen Aktivismus, Journalismus, Debatten und Kritik.“

Irene Khan, UN-Sonderbeauftragte für Meinungsfreiheit.

Red Tagging trifft zudem philippinische Journalist*innen. Einer Studie der National Union of Journalists of the Philippines (NUJP) zufolge ließen sich drei von fünf untersuchten Red-Tagging-Fällen gegen Medienvertreter*innen auf staatliche Stellen zurückführen. Auch der Journalist Leonardo Vicente „Cong“ Corrales wurde online attackiert und immer wieder auf anonymen Facebook-Seiten als Terrorist verleumdet. Aus Sorge um seine Sicherheit floh er zeitweise aus seiner Heimatstadt. Ein vom Movement Against Disinformation (MAD) gerichtlich erstrittener Zugang zu den Daten von Meta legte den Ursprung dieser Seiten offen, darunter eine Regierungsinstitution in seiner Stadt.

Anstieg von Anfeindungen in Deutschland

Auch Deutschland ist Schauplatz von Diffamierungskampagnen und Desinformation. So greift etwa die AfD, gemeinsam mit gleichgesinnten Medienaktivist*innen und Gruppierungen, die Zivilgesellschaft gezielt an. Das zeigt die Maecenata Stiftung in ihrer aktuellen Analyse „Der Anti-NGO-Diskurs“. Desinformation und Diffamierungskampagnen gegenüber einzelnen Organisationen sind regelmäßig zu beobachten, darunter finden sich auch Beiträge, die zivilgesellschaftliche Akteure als „Schlägertrupps“ oder „Terroristen“ brandmarken — auch hier ohne Belege.

Mitunter nehmen jedoch auch andere Parteien zivilgesellschaftliche Gruppen und deren Finanzierung ins Visier — so etwa im Februar 2025 die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag mit ihrer Kleinen Anfrage aus 551 Einzelfragen an die Ampel-Regierung. Die oben genannte Studie der Maecenata Stiftung belegt einen deutlichen Anstieg von abwertenden Darstellungen und Anfeindungen gegenüber NGOs in Sozialen Netzwerken nach diesen 551 Fragen.

Plattformversagen mit tödlichen Folgen

Besonders im Globalen Süden werden Probleme mit Desinformation und koordinierten Angriffen auf zivilgesellschaftliche Gruppen durch mangelhafte Content-Moderation der Social-Media-Plattformen verstärkt. Diese Moderation steht auf der Prioritätenliste der Plattformen ohnehin nicht weit oben (siehe Interview Seite 51) — und ist vielfach auf englischsprachige Inhalte und Länder wie die USA und die Mitgliedsstaaten der EU fokussiert.

Auch SAFEnet, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, kritisiert den Umgang der Plattformen mit Meldungen von problematischen Inhalten — etwa, wenn Fake-Accounts vorgeben, zu zivilgesellschaftlichen Organisationen zu gehören. SAFEnet setzt sich in Indonesien für Meinungsfreiheit sowie digitale Rechte ein und ist ein sogenannter trusted partner von Plattform-Betreibern wie Meta. Das heißt: Die Meldungen von SAFEnet werden prioritär behandelt. Leider würden die Plattformen nicht auf alle Meldungen reagieren, kritisiert die NGO — Meldungen von Einzelpersonen würden oft gänzlich ignoriert.

„Wer Missstände aufzeigt, wird angegriffen“

Zenzele Ndebele von unserer Partnerorganisation CITE



Herr Ndebele, in den 1980er-Jahren ließ die Regierung von Robert Mugabe in Simbabwe rund 20.000 Menschen der ethnischen Minderheit der Ndebele ermorden, unzählige weitere wurden verletzt und vergewaltigt. Sie arbeiten intensiv an der Aufarbeitung des Massakers, das auch „Gukurahundi“ genannt wird und von vielen Völkerrechtlern als Genozid eingestuft wird. Welche Rolle spielt Desinformation?

ZN: „Gukurahundi“ beruhte von Anfang an auf einer gezielten Desinformationskampagne: Damals wurde bewusst das Narrativ verbreitet, die Menschen in Matabeland, insbesondere Anhänger der damaligen Partei ZAPU und der Zipra-Guerilla, unterstützten „Dissidenten“, wollten die Regierung Mugabe stürzen und seien grundsätzlich staatsfeindlich. Diese Geschichten waren teils schlicht falsch, teils massiv übertrieben. Sie dienten aber dazu, den Genozid zu legitimieren. Die Regierung setzte auf eine Reihe von Desinformationskampagnen, um den Einsatz des Militärs zu rechtfertigen. Auch das Apartheid-Regime Südafrikas übte Einfluss aus. Damals existierten nur ein staatliches Radio und ein staatlicher Fernsehsender, es gab kein Internet und keine Sozialen Medien.

Wie sieht es heute aus?

ZN: Viele dieser falschen Erzählungen sind mehr als 40 Jahre alt und wirken bis heute nach. Leider glaubt und verbreitet die jüngere Generation diese Lügen weiter, weil sie von Generation zu Generation weitergegeben wurden.

Sie sagen, „Gukurahundi“ sei „gerechtfertigt“ gewesen, weil eine Partei angeblich einen Staatsstreich plante und Waffen gelagert habe. Aber es war viel komplexer. Es gibt viele Schichten von Falschinformation, Überzeichnung und Inszenierung, die bis heute die Wahrnehmung prägen.

Wie würden Sie die heutige Desinformationslandschaft in Simbabwe allgemein beschreiben?

ZN: Desinformation richtet sich gegen politische Gegner, gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, gegen Journalistinnen und Journalisten und gegen Einzelne. Wer Missstände aufzeigt, wird angegriffen und delegitimiert. Zudem gibt es Trollfabriken und Menschen, die bezahlt werden, um zum Beispiel die Regierung zu verteidigen.

Wie wirkt sich das auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus?

ZN: Sie fühlen sich zunehmend bedroht. Viele haben ihre Aktivitäten stark reduziert, weil sie befürchten, verboten oder gezielt angegriffen zu werden, wenn sie ihre Stimme erheben. Das schwächt genau diejenigen, die normalerweise Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder Machtmissbrauch anprangern. Wenn diese Stimmen verstummen oder

zum Schweigen gebracht werden, haben auch gewöhnliche Menschen Angst: Wenn das mit der Zivilgesellschaft passiert, was wird dann mir als einfachem Menschen passieren?

Sind Sie oder Ihre Kolleg*innen selbst Opfer von Desinformationskampagnen geworden?

ZN: Ja, mehrfach in den vergangenen Jahren. Wenn man wie wir in sensiblen Bereichen arbeitet, wird man immer angegriffen. Die letzte Kampagne betraf meine Arbeit dazu, dass Russland oder seine Verbündeten Simbabwe anwerben, um in der Ukraine zu kämpfen. Ich habe viel darüber gesprochen und Simbabwe davor gewarnt. Daraufhin wurde ein Video verbreitet, in dem sie mich als „amerikanischen Spion“ und „Verräter“ bezeichnet haben. Solche Inhalte verbreiten sich dann über Soziale Medien und WhatsApp.

Welche Rolle spielen Soziale Medien?

ZN: Soziale Medien können helfen, Desinformation zu bekämpfen. Sie sind aber auch eine Herausforderung, weil sie Desinformation sehr leicht und sehr schnell verbreiten. Außerdem unternehmen die Plattformen nicht alles, was sie könnten, um dagegen vorzugehen. Und wir sind kein Markt, um den sich Facebook groß kümmert. Wir sind nur 13 Millionen Menschen. Die Tech-Konzerne sehen keinen wirtschaftlichen Nutzen darin.

Zenzele Ndebele, Direktor des Centre for Innovation and Technology (CITE), Simbabwe: <https://cite.org.zw>

Fakes torpedieren Entwicklung

Über Desinformation werden Migrant*innen und deren Unterstützende kriminalisiert, Frauen und queere Personen aus der Politik verdrängt, Klimaschutzgesetze verhindert. Drei Beispiele, ein Überblick.

Die Vereinten Nationen schlagen Alarm: Verlässliche Informationen seien unabdingbar für Entwicklung — und alle 17 Sustainable Development Goals durch Desinformation und Misinformation massiv bedroht. Beides gefährde die Bekämpfung von Armut und Hunger und schränke den Zugang zu Bildung ein, vor allem für benachteiligte Gruppen.

Besonders drastisch sind die Auswirkungen auf die Weltgesundheit: Während Staaten und private Hilfsorganisationen Gelder für Immunisierungsprojekte streichen, schüren globale Desinformationskampagnen Ängste vor vermeintlich negativen Auswirkungen von Impfungen. Die Folge: die Impfraten gegen Krankheiten wie Polio, Gelbfieber, Masern und Meningitis sinken — und Krankheiten, die längst vermeidbar schienen, brechen wieder aus.

Auffällig ist eine Nord-Süd-Asymmetrie, was Forschung angeht: Es mangelt an Studien zu Desinformation und ihrer Auswirkung im Globalen Süden. Etwa 80 Prozent der bestehenden Forschung zu Desinformation geschieht bislang im Globalen Norden, obwohl mehr als 80 Prozent der Menschen im Globalen Süden leben. Auch bei den Lösungsansätzen besteht ein solches Ungleichgewicht: Die meisten Strategien entstehen im Globalen Norden, beziehen sich auf dort vorherrschende Narrative und Phänomene und werden dort auf ihre Wirksamkeit hin untersucht.

Desinformation verursacht nicht nur eine Vertrauenskrise, sie untergräbt auch massiv den gesellschaftlichen Konsens — und erschwert damit die Lösung von langfristigen Herausforderungen bei wichtigen Entwicklungsthemen wie Geschlechtergerechtigkeit, Migration oder Klimawandel.

1. Geschlechtergerechtigkeit

Gesellschaftliche Gruppen sind sehr unterschiedlich von Desinformation betroffen. Mit am stärksten trifft es junge und unverheiratete Frauen und LGBTQIA+-Personen — insbesondere dann, wenn sie im öffentlichen Leben stehen. Auch Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben und sich juristisch oder öffentlich dagegen wehren, werden oftmals mit Lügen überzogen. Damit wird nicht selten versucht, erlebte Gewalt zu relativieren.

Eine Untersuchung der Interparlamentarischen Union, eine globale Vereinigung nationaler Parlamente, zeigt, dass 60 Prozent der befragten Parlamentarierinnen und Mitarbeiterinnen in 33 Ländern Asiens und des Pazifiks Hassrede, Desinformation, bildbasierte Gewalt (siehe Seite 53) oder Doxxing, also die unerlaubte Veröffentlichung persönlicher Daten, erlebt haben.

Urheber*innen sind oft religiös-fundamentalistische Gruppen wie selbsternannte „Familienschützer“, rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Akteure der Manosphere sowie aus dem Bereich der „uncivil society“ (siehe Seite 25). Sie betreiben ein digitales Netzwerk aus antifeministischen Blogs, Foren und Social-Media-Kanälen, das toxische Männlichkeitsideale, Frauenhass und starre Geschlechterrollen propagiert. Sie alle eint, dass sie reproduktive Rechte, Sexualaufklärung, LGBTQIA+-Rechte sowie die Istanbul-Konvention, den völkerrechtlichen Vertrag zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen, attackieren. Und sie sind weltweit vernetzt, etwa über die International Organization for the Family.

Sie konstruieren Bedrohungsszenarien für die „traditionelle Familie“ durch eine angebliche „Gender-Lobby“. Oder sie verbreiten gezielt sexistische Stereotype und Frauenfeindlichkeit, um Frauen und LGBTQIA+-Personen öffentlich zu diffamieren und aus Politik, gesellschaftlichen Diskursen

Besonders gefährdet: Frauen

Angriffe auf Menschenrechtsverteidigerinnen
in Mittelamerika*, 2012 bis 2024

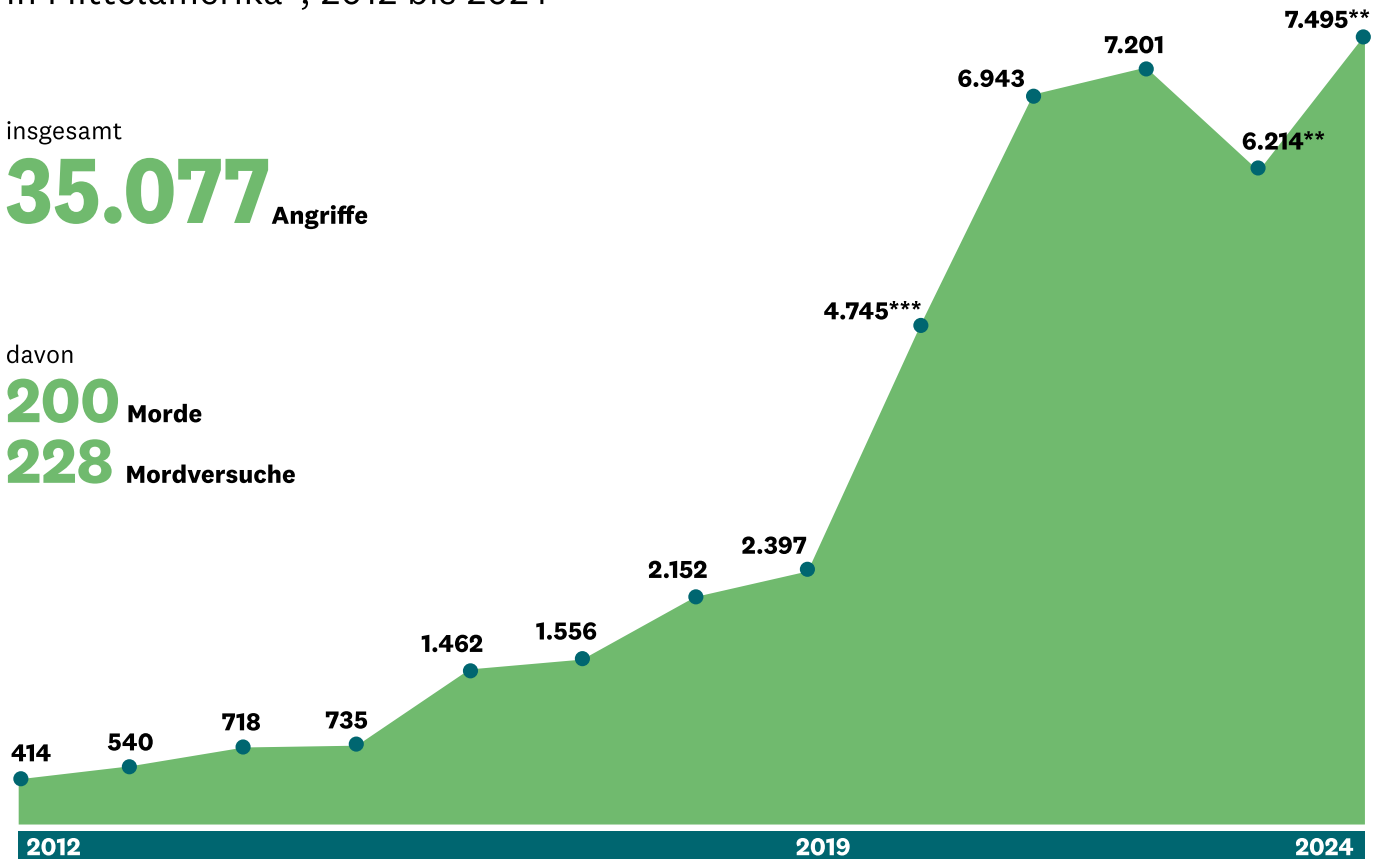
insgesamt

35.077 Angriffe

davon

200 Morde

228 Mordversuche



* El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua,
** ohne Guatemala, *** Anstieg in der Pandemie

Quelle: IM-Defensoras

und wirtschaftlicher Partizipation zu verdrängen. Damit unterwandern diese Gruppen Menschenrechte und Demokratie. Vor allem in Lateinamerika zeigt sich diese Frauenfeindlichkeit durch physische Gewalt gegen und Mord an Frauen (siehe Grafik oben).

Diese Attacken bremsen Geschlechtergerechtigkeit – und damit eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. „Die Stärkung und Beteiligung von Frauen und Mädchen hat eine Hebelwirkung auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung und ist damit nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern zugleich in ökonomischer und sozialer Hinsicht unverzichtbar“, schreibt UN Women, eine Agentur der Vereinten Nationen, auf ihrer Webpage.

Desinformation manifestiert sich in gezielten Kampagnen, die Frauen diskreditieren und einschüchtern sollen. Schon kurz nachdem Diane Shima Rwigara 2017 bekanntgab, als Präsidentschaftskandidatin in Ruanda antreten zu wollen, wurden Fake-Nacktbilder von ihr verbreitet. Vier Jahre später kursierten im Bundestagswahlkampf solche Fakes auch von Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock.

Ein weiteres Beispiel ist die Anwältin und Politikerin Bochra Belhaj Hmida aus Tunesien, eine prominente Stimme für Rechte von Frauen und LGBTQIA+. Immer wieder verbreiteten Angreifer*innen Falschbehauptungen über

angebliche Fälle von Korruption und Verrat. Darauf folgten Morddrohungen und ein Aufruf zur öffentlichen Steinigung. Die tunesische Regierung ging gegen Hmida vor. In einem konstruierten Verfahren wurde sie in Abwesenheit zu 33 Jahren Haft verurteilt. Sie lebt im Exil.

Auch der Fall der indischen Abgeordneten und Frauenrechtsaktivistin Priyanka Chaturvedi zeigt, dass Desinformation gegenüber Frauen immer wieder mit geschlechtsspezifischer Gewalt verknüpft ist. Chaturvedi wurde ein falsches Zitat unterstellt, laut dem sie Muslimen das Recht auf Vergewaltigung zusprach. Daraufhin erhielt sie Vergewaltigungsdrohungen, die auch auf ihre damals 10-jährige Tochter abzielten.

Geschlechtsspezifische Desinformation nutzt und verstärkt bestehende stereotype Geschlechterbilder. Desinformation ist auch ein Mittel der Wahl, um junge Männer davon zu überzeugen, dass Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit der Grund für alle Missstände sind. Das Narrativ: Jungen Männern wurde etwas genommen, was ihnen vermeintlich zustehe. Frauen- und Queerfeindlichkeit schlägt sich auch in der Gesetzgebung nieder: Eine Untersuchung des Carnegie Endowment for International Peace kam 2025 zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2010 bis 2025 38 Regierungen Gesetze und Policies verabschiedet haben, die in

diesen Bereichen für Verschlechterung sorgen: So wurden Gender-Studien, Sexualkundeunterricht und Gesundheitsversorgung für Frauen eingeschränkt, der rechtliche Schutz gegen geschlechtsspezifische Gewalt geschwächt, staatliche Institutionen mit Schwerpunkt auf Frauen geschlossen oder abgebaut, LGBTQIA+-Personen kriminalisiert.

Ein aktuelles Beispiel ist die verschärfte „Global Gag Rule“. Sie trat am 26. Februar 2026 in den USA in Kraft und verbietet künftig US-geförderten Organisationen, zu Diversität, Gleichstellung der Geschlechter und sexuellen und reproduktiven Rechten zu arbeiten. Zahlreiche Frauen- und Menschenrechtsorganisationen werden ihre Arbeit stark einschränken müssen, viele ihrer Zielgruppen verlieren Schutz und Unterstützung. Betroffen sind auch UN Women und UNFPA, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Zwei seiner Aufgaben sind reproduktive Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung.

Hinter den Akteur*innen, die diesen Backlash ausgelöst haben, steckt viel Geld: Zwischen 2007 und 2020 investierten Organisationen der Christlichen Rechten aus den USA laut der unabhängigen Medienplattform Open Democracy mehr als 50 Millionen US-Dollar in den Kampf gegen queere Rechte, Sexualaufklärung, Verhütungsmittel und Abtreibungen auf dem afrikanischen Kontinent. Das Geld floss beispielsweise in die Lobbyarbeit zur Anti-LGBTQIA+-Gesetzgebung in Uganda. Diese sieht unter anderem die Todesstrafe für Homosexuelle vor.

Hinzu kommt, dass verlässliche Informationen unterdrückt werden. Im Dezember 2025 wurde bekannt, dass Meta auf seinen Plattformen Facebook, Instagram und WhatsApp Posts und Seiten von mehr als 50 Organisationen einschränkte, die Informationen zu reproduktiver Gesundheit und queeren Themen bereitstellen. Die betroffenen Organisationen warnten davor, dass die Sperrung solcher Informationen lebensgefährlich sein könne, weil Frauen dadurch an gefährliche Quellen für Informationen geraten könnten. Auch TikTok hat in der Vergangenheit queere Inhalte unterdrückt, darunter in Ländern wie Bosnien, Jordanien oder Russland.

2. Migration

Migration zählt zu den am häufigsten strapazierten Themen im Bereich der Desinformation. Vor allem Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme inszenieren Flucht und Migration als Bedrohung und Kostenfaktor. Sie schüren Angst, Wut und Neid gegenüber Schutzsuchenden und Migrant*innen, indem sie diese als gewalttätig darstellen oder behaupten, sie würden von staatlichen Institutionen bevorzugt.

Solche Erzählungen leugnen, dass Staaten im Rahmen internationaler Verpflichtungen eine Schutzverantwortung gegenüber Geflüchteten haben. Sie verneinen, dass Migration Teil der gesellschaftlichen Normalität und eine gelebte Realität ist – und sie verdrängen, dass Länder wie Deutschland zwingend auf Migration angewiesen sind, um ihre Wirtschaft und ihr Sozialsystem am Laufen zu halten.

Eine beliebte Schimäre rechter Diskurse ist die Behauptung, hinter der Zuwanderung aus anderen Kulturen stehe der Plan eines „Bevölkerungsaustauschs“. Dieses Bild wird von der AfD in Deutschland bemüht. Auch der tunesische Präsident Kais Saïed beschuldigte Migrant*innen aus Subsahara-Afrika in einer öffentlichen Rede 2023, einen „großen Austausch“ in Tunesien zu planen. In der Folge häuften sich

Angriffe auf schwarze Menschen in Tunesien massiv, staatliche Sicherheitskräfte begannen, Migrant*innen in die Wüste abzuschleppen. NGOs und Aktivist*innen, die Migrant*innen unterstützen, stehen seither in Tunesien im Verdacht, sich staatsfeindlich zu betätigen. Viele Aktivist*innen wurden wegen vermeintlicher Komplotte gegen den Staat angeklagt.

In Lateinamerika verbreiteten Migrationsgegner*innen in sozialen Medien gezielt Falschmeldungen über Karawanen von Geflüchteten, die von Zentralamerika aus zu Fuß durch Mexiko in Richtung USA zu gelangen versuchten. Mal waren die Geflüchteten angeblich undankbar und verschmähten gespendete Kleidung, mal wurden ihnen Gewalttaten unterstellt. Diese Desinformation leistete ihren Beitrag zu Hass und Gewalt. Diese Gewalt bekommen auch Partnerorganisationen von Brot für die Welt zu spüren, die Migrant*innen entlang der Routen Richtung USA unterstützen. So wurde das Büro des Centro Fray Matías de Córdoba in Tapachula (Südmexiko) im März 2026 wiederholt angegriffen; Computer, Dokumente und Telefone wurden gestohlen.

Auch humanitäre Hilfsorganisationen, Seenotretter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für Geflüchtete einsetzen, geraten ins Visier von Desinformation, Anfeindungen und Kriminalisierung. Asylgegner*innen brandmarken Seenotretter*innen als Schlepper und Organisationen der Flüchtlingshilfe als „Asylindustrie“. Diese erfahren auch Gewalt: 2024 wurde das Büro von KISA, einer Organisation in Zypern, durch einen Sprengsatz zerstört.

Mehrere Mitglieder des Border Violence Monitoring Network (BVMN), ein Partner von Brot für die Welt, die sich auf dem Balkan für die Rechte von Geflüchteten einsetzen, wurden in den vergangenen Jahren Opfer von Verleumdungskampagnen. Politiker*innen und Medien, beispielsweise in Kroatien, verleumdete sie als Schmuggler und machen sie verantwortlich für die Präsenz von Migrant*innen im Land. Das Büro und das Auto einer kroatischen Mitgliedsorganisation von BVMN wurden daraufhin mehrfach Ziel von Vandalismus.

Wenn Helfende und Menschenrechtsverteidiger*innen als kriminelle Schleuser und Schlepper diffamiert werden, kann dies auch gesetzlichen Regelungen Vorschub leisten: Die geplante „EU-Richtlinie zur Verhinderung und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Einreise, Durchreise und zum Aufenthalt“ („Facilitation Directive“) definiert „Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt“ als Straftatbestand und legt Mindeststrafen fest.

Menschenrechtsorganisationen wie BVMN warnen, dass durch die derzeit diskutierte Richtlinie systematische Strafverfolgung und Repression für Schutzsuchende und humanitäre Helfende drohen, insbesondere in Ländern mit rechter oder rechtsextremer Regierungsbeteiligung. Grundlage dafür ist eine vage, sehr offene Definition des Strafbestands der Beihilfe. Migration- und Menschenrechtsverteidiger*innen würden dann noch mehr kriminalisiert, kritisiert BVMN.

3. Klimaschutz

Der Klimawandel ist ein Dauerthema von Desinformationskampagnen. Vor allem rechtsextreme und libertäre Politiker*innen und Regierungen leugnen ihn und seine Folgen. Sie versuchen mittels Desinformation, Schritte zum Klimaschutz und die Nutzung von Erneuerbaren Energien zu diskreditieren, einzuschränken oder ganz zu beenden.

An diesem Ziel arbeitet ein ganzes Netzwerk aus Desinformationsverbreiter*innen weltweit: politische Akteur*innen, Lobbyist*innen für die fossile Brennstoffindustrie sowie international agierende Organisationen wie das amerikanische Heartland Institute. Dieser zentrale Akteur der Szene pflegt weltweit enge Kontakte zu gleichgesinnten Organisationen und Parteien, darunter der früheren brasilianischen Regierung unter Jair Bolsonaro und die den Klimawandel leugnende Organisation EIKE (Europäisches Institut für Klima & Energie). Auch das globale Atlas Network versammelt und vernetzt Akteur*innen aus der Szene der Klimawandelleugner*innen und unterstützt zum Beispiel den ultralibertären argentinischen Präsidenten Javier Milei, der den menschengemachten Klimawandel leugnet und im Klimaschutz nur eine Methode zur Geldbeschaffung sieht, „um faule Sozialisten zu finanzieren, die minderwertige Abhandlungen verfassen“.

Dabei wird deutlich: Fossil-Konzerne, Klimawandelleugner*innen, Organisationen und Pseudowissenschaftler*innen sitzen als Urheber*innen von klimabezogener Desinformation vor allem im Globalen Norden — doch ihre Desinformation verbreitet sich global. Nicht zuletzt ist Präsident Donald Trump einer der einflussreichsten Leugner des menschengemachten Klimawandels. Er hat nicht nur dafür gesorgt, dass die USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der Klimarahmenkonvention und dem IPCC ausgestiegen sind. Er hat auch Forschungsgelder für den Bereich gekürzt

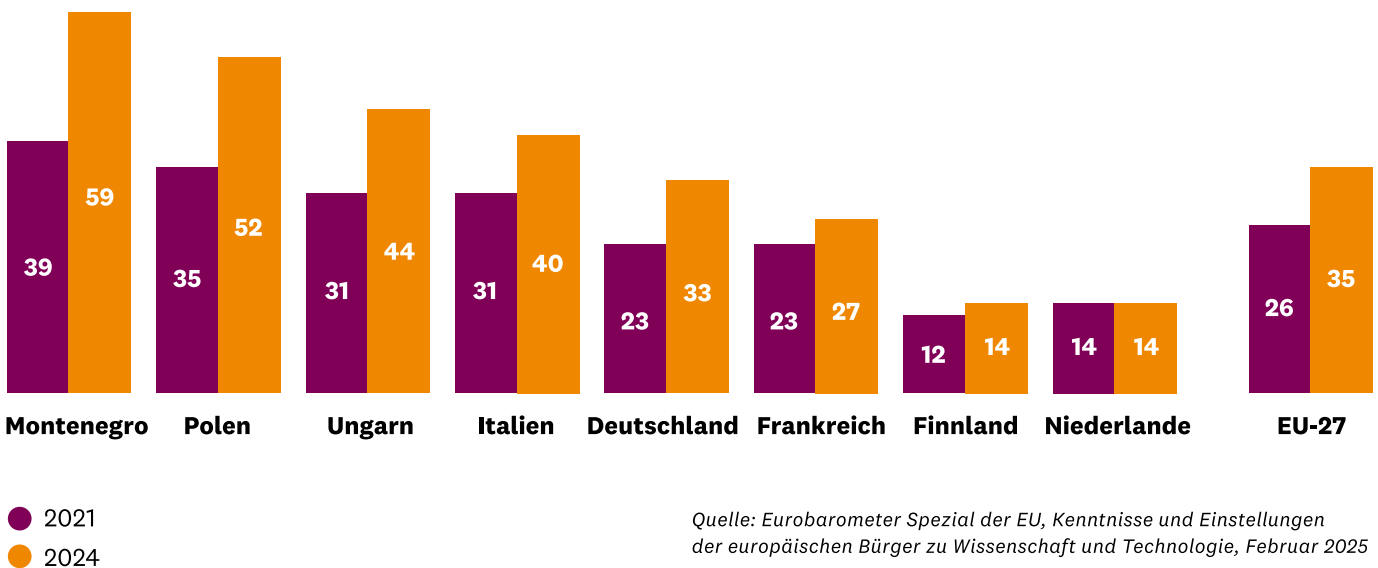
und so mehr als 100 geplante Studien gestoppt. Wichtige Forschungsergebnisse von Klimawissenschaftler*innen ließ er löschen.

Es ist längst belegt, dass der menschengemachte Klimawandel in vollem Gange ist — mit katastrophalen Folgen. Dennoch hat die Desinformation von Klimawandelleugner*innen und Verharmloser*innen Erfolg. So stieg der Anteil der EU-Bürger*innen, die den Klimawandel fälschlicherweise auf natürliche Zyklen statt auf menschliches Handeln zurückführen, in den vergangenen Jahren deutlich an (siehe Grafik unten).

Desinformation trägt so dazu bei, dass der Klimawandel nicht ausreichend eingedämmt und das Pariser Klimaziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, wahrscheinlich nicht mehr eingehalten werden kann. Mit der Folge, dass bei einem erwarteten globalen Temperaturanstieg von 2,7 Grad bis Ende des Jahrhunderts für bis zu 39 Prozent der Menschen ganze Lebensräume unbewohnbar werden, so die NiKE-Studie, eine interdisziplinäre Klima-Risikoeinschätzung, die das Auswärtige Amt 2025 in Auftrag gegeben hat. Desinformation sabotiert damit die wichtigsten Ziele nachhaltiger Entwicklung, die auch Ziele von Brot für die Welt sind: die Bekämpfung von Hunger, Armut und Konflikten um immer knapper werdende Ressourcen.

Klima-Desinformation wird geglaubt

Anteil der EU-Bürger*innen, die denken, dass der Klimawandel durch natürliche Zyklen und nicht durch den Menschen verursacht wird, in Prozent.



Das Geschäft mit der Lüge

Parteien, Regierungen oder Unternehmen beauftragen Agenturen, um durch Desinformation Zivilgesellschaft anzugreifen. Dafür zahlen sie viel Geld.

Desinformation ist eine lukrative Geldquelle. Das betrifft nicht nur falsche Versprechen durch vermeintliche Wunderheiler*innen, sondern auch Gewinne durch politisch aufgeladene Lügen. Genau das ist das Geschäftsfeld von Team Jorge. „Du bringst Geld und einen Kandidaten. Wir kämpfen“, sagt der Chef des israelischen Unternehmens, das nach eigenen Angaben mittels Desinformation, Hacking und Manipulation in Politik und Wahlen eingriff.

Seine Aktivitäten wurden 2023 durch Undercover-Journalist*innen aufgedeckt, die sich als potenzielle Kund*innen ausgaben. Um seine Auftraggeber zu verschleiern, arbeitet Team Jorge mit Tarnfirmen und Vermittler*innen in verschiedenen Ländern und lässt sich in Kryptowährungen bezahlen.

Die Wirkung der Kampagnen und Operationen solcher Unternehmen ist schwer messbar. Ein Schnäppchen sind solche Dienstleistungen nicht: Für Wahlmanipulation verlangt Team Jorge bis zu 15 Millionen US-Dollar. Bei 33 Wahlen will die Firma nach eigenen Angaben aktiv geworden sein, etwa in Nigeria und Kenia.

Cambridge Analytica war erst der Anfang

In beiden Ländern war auch Cambridge Analytica aus den USA aktiv. Das Unternehmen, für das Team Jorge als Subunternehmer arbeitete, machte 2018 weltweit Schlagzeilen, weil der ehemalige Geschäftsführer Nix laut Quellen wie der New York Times behauptete, das Unternehmen habe Persönlichkeitsprofile von Millionen US-Facebook-User*innen erstellt, diese Donald Trump für seinen Wahlkampf 2016 zur Verfügung gestellt und so eine „entscheidende Rolle“ für den überraschenden Sieg gespielt.

In Kenia war Cambridge Analytica in den Wahlkämpfen 2013 und 2017 aktiv. Angeheuert von der damals regierenden Jubilee Party, steuerte sie deren Wahlkampagne und nutzte Fake-Accounts und gefälschte Webseiten, um Einfluss auf die Kenianer*innen auszuüben. Auch die rechtskonservative US-Werbeagentur Harris Media mischte sich 2017 in den kenianischen Wahlkampf aufseiten der Jubilee Party ein. In einem Video mit dem Titel „The Real Raila“ zeichnete sie ein apokalyptisches Zukunftsszenario — Vertreibung, Hungerepidemien, Terror —, würde Oppositionskandidat Raila Odinga gewählt. Im gleichen Jahr half Harris Media der AfD im Negativwahlkampf gegen Angela Merkel vor der Bundestagswahl.

Desinformation auf Bestellung

Team Jorge, Cambridge Analytica und Harris Media sind nur drei Beispiele von vielen. Parteien, Regierungen oder Unternehmen beauftragen Agenturen und Unternehmer*innen, um sich durch Desinformation politische Vorteile zu verschaffen, politische Gegner*innen und Zivilgesellschaft anzugreifen, Verwirrung zu stiften und zu polarisieren. Zu den Auftragnehmern gehören laut der gemeinnützigen Berliner Redaktion Correctiv auch die sogenannten Trollfarmen aus Russland, mit unverfänglichen Namen wie „Social Design Agency“ oder „Internet Research Agency“. Letztere wurde offiziell aufgelöst. Sie sind sowohl in Russland selbst als auch international aktiv.

Weltweit hat die Zahl der Länder, in denen private Unternehmen Desinformation auf Bestellung anbieten, laut Erhebungen der Universität Oxford erheblich zugenommen. Für das Jahr 2017 identifizierten die Forschenden neun Länder, in denen solche Firmen aktiv waren. Im Jahr 2020 lag die Zahl bereits bei 48.

Bereits seit 2011 sind in Bahrain regierungsnahe Trolle aktiv, die Opposition und Zivilgesellschaft delegitimieren sollen. Ab 2020 formierte sich dann die „Bahrain Electronic Army“, die gezielt Desinformation über Menschenrechtsverteidiger*innen verbreitete und sie etwa als Agent*innen Irans diffamierte. Aktivist*innen vermuten die Regierung Bahrains als Auftraggeber hinter der selbsternannten Online-Armee.

In Kenia erhielten Influencer*innen am Tag zwischen 10 und 15 US-Dollar, um sich an Kampagnen zur Unterstützung der Regierung zu beteiligen. Anonyme Auftraggeber*innen engagierten sie, um Desinformation über Zivilgesellschaft, Medien und Richter*innen zu verbreiten. Mit messbarem Erfolg: Acht der elf von Forschenden der Mozilla Foundation untersuchten Kampagnen landeten in den kenianischen Twitter Trends und gehörten damit zu den am meisten diskutierten Themen am jeweiligen Tag.

Vor allem die großen Tech-Firmen verdienen an emotionalisierenden und polarisierenden Inhalten, darunter Desinformation, Clickbait und betrügerischen Anzeigen. Wie groß der Anteil dieser Einnahmen an den Milliarden Gewinnen von Meta, Google und Co. ist, lässt sich kaum genau beziffern. Laut internen Dokumenten von Meta soll das Unternehmen jährlich etwa 7 Milliarden US-Dollar allein an betrügerischen Anzeigen verdienen.

„Er feuert keine gehässigen Posts mehr ab“

Stefanie Kreher von unserer Partnerorganisation OBSUR



Frau Kreher, Sie arbeiten mit Pastor*innen und Jugendlichen zu verschiedenen sozialen Themen. Über welche Themen kursieren in Uruguay besonders viele Lügen?

SK: Über Geschlechtergerechtigkeit und die Aufarbeitung unserer Militärdiktatur 1973 bis 1985. Diese beiden Themen polarisieren das Land am stärksten, weit vor Migration oder Armut. Besonders die national-konservativen Strömungen leugnen die vom Militär begangenen Verbrechen und sind überzeugt, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Als Organisation Observatorio del Sur (OBSUR), die sich unter anderem für Geschlechtergerechtigkeit und Vergangenheitsbewältigung einsetzt, positionieren wir uns klar dagegen.

Werden Sie deswegen diffamiert?

SK: Ja, hierzu fallen mir zwei Beispiele ein: In unserem Obdachlosenhilfe-Projekt wurden unsere Mitarbeitenden und Teilnehmer*innen von Nachbarn fotografiert und diese Fotos ins Netz gestellt. Die Posts wettern gegen Obdachlose und arme Menschen – und sie verbreiten Lügen über unsere Arbeit. Ähnliches passiert bei unseren Events oder Filmveranstaltungen zu Themen sozialer Gerechtigkeit. Wegen unserer Haltung zu Armutsbekämpfung und reproduktiven Rechten, also dem Recht auf freie Entscheidung über Sexualität, Familienplanung, Schwangerschaft und Geburt, werden wir online als „schlechte Christen“ oder abwertend als „*abortistas*“ abgestempelt, in Lateinamerika ein Schimpfwort. Das passiert nicht nur im digitalen Raum.

Auch unsere Kirchenmauer wurde schon mit Graffiti beschmiert.

Wer desinformiert und leugnet?

SK: Vor allem die Christliche Rechte. Diese selbsternannten „Gotteskrieger“ sind gut vernetzt, sie glauben fest an eine göttliche Schöpfungsordnung und an eine Hierarchie der Ethnien, der Geschlechter, in der Familie. Sie wenden sich gegen alle, die diesem Narrativ widersprechen. Der Glaube dieser Gruppe ist eng verbunden mit dem systematischen Leugnen historischer und gesellschaftlicher Realitäten. Sie leugnen zum Beispiel die Existenz indigener Gemeinschaften in Uruguay. Wir aber arbeiten eng mit jungen *Charruas* zusammen, etwa in der kulturellen Aufarbeitung ihrer Geschichte und Kultur.

Behindert der große Einfluss dieser rechten Gruppen Ihre Arbeit?

SK: Ja, sie ist schwieriger geworden. Der Diskurs der Christlichen Rechten ist geprägt von Fatalismus und Zerstörung. Sie sieht in der Ermächtigung der Frau den Zusammenbruch der Familie. Diese Weltanschauung kollidiert mit grundlegenden Ansätzen sozialer Entwicklung. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN, die OBSUR unterstützt, sind diesen Gruppen ein Dorn im Auge. Sie sehen darin den Verlust von Souveränität und beschwören so letztendlich das Ende der Welt. Hier instrumentalisieren rechte fundamentalistische Gruppen die Religion politisch. Mit diesen Diskursen erreichen sie neue Zielgruppen aus dem eher moderaten christlichen Umfeld.

Was setzt OBSUR der Desinformation entgegen?

SK: In unserer Arbeit achten wir darauf, nicht unnötig zu polarisieren oder zu vereinfachen. Während rechte Akteur*innen versuchen, Begriffe wie Menschenrechte mit negativen Assoziationen zu besetzen, richten wir den Fokus darauf, wofür sie tatsächlich stehen: für Identität, Würde und Gerechtigkeit. Und wir setzen auf Aufklärung. In unseren Workshops lernen Teilnehmer*innen, wie sie Falschinformationen erkennen, wie sie reagieren und resilienter dagegen werden können. Den Fakes über die Militärdiktatur stellen wir wissenschaftlich belegte Fakten gegenüber. Diese machen wir auch über Soziale Medien publik.

Haben Sie damit Erfolg?

SK: Ich denke schon. Wir setzen bewusst auf den Dialog, auch um Vorurteile abzubauen und Desinformation entgegenzuwirken, und zum Glück hat Uruguay eine starke demokratische Kultur. Dialog hat uns zum Beispiel ermöglicht, die Situation mit dem Nachbarn zu entschärfen, der uns ständig filmte und fotografierte, bis Jugendliche das Gespräch mit ihm suchten. Er postet zwar noch immer, dass ihn die Situation stört, vor allem die Obdachlosen, die zu uns kommen. Aber er feuert keine gehässigen und unwahren Posts mehr ab.

Stefanie Kreher, Koordinatorin des Programms „*Fé en la Resistencia*“ bei OBSUR (Observatorio del Sur), Montevideo, Uruguay (www.obsur.org.uy)

So entlarven Sie Fake News und KI-Bilder

Social Media Posts – echt oder fake?

Darauf können Sie achten:

Checkliste Social Media Posts:

- **Wer postet** und verschickt? **Was postet** der Account sonst noch für Inhalte?
- Blick in die **Kommentare** – manche verweisen auf einen Fake.
- Bots und Trolle haben oftmals wenig **Follower *innen**, posten sehr viel – mitunter 24/7.
- Werden Inhalte mit **unabhängigen Quellen** belegt?
- Gibt es ein **Wasserzeichen**, das auf KI weist?
- Findet man den Content via **Suchmaschine** auch bei klassischen Medien?
- **Datenforensik**: Unterschiedliche Pixeldichte innerhalb eines Bildes kann auf Manipulation hinweisen.
- Ist die Überschrift **reißerisch**? Passt sie zum Inhalt?
- Wühlt der Inhalt auf, **hetzt**, beleidigt und manipuliert er? Macht er wütend, ängstlich, fassungslos?
- Ist das Bild aktuell oder alt? Wird es aus dem **Kontext** gerissen?
- Wo ist das Bild erstmals erschienen? **Bilderrückwärtssuche** über TinEye, Google Lens, Yandex oder Browser-Plugins.
- Stimmen Ort oder Datum des Bildes, wie im Post **behauptet**?
- Passen Wetter, Vegetation und **Jahreszeit** zum Content?
- Check von Straßennamen und Umgebung über **Geolokalisierung** mit Google Maps, Street View, Google Earth, Google Lens.



Fake-Bild, das im Winter 2025/2026 viral ging.

49 Prozent aller Social-Media-Nutzer*innen beziehen Nachrichten überwiegend über TikTok, X & Co. – höchste Zeit also, Netz-Infos zu prüfen.

KI-generierte Bilder und Videos

KI-Bilder werden täglich besser – und damit immer schwieriger als Fake zu erkennen. Prüfen Sie:

Checkliste KI-Bilder:

- Wer steckt hinter dem **Profil**?
- Enthält das Bild einen Hinweis auf KI?
Aber: Auch **Wasserzeichen** können mit Tools entfernt werden.
- Stimmen **Licht und Schatten**?
- Sind Linien unterbrochen oder **verschoben**, etwa Straßenpfeiler?
- Wirken Szene und Hintergrund **logisch**?
- Verwischen **Körperteile** oder Dinge?

Checkliste KI-Videos:

- Passen Mimik, Ton und Sprache zur **Mundbewegung**?
- **Blinzelt** die Person und stimmt die Blickrichtung?
- Klingt die Stimme **künstlich** und monoton?
- Bewegt sich die Person steif, **ruckelig**, zu schnell oder zu langsam?
- Verschwinden Personen oder Gegenstände **plötzlich**?
- **Flimmern** Haare, Zähne, Ränder? Sind sie verformt?
- Sind Kleidung, Brillen, Schmuck **verzerrt**?

Gefälschte Webseiten

Häufig werden Webseiten der klassischen Nachrichtenmagazine, Tageszeitungen oder seriösen Institute in Posts gefälscht.

Um sie zu erkennen, hilft:

- ein Vergleich mit der Originalseite
- der Blick auf die URL und die Endung nach dem Punkt
- Check von Impressum und Rechtschreibung

Wichtige Faktencheck-Seiten:

- ARD-Faktenfinder
- BR Faktenfuchs
- DW Faktencheck
- Correctiv Faktencheck
- AFP Faktencheck
- dpa Faktencheck

Achtung! Die KI-Entwicklung ist rasant! Die Inhalte spiegeln den Stand zum Redaktionsschluss wider.

Schlachtfeld Internet

Im Krieg wird Desinformation zur Waffe, in Naturkatastrophen kostet sie häufig Menschenleben – und manchmal fällt beides zusammen.

Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit – dieser Satz, den US-Senator Hiram Johnson (1866–1945) einmal gesagt haben soll, wird bei kriegerischen Auseinandersetzungen gerne bemüht. Fakt ist: Seitdem Menschen Kriege führen, werden Falschmeldungen, Gerüchte und Propaganda als wirkungsvolle Waffen eingesetzt. Die eigene Bevölkerung soll beeinflusst und für den Krieg gewonnen, der Gegner verunsichert und demoralisiert oder der Angriffskrieg gerechtfertigt werden. Täuschungen und Lügen zielen darauf, die internationale Unterstützung zu untergraben – oder zu mobilisieren. Mitunter vermitteln sie aus diesem Nebel der Unwahrheiten eine Bedrohung, die gar nicht existiert.

Ein bedrückendes Beispiel, wie aus Lügen und schwelenden Spannungen offene Gewalt werden kann, ist Ruanda. Falschinformationen und Propaganda bereiteten über Jahre gezielt den Genozid von 1994 an den Tutsi vor. Radiosender, insbesondere das als „Hate Radio“ bekannte Radio-Télévision Libre des Mille Collines, spielten dabei eine zentrale Rolle. Mit der Digitalisierung wurde die (moderne) Propaganda auf eine neue Eskalationsstufe gehoben, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Kriegshetze mit KI-Fakes

Kriegsparteien und ihre Sympathisant*innen verbreiten im Krieg immer wieder Videos, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Sowohl während des Krieges in Syrien, in der Ukraine als auch im Iran-Krieg wurden und werden Sequenzen aus Videospielen verbreitet, die angeblich reale Kriegshandlungen zeigen. Zum Krieg im Sudan, der seit 2023 tobt, haben Sympathisant*innen der Konfliktparteien Videos verbreitet, um Gewalt und Morde zu bebildern. Darunter sind immer wieder Beiträge, die KI-generiert sind oder in Wahrheit etwas völlig anderes zeigen als behauptet.

Auch im Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo hat Desinformation gefährliche, ja tödliche Konsequenzen. Partnerorganisationen von Brot für die Welt berichten, dass Helfende nach Gerüchten über eine Kooperation mit bewaffneten Gruppen getötet wurden. Mitarbeitende der kongolesischen NGO Mercy Corps wurden angegriffen, weil die Behauptung gestreut wurde, die Organisation trage Verantwortung für Tote im Konflikt.

Im bewaffneten Konflikt zwischen der israelischen Armee und der Hamas spielt Desinformation eine große Rolle: Bereits kurz nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober verbreiteten Social-Media-Nutzer*innen Fake-Bilder mit der Botschaft, Menschen seien nicht durch die Hamas, sondern das israelische Militär getötet worden. Hamas-Anhänger*innen und Social-Media-Nutzer*innen leugneten in verschiedenen Ländern weltweit

Morde an Zivilist*innen und behaupteten, es habe während des Anschlags keine sexualisierte Gewalt gegeben. Auf der anderen Seite wurde etwa laut Tagesschau und Deutscher Welle der folgende Gaza-Krieg durch Falschbehauptungen begleitet, die auch von staatlichen Stellen in Israel verbreitet wurden und darauf abzielten, den Hunger und das Leid der Zivilbevölkerung Gazas zu relativieren oder zu leugnen.

Info-Vakuum durch Internet-Shutdowns

Untersuchungen zeigen, dass insbesondere in Kriegszeiten die beteiligten Regierungen Gebrauch von Internet-Shutdowns machen — oft begründen sie das damit, dass sie die Bürger*innen vor Desinformationen des Gegners schützen oder Gewalt unterbinden wollen. „Wir beobachten das Gegenteil“, sagt Anita Gohdes, Professorin für internationale Cybersicherheit an der Hertie School of Governance. „Internetsperren heizen Gewalt erst richtig an, weil sich Regime in dieser digitalen Dunkelheit ungehemmter fühlen.“

Internet-Shutdowns verursachen Informationslücken. Staatliche Akteur*innen können dieses Vakuum gezielt mit Propaganda füllen und Falschmeldungen so ungehindert und unwidersprochen verbreiten. Die Menschen sind der staatlich orchestrierten Desinformation ausgeliefert. Denn ist das Netz abgeschaltet, können seriöse unabhängige Medien, Nachrichtenportale oder NGOs weder Nachrichten prüfen noch Lügen öffentlich widerlegen. Internet-Shutdowns verhindern zudem, dass sich Aktivist*innen online austauschen, vernetzen oder online Proteste mobilisieren. Ohne Internet lassen sich Menschenrechtsverletzungen verbergen, weil keine Beweise wie Filme, Fotos, Zeugenaussagen an die Öffentlichkeit gelangen.

Im Iran beispielsweise ließ das Regime seit Kriegsbeginn Ende Februar 2026 das Internet sperren. Schon während der landesweiten Proteste Anfang Januar, während derer Sicherheitskräfte Tausende Menschen töteten, hatte es einen wochenlangen Internet-Shutdown gegeben. Internet-Shutdowns allein während bewaffneter Konflikte gab es laut der NGO Access Now 2025 in 13 weiteren Ländern, darunter Indien, Myanmar und Russland (siehe Grafik rechts).

Auch nach dem Ende von Kriegen und Konflikten besteht der Kampf um die Kontrolle über die Erzählung oft weiter — und verhindert vielerorts Versöhnung und Anerkennung der Opfer. Selbst mehr als 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und angesichts zahlreicher Dokumente und Berichte leugnen und relativieren Menschen den Holocaust. In Argentinien versucht die Regierung Milei, die Geschichte umzuschreiben und die Menschenrechtsverbrechen der Militärs während der Diktatur kleinzureden. Und mehr als 100 Jahre später leugnet die türkische Regierung den Völkermord an den Armenier*innen noch immer.

Frühe Desinformation, späte Hilfe

Desinformation kostet nicht nur im Krieg Leben, sondern auch bei Naturkatastrophen. Bei Überschwemmungen, Erdbeben oder Stürmen ist die Suche nach verlässlichen Informationen oft ein Wettlauf gegen die Zeit. Bis geprüfte Meldungen vorliegen, vergehen mitunter Stunden oder Tage. Unterdessen wächst der Informations hunger von Betroffenen und Angehörigen: Wo drohen Gefahren? Welche Flucht- und Evakuierungswege sind sicher? Wo gibt es Hilfe? Die beiden Medienforschenden danah boyd und Michael Golebiewski bezeichnen dieses Spannungsfeld als „data

Internetblockaden verhindern Fakten-Check

Hauptgründe im Jahr 2025 für Netz-Shutdowns in 52 Ländern



* Äthiopien, Demokratische Republik Kongo (DRK), Jemen, Kambodscha, Indien, Iran, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Palästinensische Gebiete, Russland, Sudan, Syrien, Ukraine.
Quelle: Access Now, *Rising Repression Meets Global Resistance: Internet Shutdowns in 2025*, März 2026

voids“, also Datenlücken, die entstehen, wenn ein Bedarf an Informationen besteht, aber kaum gesicherte Auskünfte möglich sind. Diese Datenlücken werden oft durch Gerüchte und Desinformation gefüllt.

Als am frühen Morgen des 6. Februar 2023 in der Türkei und Syrien die Erde bebte, dauerte es nicht lange, bis die ersten Bilder und Videos der Zerstörungen im Netz die Runde machten. Darunter waren auch, wie oft in solchen Momenten, Videos und Bilder, die nichts mit der Lage vor Ort zu tun haben. In den Sozialen Medien kursierten Videos eines vermeintlichen Tsunamis und einer vermeintlichen atomaren Explosion, beide angeblich verursacht durch das Erdbeben.

Die Videos zeigten weder einen Tsunami noch eine atomare Explosion, sondern eine sehr hohe Welle im südafrikanischen Durban aus dem Jahr 2017 und die Explosion im Hafen von Beirut im Jahr 2020. Kurz nach dem Erdbeben sperrte die türkische Regierung für mehrere Stunden den Zugang zu Twitter (heute X) — offiziell, um Desinformation einzudämmen. Damit erschwerte sie aber wiederum die Koordination von Rettungsmaßnahmen und blockierte eine wichtige Informationsquelle, über die Retter*innen Menschen in Not identifizieren konnten.

Auch in Deutschland wurden nach der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 gezielt Lügen gestreut, überwiegend über Telegram und Twitter. Falsche Warnungen vor angeblich weiteren Damnbrüchen gingen viral. Rechtsextreme Gruppen und die Querdenkerszene versuchten, die Katastrophe zu nutzen, um die Landesregierung zu diskreditieren und ihr eigenes Narrativ vom Staatsversagen zu erzählen. Die Ziele: Angst schüren, Wut gegen „die Politik“ erzeugen oder den Wiederaufbau behindern. In Bad Neuenahr-Ahrweiler etwa war durch die Lautsprecher-Durchsage eines Fahrzeugs, das einem Polizeiwagen ähnelte, aber keines war, zu hören, dass die Zahl der Rettungskräfte reduziert würde. Betrüger*innen starteten Spendenaufrufe und zeigten Bilder von Betroffenen — ohne dass diese davon wussten.

Panik und Gerüchte sind oft schneller als Fakten

Fakes verbreiten sich nach jeder Naturkatastrophe. Sie können Menschen in den betroffenen Gebieten in Panik versetzen

„In Krisenkontexten ist Vertrauen Voraussetzung für humanitären Zugang, Schutz und Gelder. Desinformation zerstört dieses Vertrauen.“

Max Freundlieb, Advocacy-Berater
Diakonie Katastrophenhilfe

oder in falscher Sicherheit wiegen. Falschmeldungen behindern Rettungs- und Hilfsmaßnahmen und verschwenden oder blockieren Ressourcen.

Doch Hilfsorganisationen benötigen verlässliche Informationen, um möglichst vielen betroffenen Menschen helfen zu können. Fakes und Desinformation bedeuten für Helfende ein hohes Risiko, oft Lebensgefahr. Sie erschweren ihnen den Zugang zu Notgebieten und säen Misstrauen gegenüber Hilfsorganisationen. Und sie haben konkrete Auswirkungen auf die Infrastruktur: Im englischen Lancaster wurde der Zugverkehr im Dezember 2025 auf einigen Strecken eingestellt, weil nach einem Erdbeben ein KI-generiertes Bild einer angeblich stark beschädigten Brücke verbreitet wurde.

Desinformation kann in Katastrophen außerdem Hass und Gewalt gegen marginalisierte Gruppen und Minderheiten schüren. Nachdem Hurrikan Katrina in New Orleans im Jahr 2005 eine Spur der Verwüstung hinterließ, verzögerte sich die Hilfe vor Ort, weil afroamerikanischen Überlebenden in großem Stil Plünderungen und Gewalttaten unterstellt wurden. Heute ist belegt: Viele dieser Meldungen waren stark übertrieben oder frei erfunden. Doch die Gerüchte und Falschinformationen führten zu Chaos und brutalen Übergriffen der Polizei gegen Menschen, die nach Verwandten und Essen suchten. Nachdem Hurrikan Dorian 2019 auf den Bahamas wütete, traf es Haitianer, denen Plünderungen unterstellt wurden.

Auch Wissenschaftler*innen sind von den Folgen von Desinformation nach Naturkatastrophen betroffen. Im Herbst 2024 tobten die Hurrikane Helene und Milton in den USA, gefolgt von Desinformation und Verschwörungserzählungen über angebliche Wettermanipulationen, die den Wirbelsturm verursacht hätten. Meteorologen und Mitarbeitende der US-Katastrophenschutzbehörde Fema berichteten damals von Morddrohungen.

Doppelt vulnerabel

Fallen bewaffnete Konflikte und Naturkatastrophen zusammen — und das ist vielerorts der Fall —, ist die betroffene Bevölkerung noch vulnerabler. Denn um zu überleben, benötigt sie verlässliche Frühwarnsysteme vor extremem Wetter oder Erdbeben. Und verlässliche Informationen, wo Kampfhandlungen stattfinden.

Beispiel Sudan: Seit Jahren tobt dort ein Bürgerkrieg. Mehr als 13 Millionen Menschen sind nach Angaben der UN auf der Flucht, 30 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Zudem leidet das Land unter Überschwemmungen, Dammb Brüchen und Erdrutschen, im Wechsel mit heftigen Dürren. Lügen seitens der Rapid Support Forces (RSF) und der sudanesischen Armee haben in dieser Not ein doppelt leichtes Spiel — mit tödlichen Folgen: Wird humanitäre Hilfe behindert und politisiert, schaffen es Gerüchte und Falschmeldungen aufgrund der großen Not noch schneller, Menschen zu enttäuschen, zu verunsichern und zu manipulieren. Sie fliehen oder sind gezwungen, sich zum Überleben einer bewaffneten Gruppe anzuschließen — was den Krieg weiter befeuert.

„Die Dominanz von Google & Co. ist erdrückend“

Sven Hilbig, Referent Digitalisierung bei Brot für die Welt



Herr Hilbig, lässt sich Desinformation derzeit per Gesetz zurückdrängen?

SH: Nur teilweise. In der Europäischen Union sind Soziale Netzwerke wie Meta zwar seit 2022 verpflichtet, Falschinformationen zu löschen, wenn sie gegen Gesetze verstoßen — etwa bei Hassrede, Morddrohungen und Volksverhetzung. Allerdings kommen sie dem nicht immer nach. Hinzu kommt, dass der Staat nicht verhindern kann, dass falsche Inhalte oder falsche Tatsachenbehauptungen gezielt verbreitet werden. Andere zu verleumden, war bereits in der analogen Welt strafbar — passiert ist es trotzdem.

Aber müsste der Staat angesichts der Radikalisierungen im Internet nicht stärker regulieren und bei Fake News härter durchgreifen, um unsere Demokratie zu retten?

SH: Ob die gegenwärtigen Regulierungen verschärft werden müssten, ist unter digitalpolitischen Akteur*innen umstritten. Einigen gehen die neuen EU-Richtlinien, wie beispielsweise der Digital Service Act, nicht weit genug. Ihrer Ansicht nach müssten die großen Digitalkonzerne auch gezwungen werden, nicht nur rechtswidrige Aussagen, sondern unter anderem auch das Leugnen des Klimawandels oder andere unwissenschaftliche Inhalte von Plattformen zu löschen. Anderen hingegen geht diese Forderung viel zu weit. Für sie ist das Löschen von Desinformation nur eine Ultima Ratio. Sie argumentieren, Regulierung wirke so wie Zensur und blockiere die Meinungsfreiheit. Statt Inhalte stärker zu regulieren, plädieren sie dafür, dass

staatliche Behörden künftig die Medienkompetenz ihrer Bürger*innen fördern und Soziale Netzwerke zu mehr Transparenz verpflichten.

Den Vorwurf der Zensur bringen auch die Tech-Konzerne gerne ...

SH: Ja, es ist interessant zu beobachten, wie widersprüchlich Mark Zuckerberg und andere Tech-Tycoons agieren: In den USA und Europa gehören sie zu den radikalsten Verfechtern von Meinungsfreiheit. Der Vorwurf der Zensur kommt ihnen leicht über die Lippen, wenn ein Gesetz oder ein Gerichtsurteil ihre Geschäftsinteressen betrifft. In vielen Ländern des Globalen Südens hingegen drücken sie beide Augen zu, wenn autoritäre oder diktatorische Regierungen das Internet und Soziale Medien stark einschränken, wie beispielsweise in Indonesien oder Vietnam. Oder wenn Polizei und Sicherheitsbehörden mit digitalen Tools dieser Tech-Konzernen Oppositionelle und Menschenrechtsaktivist*innen ausspionieren. In Ägypten oder Saudi-Arabien sitzen Content Creator*innen und Blogger*innen oft jahrelang in Gefängnissen.

Was sagen Sie?

SH: Freiheitsrechte sind für Brot für die Welt ein sehr hohes Gut. Eine Ein-

schränkung der Meinungsfreiheit sollte daher die Ausnahme bleiben. Und nur dann zum Zuge kommen, wenn sie im ganz konkreten Fall verhältnismäßig ist.

Was erschwert eine Regulierung?

SH: Die für die analoge Welt entwickelten Grund- und Menschenrechte gelten ebenso für den Cyberspace — aber sie dort einzuhalten, ist mitunter schwierig. Denn digitale Akteure agieren weltweit und bleiben häufig anonym. Meist kann der Gesetzgeber nur reaktiv agieren, das zeigt sich derzeit ganz massiv bei der KI. Dass staatliche Regulierung dem technischen Fortschritt hinterherhinkt, ist allerdings kein neues Phänomen. Auch die Luftfahrt war in ihren Anfängen wenig reguliert.

Wie souverän ist die EU im digitalen Raum?

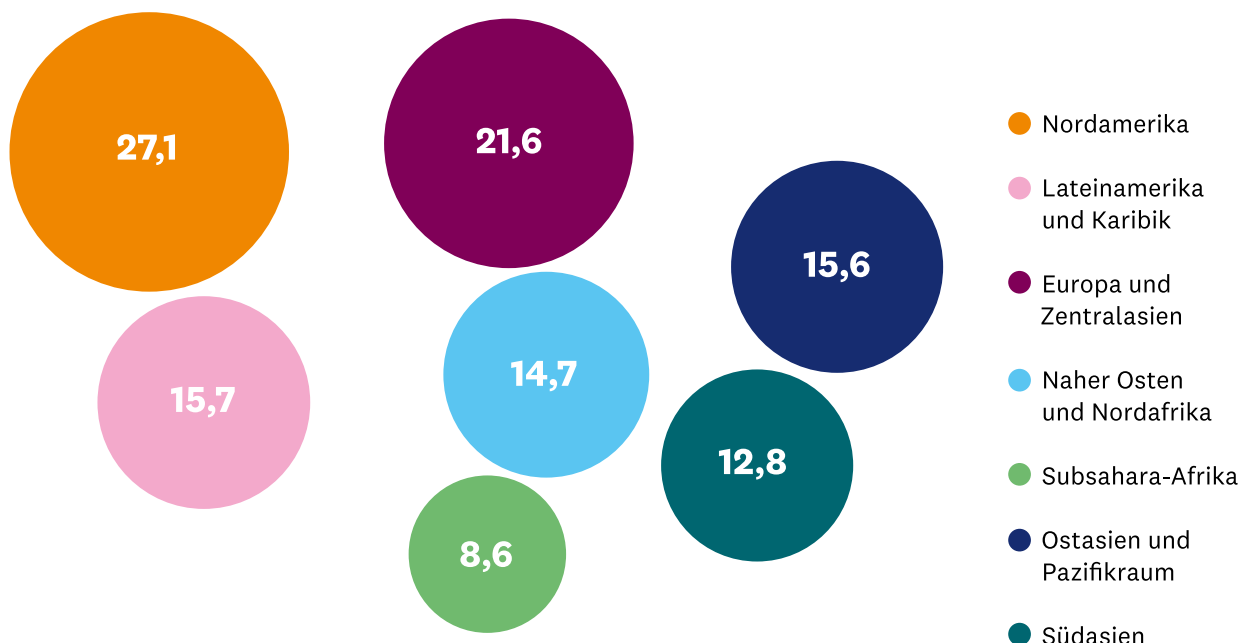
SH: Die EU gibt ein ambivalentes Bild ab. Einerseits hat sie bei der Regulierung der großen Tech-Konzerne Pionierarbeit geleistet und die Rechte von Nutzer*innen in Europa gestärkt — nichteuropäische Länder folgen diesem Beispiel gerne. Andererseits ist die Dominanz von Google & Co. bei Apps, Browsern, Suchmaschinen und Sozialen Medien heute geradezu erdrückend. Europäische Unternehmen bieten bislang keine wirklichen Alternativen zur digitalen Infrastruktur der großen Digitalkonzerne. Kurz: Die EU muss endlich den zweiten Schritt gehen und mit demokratischen Ländern des Globalen Südens eigene digitale Infrastruktur aufbauen und gemeinsam für eine wirksame Regulierung auf globaler Ebene eintreten.

Vom Prompt zur Propaganda

Chatbots und Bildgeneratoren sind längst im Alltag vieler Menschen angekommen. KI-generierte Desinformation ist Massenware.

Starke Kluft

KI-Nutzung weltweit nach Regionen, Bevölkerungsanteil in Prozent.



Quelle: Microsoft AI for Good Lab, Measuring AI Diffusion, November 2025

Ein bekannter äthiopischer Pastor fordert Rebellen zum Umsturz auf. Ein junger Soldat brüllt einen britischen Polizisten an und wirft ihm vor, eingewanderte Straftäter zu schützen. Armeniens Premierminister Nikol Pashinyan küsst unter Zwang das Knie des türkischen Präsidenten. All diese Szenen haben etwas gemeinsam: Sie sind KI-generiert und haben nie stattgefunden. Sie sind Deepfakes, also Videos, die echte Menschen in erfundenen Situationen zeigen.

Generative KI ist längst ein fester Bestandteil des Werkzeugkastens politischer Desinformation. Die Technologie unterstützt die Produktion und Verbreitung manipulativer Inhalte: Deren Erzeuger*innen verfälschen Bilder, Videos und Audiodateien, lassen automatisiert Social-Media-Profile anlegen und mit Inhalten befüllen – und nutzen diese anschließend, um die erzeugte Desinformation weiterzuverbreiten. Auch sogenanntes Targeting ist in diesem Werkzeugkasten enthalten. Durch KI lassen sich kleinste Zielgruppen definieren und Botschaften genau auf sie anpassen. So kann polarisierende und emotionalisierende Desinformation gezielt und massenhaft auf User*innen und ihre Feeds zugeschnitten werden.

In zahlreichen Ländern kam KI-generierte Desinformation in den vergangenen Jahren auch im Vorfeld von Wahlen zum Einsatz. Eine Untersuchung des Expert*innenkonsortiums *International Panel on the Information Environment* hat ergeben, dass KI-generierte oder KI-gesteuerte Desinformation bei 40 von 50 nationalen Wahlen im Jahr 2024 eingesetzt wurde. In nur etwa der Hälfte aller Fälle konnten die Urheber*innen identifiziert werden: Für ein Viertel der Fälle waren nationale Kandidierende und Parteien verantwortlich, in 20 Prozent der Fälle steckten ausländische Akteur*innen – etwa aus Russland, China oder Iran – dahinter.

In Bangladesch verbreiteten Social-Media-Nutzer*innen ein Deepfake-Video, in dem die unabhängige Kandidatin Abdullah Nahid Nigar ihren Rückzug von der Kandidatur verkündete. In Taiwan posteten pro-chinesische User*innen Videos, die William Lai, dem Kandidaten der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei, Affären und uneheliche Kinder andichteten. Und in Namibia wurden KI-generierte Videos verbreitet, in denen Joe Biden verschiedene Kandidat*innen unterstützt und Donald Trump ankündigt, Nambias Uranvorräte zu sprengen.

Auch engagierte Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft werden Ziele von Deepfakes. Etwa Jennie Dador, ehemalige Geschäftsführerin der nationalen Menschenrechtskoordination (CNDDHH) in Peru, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt. 2024 verbreitete ein einflussreiches Mitglied einer rechtsextremen Gruppe auf Facebook ein KI-generiertes Bild, das Dador mit blutverschmiertem Gesicht zeigt. Der Post zu diesem Bild warf Dador vor, sie und ihre Organisation würden aus dem Ausland bezahlt und hätten die gewalttätigen Proteste in Peru mitorganisiert. Obwohl die Urheber des Posts bereits zuvor digital und physisch Gewalt ausgeübt hatten, erkannte Meta in dem Fall zunächst keine Drohung und entfernte das Bild nicht.

Deepfakes sollen Frauen einschüchtern

Besonders häufig werden Deepfakes gegen Frauen eingesetzt – und zwar seit Jahren und weltweit. Eine Erhebung von UN Women, einem Organ der Vereinten Nationen, unter 640 Frauen aus 119 Ländern, darunter vor allem Menschenrechtsverteidigerinnen, Aktivistinnen und Journalistinnen,

zeigt, dass 24 Prozent von ihnen bereits Erfahrungen mit KI-gestützter digitaler Gewalt gemacht haben (siehe auch Seite 40).

Bereits 2018 war die indische Journalistin Rana Ayyub Ziel einer Deepfake-Kampagne. Als Reaktion auf Ayyubs Engagement für Gerechtigkeit in einem Vergewaltigungsfall wurde unter anderem ein manipuliertes Video verbreitet, in dem ihr Gesicht in pornografische Aufnahmen eingefügt war. Das Video kursierte in WhatsApp-Gruppen von Mitgliedern der regierenden BJP und wurde millionenfach angesehen.

In der Folge erhielt Ayyub belästigende und bedrohende Nachrichten, ihre Privatadresse und Telefonnummer wurden veröffentlicht. „Seit dem Tag, an dem das Video veröffentlicht wurde, bin ich nicht mehr dieselbe Person“, schrieb Ayyub später in einem Beitrag für die „Huffington Post“. Sie habe sich danach selbst zensiert, sei mit Herzrasen und Angstzuständen ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Ähnliche Fälle gab es in zahlreichen Ländern, darunter Pakistan, Kenia, Senegal, Brasilien und Mexiko. Argentiniens ultralibertärer Präsident Javier Milei schloss sich einer Kampagne gegen eine Journalistin an, in der mithilfe von Deepfakes Lügen über eine angebliche sexuelle Beziehung zu ihrem Bruder verbreitet wurden.

Dass Desinformation und Verleumdung mittels Deepfakes zunehmen, liegt auch daran, dass die Technik mittlerweile leicht verfügbar ist. Zwar haben die App Stores von Google und Apple in der Vergangenheit immer wieder einzelne sogenannte „Nudify“-Apps entfernt, aber das Angebot bleibt riesig. Der Journalist Alexios Mantzarlis hat in einer Auswertung von Werbeanzeigen auf den Meta-Plattformen Facebook, Instagram und WhatsApp allein zwischen Anfang Dezember 2025 und Mitte Januar 2026 mehr als 4.400 Anzeigen für solche Apps identifiziert, obwohl sie gegen Metas Regeln verstoßen.

Auf der Plattform X (ehemals Twitter) gab es zuletzt eine Option, mit dem KI-Bot Grok Bilder zu bearbeiten. Vom 25. Dezember 2025 bis einschließlich 1. Januar 2026 haben tausende User*innen diesen Bot genutzt, um fastnackte und sexualisierte Darstellungen von Frauen und Kindern zu erzeugen. Eine Auswertung der Organisation AI Forensics hat ergeben, dass etwa die Hälfte von mehr als 20.000 durch Grok generierten Bildern solche Darstellungen beinhalteten und die Bilder in mehr als 80 Prozent der Fälle Frauen zeigten.

Grok wurde in mehreren Ländern zeitweise gesperrt, etwa in Indonesien, Malaysia und den Philippinen. Weitere Länder haben Untersuchungen eingeleitet, auch die EU auf Grundlage des Digital Services Act (DAS). In Deutschland besteht eine Gesetzeslücke hinsichtlich sexualisierter Übergriffe im Netz. Diese soll nun durch eine Änderung des Strafgesetzbuches geschlossen werden: Wird das Gesetz verabschiedet, wäre es strafbar, sexualisierte Bilder und KI-Deepfakes ohne Einverständnis der Gezeigten herzustellen oder zu teilen.

Mit KI gegen KI-Fakes

Zivilgesellschaft ist nicht machtlos gegen Desinformation. Das zeigen mehrere Partnerorganisationen von Brot für die Welt.

Medien helfen, gegen Desinformation vorzugehen — „vorausgesetzt, sie bauen Vertrauen auf, arbeiten transparent und befähigen Menschen, Informationen kritisch einzuordnen“, sagt Siruan Hossein. Er gründete 2013 in Nordsyrien den Radiosender Arta FM, ein Partner von Brot für die Welt.

Die Journalist*innen des Senders berichten auf Kurdisch, Arabisch, Aramäisch und Armenisch. Diese Mehrsprachigkeit helfe, Desinformation, die in Syrien meist auf Arabisch in Umlauf gebracht wird, entgegenzuwirken und vorzubeugen, sagt Hossein: „Indem wir unsere Zuhörer*innen in ihrer Mutter- und Alltagssprache ansprechen, können wir eher zu ihnen durchdringen, wenn wir Fake News enthüllen und sie im Sender richtigstellen.“ Er ist überzeugt: „Wo vertrauenswürdige Medien existieren und anerkannt werden, stößt Desinformation schnell an ihre Grenzen“.

Sein Sender setzt auch auf Dialog. „Wir sprechen miteinander, nicht übereinander.“ Kursiert eine Falschnachricht, die beispielsweise eine NGO oder einen lokalen Politiker diffamiert, „dann gehen wir raus, prüfen die Fakten und stellen über Interviews klar, was Lüge ist und was nicht.“ Letztendlich, sagt Hossein, „ist das ABC des Journalismus das beste Tool, um gegen Desinformation vorzugehen.“

Immunisierung gegen Fakes

Journalismus kann entscheidend dazu beitragen, Polarisierung abzubauen — gerade dort, wo Desinformation besonders erfolgreich ist. Hier setzt auch Nouneh Sarkissian mit ihrer Organisation an: Das Media Initiatives Center in Armenien, ebenfalls Partner von Brot für die Welt, schult Journalist*innen in konfliktsensibler Berichterstattung und engagiert sich für die Integration armenischer Journalist*innen aus Bergkarabach, die nach dem Angriff Aserbaidschans auf die Enklave vertrieben wurden.

Ein zentraler Baustein im Kampf gegen Desinformation ist die Stärkung der Medien- und Informationskompetenz, etwa durch Schulungen für Journalist*innen, Lehrkräfte oder die engagierte Zivilgesellschaft. Viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt setzen genau hier an und stärken so Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen vor Ort. Dazu zählen IDEALS auf den Philippinen (siehe Interview Seite 35) und CARACON aus der Demokratischen Republik Kongo. CARACON unterstützt mehrere Radiostationen dabei, korrekte Informationen zu senden und über Vorurteile aufzuklären. Auch die World Association for Christian Communication (WACC) organisiert zusammen mit dem Weltkirchenrat Webinare. In diesen werden Kirchenvertreter*innen weltweit informiert, wie sie es selbst vermeiden, Desinformation zu verbreiten — und wie sie Desinformation entgegenwirken können.

Das habe jedoch Grenzen, sagt Zenzele Ndebele: „Man kann den Menschen zwar beibringen zu unterscheiden, was wahre und was falsche Informationen sind — aber man muss sich bewusst sein, dass Fake News manchmal attraktiver sind als die reine Wahrheit“, so der Direktor des Centre for Innovation and Technology (CITE; siehe Interview Seite 39), ein Partner von Brot für die Welt aus Simbabwe. „Viele Menschen wollen einfach glauben, was sie glauben wollen“. Es sei „ein Kampf, der lange dauern wird.“

Fact-Checking und KI

Fact-Checking ist ein weiteres wichtiges Mittel gegen Desinformation und Fehlinformationen. Häufig wird diese Arbeit durch gemeinnützige Medien getragen. Allerdings werden Fact-Checking-Teams vermehrt von Parteien, Regierungen und extremistischen Akteur*innen angegriffen. Außerdem ist ihre Finanzierung bedroht, weil etwa Meta Fact-Checking-Kooperationen aufgekündigt hat und Geldgeber wie USAID entfallen sind. Viele Fact-Checking-Organisationen haben in den vergangenen Jahren dennoch innovative Formate und Ansätze entwickelt. Zum Beispiel JamiiCheck aus Tansania. Im Sozialen Netzwerk JamiiForums suchen User*innen gemeinsam mit professionellen Fact-Checker*innen mögliche Falschmeldungen.

Dubawa aus Nigeria nutzt hierfür Künstliche Intelligenz. Die Organisation hat eine KI-gestützte Plattform entwickelt, die Radiosendungen verschriftlicht und auf überprüfbare Aussagen hin untersucht. Das hilft, Faktenchecks dort anzusetzen, wo sie sinnvoll sind. Außerdem betreibt Dubawa einen WhatsApp-Bot, an den sich Menschen in Nigeria mit Fragen und Verdachtsmeldungen wenden können.

Tools für Faktenchecks sind vor allem in Ländern wichtig, in denen WhatsApp, Telegram und andere Messenger für weite Teile der Bevölkerung die einzigen Informationsquellen sind. Dort verbreitet sich Desinformation oft in geschlossenen Gruppen, sodass Faktenchecker*innen mögliche Fakes nicht erkennen können. Ein internationales Forschungsprojekt hat 2025 anhand von Fallstudien in Indien, Indonesien und Kolumbien gezeigt, dass Desinformation und Fehlinformationen auf WhatsApp in allen drei Ländern ein erhebliches Problem darstellen – und die auf WhatsApp kursierenden Falschmeldungen selten von anderen Nutzer*innen widerlegt werden. So wurden viele Falschmeldungen weiterverbreitet, obwohl bereits Faktenchecks verfügbar waren. Projekte wie der Bot von Dubawa helfen, diese Fakes zu identifizieren und zu widerlegen.

Die brasilianische Fact-Checking-Organisation Aos Fatos erkennt mithilfe automatisierter Verfahren fortlaufend mögliche Lügen auf Social-Media-Plattformen und in portugiesischsprachigen Medien. Dadurch kann sie Faktenchecks möglichst schnell veröffentlichen. Die Herausforderung: Falschmeldungen verbreiten sich, da emotional aufgeladen, rasend schnell in Sozialen Medien und Messengern. Faktenchecker*innen hingegen müssen zunächst die relevanten Inhalte identifizieren und anschließend aufwendig recherchieren. Künstliche Intelligenz hilft, diesen

Prozess zu beschleunigen. Außerdem haben sich in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen gegründet, die gemeinsam gegen Desinformation kämpfen.

Eine der ersten war das Bündnis Climate Action Against Disinformation (CAAD). Heute analysieren dort 120 Organisationen gemeinsam Klima-Desinformation und entwickeln Strategien, um Desinformation einzudämmen. CAAD war 2025 im Dauereinsatz, denn eine Kampagne gegen Klimaschutz hatte im Vorfeld der COP in Brasilien rasant an Fahrt aufgenommen (siehe Grafik unten). Diese Kampagne hatte vor allem Wissenschaftler*innen und Klimajournalist*innen im Visier.

Die eine Lösung gibt es nicht

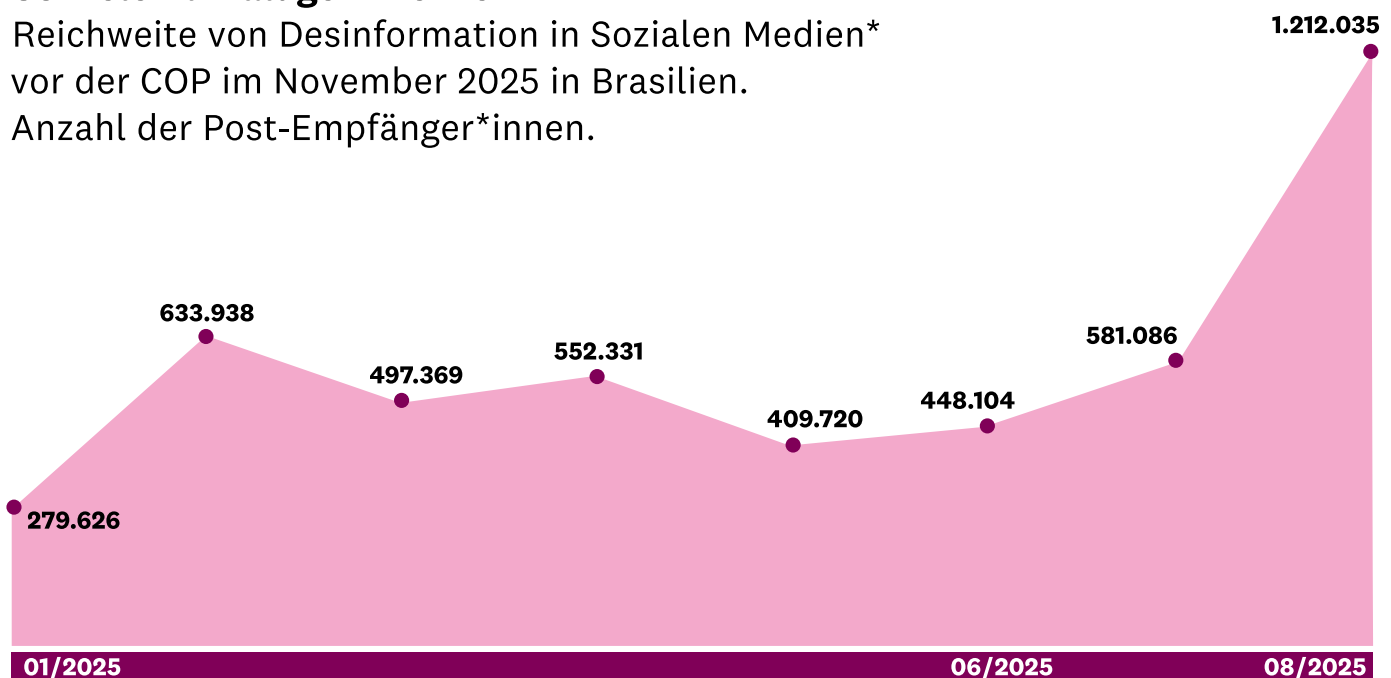
Künstliche Intelligenz und Chatbots können Faktenchecker*innen nicht ersetzen. Die Technologie ist anfällig für Halluzinationen, sie erfindet mitunter Zitate oder Studien.

Es gibt auch keine einzelne, in jeder Situation wirksame Lösung gegen Desinformation und Fehlinformationen. Um diese Phänomene wirksam zu bekämpfen, braucht es viele unterschiedliche Ansätze, die kurz- und langfristig wirken können. Dazu gehört die Regulierung von Plattformen (siehe Interview Seite 51) ebenso wie eine starke gesellschaftliche Resilienz, etwa durch die Stärkung demokratischer Institutionen und professioneller Medien.

Der Zivilgesellschaft kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: im Fact-Checking, durch Medienkompetenztrainings, aber auch durch gemeinnützigen Journalismus, der Regierungen und Akteur*innen zur Verantwortung zieht, wenn sie Desinformation verbreiten. Doch das erfordert, dass diese Arbeit langfristig finanziert wird – und die Organisationen in Sicherheit arbeiten können.

So viele Klimalügen wie nie

Reichweite von Desinformation in Sozialen Medien* vor der COP im November 2025 in Brasilien. Anzahl der Post-Empfänger*innen.



*Ausgewertet wurden X, Instagram, Facebook, Youtube, Reddit, LinkedIn

Quelle: Observatory of Information Integrity in partnership – Climate and Environment/Climate Action Against Disinformation (CAAD), basierend auf Brandwatch data



Etatkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit wirken wie ein Bumerang:
Mitarbeiter*innen von Brot für die Welt bei der gleichnamigen Aktion am 10. November 2025 vor dem Paul-Löbe-Haus des Bundestags in Berlin.

Unsere Forderungen

Resiliente Informationsgesellschaft

... ist eine Gesellschaft, die auch unter Krisen, Desinformation und digitalen Störungen verlässliche Information, demokratische Debatten und öffentliche Orientierung aufrechterhalten kann. Das erfordert: stabile demokratische Strukturen, einen freien Journalismus, verantwortungsvoll regulierte Plattformen und eine informierte, medienkompetente Bevölkerung.

Alle Menschen auf der Welt haben das Recht, ihre Meinung zu sagen, sich politisch zu engagieren sowie die Entwicklung ihres Landes und wichtiger globaler Themen mitzugestalten. Dafür müssen Staaten Freiheitsrechte schützen, Partizipation fördern und sich nachdrücklich für das Ziel einer resilienten Informationsgesellschaft einsetzen.

Starke Demokratien leben von ihrer Zivilgesellschaft: Deren Akteur*innen informieren, klären auf, setzen Agenden, fordern Rechte Benachteiligter ein, mobilisieren und ziehen Regierungen zur Rechenschaft. Das alles macht Zivilgesellschaft zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung. Das geht nur, wenn Freiheitsrechte gewährleistet sind und — wo nötig — eingeklagt werden können. Brot für die Welt ist Teil der Zivilgesellschaft: Gemeinsam mit unseren Partnern in rund 90 Ländern setzen wir uns für Menschenrechtsschutz ein — als Basis für eine gerechtere Welt.

Für eine resiliente Informationsgesellschaft fordern wir Bundesregierung und Bundestag auf,

- Desinformation in der öffentlichen Debatte und in den Sozialen Medien entgegenzutreten, ohne die Meinungsfreiheit unverhältnismäßig zu beschränken.
- sich weltweit für Medienkompetenz einzusetzen und entsprechende Programme finanziell zu fördern.
- unabhängigen und kritischen Journalismus und Medienvielfalt weltweit durch Förderprogramme für lokal und investigativ arbeitende Medien zu stärken.
- bestehende Regelungen und Gesetze wie den EU Digital Services Act konsequent umzusetzen, Sanktionen bei systematischer Verbreitung von Desinformation zu verhängen und sich für eine bessere Aufsicht und mehr Transparenz bei den algorithmischen Systemen von Plattformen einzusetzen.
- die Entwicklung und Nutzung nicht-kommerzieller digital-sozialer Infrastrukturen als Alternative zu bestehenden Plattformen zu fördern.
- auf Netzsperrern, Uploadfilter und andere Regulierungsmaßnahmen zu verzichten, die sich als Zensurinfrastruktur missbrauchen lassen.
- gesetzliche Vorgaben zu schaffen, damit Plattformen Schnittstellen und Daten für unabhängige Forschung und Monitoring bereitstellen.

Für die Zivilgesellschaft weltweit fordern wir Bundesregierung und Bundestag auf,

- Regierungsverhandlungen und politischen Dialog zu nutzen, um Unterdrückung in den jeweiligen Ländern zu adressieren.
- die Zivilgesellschaft im Globalen Süden nachhaltig und flexibel finanziell zu fördern.
- sich dafür einzusetzen, dass insbesondere vulnerable Gruppen an für sie relevanten nationalen und internationalen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.
- durch verbindliche Risikoanalysen sicherzustellen, dass die eigenen außenwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entscheidungen Menschenrechte nicht verletzen.

Für die Zivilgesellschaft hierzulande fordern wir Bund und Länder auf,

- Freiheitsrechte für eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft zu gewährleisten.
- Aktivist*innen, Medienschaffende und Vereine, die angegriffen werden, zu verteidigen.
- demokratiefördernde und entwicklungspolitische Bildungsprogramme nachhaltig zu finanzieren.
- das Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren: Demokratieförderung und Menschenrechte müssen als gemeinnützige Zwecke gelten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Teil 1

CIVICUS-Report und Trendanalyse

CIVICUS Monitor: People Power Under Attack 2025, 12.2025, GlobalFindings2025.EN.pdf

Front Line Defenders: Global Analysis 2024/25, 05.2025, frontline-defenders.org/en/resource-publication/global-analysis-202425

Global Witness: Roots of Resistance, 09.2025, gw.hacdn.io/media/documents/Defenders_Annual_Report_2025_online_EN.pdf

Teil 2

Einleitung

Cavalcanti, D. M., et al.: Evaluating the impact of two decades of USAID interventions and projecting the effects of defunding on mortality up to 2030: a retrospective impact evaluation and forecasting analysis. *The Lancet*, 406—10500, 2025, 283—294, doi.org/10.1016/s0140-6736(25)01186-9

Feldscher K.: USAID shutdown has led to hundreds of thousands of deaths | Harvard T.H. Chan School of Public Health. Harvard T.H. Chan School of Public Health, 11.2025, hsph.harvard.edu/news/usa-id-shutdown-has-led-to-hundreds-of-thousands-of-deaths

World Economic Forum: The Global Risks Report 2025, <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025>

Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft

Amnesty International/Philippines: „I turned my fear into courage“: Red-tagging and state violence against young human rights defenders in the Philippines, 10.2024, amnesty.org/en/documents/asa35/8574/2024/en

Kinosian, S.: Trolls, propaganda and fear stoke Bukele's media machine in El Salvador. *Reuters Investigates*, 11.2022, reuters.com/investigates/special-report/el-salvador-politics-media

National Union of Journalists of the Philippines: No TAG: Press Freedom for Pluralism | National Union of Journalists of the Philippines, 07.2024, nujp.org/no-tag

The Citizen Lab: Project Torogoz: Extensive Hacking of Media & Civil Society in El Salvador with Pegasus Spyware, 12.2025, citizenlab.ca/research/project-torogoz-extensive-hacking-media-civil-society-el-salvador-pegasus-spyware

Auswirkungen auf Entwicklung

Brechenmacher, S.: The New Global Struggle Over Gender, Rights, and Family Values, Carnegie Endowment for International Peace, 05.2025, carnegie-production-assets.s3.amazonaws.com/static/files/Brechenmacher%20-%20Global%20Gender%20Struggle-1.pdf

Correctiv: Die Heartland Lobby, 02.2020, correctiv.org/top-stories/2020/02/04/die-heartland-lobby-2

Kutscher, N.: Die Erzählung vom großen Austausch, Dossier Rechts-extremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 06.2024, bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/549525/die-erzaehlung-vom-grossen-austausch

Statistisches Bundesamt: Fachkräfte, Demografischer Wandel, 12.2025, destatis.de/DE/im-Fokus/Fachkraefte/Demografie_inhalt.html

Stockemer, D., Bordeleau, J.-N.: Understanding climate change conspiracy beliefs: A comparative outlook, *Misinformation Review*, Harvard Kennedy School, 12.2024, misinforeview.hks.harvard.edu/article/understanding-climate-change-conspiracy-beliefs-a-comparative-outlook

Witness (Blog): Understanding the Dangers of Gendered Disinformation in African Elections, 08.2022, blog.witness.org/2022/08/dangers-of-gendered-disinformation-in-african-elections

KI und Desinformation

Lau, S.: China bombards Taiwan with fake news ahead of election. *Politico*, 01.2024, politico.eu/article/china-bombards-taiwan-with-fake-news-ahead-of-election

Mantzaris, A.: Meta is *still* running thousands of ads for AI nudifiers. *Indicator*, 01.2026, indicator.media/p/meta-is-still-running-thousands-of-ads-for-ai-nudifiers

Posetti, J., Hellmueller, L., Williams, K., Renaud, P., Aboulez, N., & Shabbir, N.: Tipping point: The chilling escalation of online violence against women in the public sphere. *UN Women*, 12.2025, [tipping-point-the-chilling-escalation-of-online-violence-against-women-in-the-public-sphere-in-the-age-of-ai-en.pdf](https://www.unwomen.org/en/news/stories/2025/12/tipping-point-the-chilling-escalation-of-online-violence-against-women-in-the-public-sphere-in-the-age-of-ai-en.pdf)

Desinformation als Geschäft

Crabtree, J.: Here's how Cambridge Analytica played a dominant role in Kenya's chaotic 2017 elections. *CNBC*, 03.2018, [cnbc.com/2018/03/23/cambridge-analytica-and-its-role-in-kenya-2017-elections.html](https://www.cnbc.com/2018/03/23/cambridge-analytica-and-its-role-in-kenya-2017-elections.html)

Freedom House: Bahrain. Freedom on the Net 2024, 10.2024, freedomhouse.org/country/bahrain/freedom-net/2024

Mozilla Foundation: Inside the shadowy world of disinformation for hire in Kenya, 2024, assets.mozilla.net/network/documents/Report_Inside_the_shadowy_world_of_disinformation_for_hire_in_Kenya_5_hcc.pdf

Balkhausen, S., Reveland, C., Wörpel, S., & Schwarz, K.: Jetzt wird's schmutzig, *Correctiv*, 10.2018, [correctiv.org/faktencheck/2017/09/12/jetzt-wirds-schmutzig](https://www.correctiv.org/faktencheck/2017/09/12/jetzt-wirds-schmutzig)

Konflikte und Katastrophen

Golebiewski, M., boyd, d.: Data Voids, Where Missing Data Can Easily Be Exploited, *Data & Society*, 10.2019, datasociety.net/library/data-voids

ISD: Mis- and disinformation and conspiracy theories about the October 7 Hamas attack on Israel, *Digital Dispatches*, 10.2024, isdglobal.org/digital_dispatches/mis-and-disinformation-and-conspiracy-theories-about-the-october-7-hamas-attack-on-israel

Wen, H.: Hurricane Katrina's folk devils: How misinformation fuels violence, displacement, and capital, *NYU Journal of Legislation and Public Policy*, Volume 27, Issue 2, 03.2025, nyujlpp.org/wp-content/uploads/2025/03/JLPP-27-2-Wen.pdf

Was Zivilgesellschaft tun kann

Garimella, K., Cintaqia, P., Rojas-Constain, J. J., Nayak, B. K., & Vashistha, A.: Global Patterns of Viral Content on WhatsApp, 2025, doi.org/10.1609/icwsm.v19i1.35833

Sofiullahi, A.: How Journalism Groups in Africa Are Building AI Tools to Aid Investigations and Fact-Checking. *Global Investigative Journalism Network*, 10.2024, <https://gijn.org/stories/africa-journalism-building-ai-investigations-fact-checking>

Upgrade Democracy: JamiiCheck: A community fact-checking platform, 05.2024, upgradedemocracy.de/en/perspective/highlights/jamiicheck-a-community-fact-checking-platform

**Auf Worte
müssen
Taten folgen.
Das hier
waren die
Worte.**

**Schreib die Welt nicht ab.
Schreib sie um!**

brot-fuer-die-welt.de/mitmachen

Brot
für die Welt

Verfolgt, diskriminiert, verhaftet, getötet – in vielen Ländern haben sich 2025 die Bedingungen verschlechtert, unter denen Menschen ihre Meinung äußern oder für ihre Rechte kämpfen können. Nur 3,4 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern mit umfassenden zivilgesellschaftlichen Freiheiten.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich heraus und nutzt hierfür die Daten von CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung, sowie eigene Recherchen. In dieser Ausgabe illustriert ein Schwerpunkt, wie Desinformation die Demokratie bedroht – mit teils massiven Folgen für die Zivilgesellschaft.

In fast 90 Ländern befähigt Brot für die Welt arme und ausgegrenzte Menschen, ihre Lebenssituation aus eigener Kraft zu verbessern. Schwerpunkte der Arbeit sind: neue Armuts- und Hungerkrisen bewältigen, Klimagerechtigkeit vorantreiben, Gewalt, Instabilität und Konflikte um Ressourcen und Gemeingüter überwinden, Frauen und Frauenrechte stärken sowie den digitalen Wandel gerecht gestalten.

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

www.brot-fuer-die-welt.de
[www.brot-fuer-die-welt.de/
atlas-zivilgesellschaft](http://www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft)

Bestellung kostenlos unter
www.brot-fuer-die-welt.de/shop

